Abonnementspreis
Pränumerando der täglichen Unterhaltungsbeilage Feier-Abend, Wissen und Kunst, sowie der Frauen- und Jugendbeilage vierteljährlich Erfurterseite 80 Pf. Durch die Post bezogen pro Vierteljahr M. 2.75. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 3 M., für das übrige Ausland 7 M. pro Vierteljahr.

Redaktion
Zwingerstraße 21, 2 Tr.
Sprechstunde
nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Telephon: Nr. 5665.

Telegramm-Adresse:
„Arbeiterzeitung Dresden."

Sächsische Arbeiter-Zeitung

Organ zur Wahrung der Interessen der Arbeiterklasse.

Inserate
werden die 6 gespaltene Petitzeile oder deren Raum mit 25 Pf. berechnet und bei mindestens dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens halb 10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen.

Expedition:
Zwingerstraße 21, part.
Geschäftszeit von morgens 8 bis abends 7 Uhr.
Telephon: Nr. 1709.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Nr. 70. | Dresden, Mittwoch den 25. März 1908. | 19. Jahrg.

Der Sieg der Streikenden.

Endlich ist es gelungen, den Ausstand der Reichstagsjournalisten beizulegen. Abgeordneter **Gröber** hat sich zu einer Erklärung verstanden, in der er die von ihm begangene Beleidigung aus den vorhergehenden Vorkommnissen zu erklären sucht und schließlich die Bitte um Entschuldigung ausspricht. Nachdem Herr Gröber diese Erklärung am Schluß der Dienstagssitzung des Reichstages abgegeben hatte, beschlossen die Journalisten, den Tribünenstreik zu beendigen und ihre Tätigkeit wieder aufzunehmen. Die seltsame Episode eines Parlaments, das unter Ausschluß der Oeffentlichkeit tagt, findet ihr Ende.

Kaum ist ein Streik so schneidig, so beharrlich, so solidarisch geführt worden wie dieser Journalistenstreik. Er ist aber auch zur rechten Stunde beendigt worden, denn eine längere Dauer würde das Mißverhältnis zwischen seinem Anlaß und seinen Wirkungen unerträglich gesteigert haben.

Freilich, den so überaus günstigen Verlauf ihres denkwürdigen Ausstandes verdanken die parlamentarischen Berichterstatter und Journalisten auch besonders günstigen Umständen. So außerordentlich erfreulich das einmütige Zusammenhalten der Journalisten war, so beruht ihr Erfolg doch noch mehr in der Tatsache, daß **die Zeitungen** den Ausstand aufs äußerste unterstützt haben. Erst als fast die gesamte Presse von dem äußersten Machtmittel **des Boykotts der Reichstagsverhandlungen** Gebrauch machte, erhielten die Journalisten die Kraft des Widerstandes und der Gewähr des Sieges. Ein solch überwältigendes Machtmittel steht keiner anderen Berufsschicht zu Gebote. Der rücksichtslosen Ausnutzung dieses Machtmittels mußten sich alle widerstrebenden Elemente beugen.

Die **sozialdemokratische Presse** hat sich durchaus auf die Seite der beleidigten Journalisten des Reichstages gestellt. Sie tat es, obschon sie andererseits ablehnte, die Hetze der Blockpresse gegen den Abgeordneten Gröber mitmachen. Die Journalisten hatten vollauf Recht, daß sie sich zur Wehr setzten, — ob aber die konservativen, nationalliberalen und freisinnigen Zeitungen auch so tapfer ins Streikhorn geblasen hätten, wenn es nicht zum Kampfe gegen einen gehaßten Zentrumsmann gegangen wäre? Diese Zeitungen werden sehr schnell beweisen können, ob ihr Verhalten in einem klar erkannten Grundsatz beruht oder nur in Vertretung persönlicher Interessen und in flüchtiger Laune.

Sonst gilt doch der **Streik** der bürgerlichen Presse als der schrecklichste der Schrecken. Wenn sonst **Arbeiter** streiken, so erhebt sich lautes Geschrei und heftige Verdammnis in denselben Blättern, die sich jetzt plötzlich zur überschwenglichen Verherrlichung des Streiks bekehren. Ohne Zweifel ist der Anlaß im jetzigen Journalistenstreik kein größerer als bei zahlreichen anderen Streiks. Wollten Arbeiter einer Fabrik wegen grober und schnoddriger Bemerkungen der Fabrikleiter sofort in Streik treten, so würde das als Ausfluß eines lächerlich übertriebenen Ehrgefühls verurteilt und zurückgewiesen werden; würden aber Soldaten auf dem Kasernenhofe, wenn sie „Saubengel" tituliert werden, zur Selbsthilfe greifen, so würden sie schwerste Strafen gewärtigen müssen. Wenn Arbeiter aus schwerster Not des Lebens und zur geringen Aufbesserung kümmerlichster Nahrungsverhältnisse sich zum Ausstand entschließen, so pflegt der Chorus der bürgerlichen Presse wider die Begehrlichkeit der Verhetzten zu wüten, so wird über den angeblichen Terrorismus der Streikenden erregte Klage geführt, so werden Polizei und Justiz entfesselt. Wie anders war es plötzlich bei dem Streik der Journalisten, da es um die eigene Berufsehre ging! Da war der äußerste Terrorismus gerade recht, da gab es keine Scheu selbst vor der Lahmlegung der ganzen parlamentarischen Tätigkeit!

Vielleicht ist der Streik der Reichstagsjournalisten dazu angetan, in gewissen Kreisen die Erkenntnis zu schärfen von der Bedeutung und von der Berechtigung der Arbeiterkämpfe. Wenn die Männer, die in den bürgerlichen Zeitungen die Feder führen, nur einen geringen Teil der Ueberzeugungskraft, die sie jetzt ins Spiel setzen, im Falle von Arbeiterkämpfen gegen die Anforderungen der kapitalistischen Mächte aufbringen, denen sie bewußt und unbewußt unterworfen sind, so würde der Journalistenstreik im Reichstag nicht nur eine interessante Episode bleiben, sondern eine wertvolle Lehre für die deutsche Zukunft werden können.

* * *

Berlin, 24. März. Die Reichstagsjournalisten-Versammlung beschloß um 8¼ Uhr, mit Bezug auf eine am Schlusse der heutigen Plenarsitzung abgegebene Entschuldigung des Abgeordneten Gröber am Donnerstag die Arbeit auf den Tribünen wieder aufzunehmen.

*

Berlin, 24. März. Die Erklärung des Abg. Gröber, die dieser am Schlusse der heutigen Plenarsitzung abgab, hatte folgenden Wortlaut: „In der Sitzung des Reichstags vom 19. März hat der Abg. Erzberger in einer Rede über die Kolonialpolitik gesagt: „Der Eingeborene ist auch ein Mensch, ausgestattet mit einer unsterblichen Seele und zu derselben ewigen Bestimmung berufen wir wie." Nach Anführung dieser Worte, wie ich ausdrücklich hervorheben will, bezeichnet der unkorrigierte amtliche stenographische Bericht Unruhe und Zwischenrufe von der Journalistentribüne, lebhafte Entrüstungsrufe aus der Mitte, Glocke des Präsidenten. An den lebhaften Entrüstungsrufen aus der Mitte war auch ich beteiligt. Das Gelächter von der Journalistentribüne war so auffallend, daß ich mit anderen Kollegen den Eindruck gewonnen habe, es handle sich um eine Verhöhnung des Inhalts der Ausführungen des Redners. Ich möchte hinzufügen, daß ich wenige Tage vorher, nämlich in der Abendsitzung vom 16. März, durch einen Zuruf von der Journalistentribüne gestört worden bin, einen Zuruf, der dann vom Präsidenten gerügt worden ist. Der stenographische Bericht über die Sitzung vom 19. März bestätigt, daß solche Störungen von der Journalistentribüne auch sonst wiederholt erfolgt sind. (Sehr richtig! im Zentr.) Wenn ich in Erinnerung an diese Vorgänge der letzten Zeit und angesichts des Ernstes der von dem Redner behandelten Frage meiner Entrüstung über das Gelächter einen unparlamentarischen Ausdruck gegeben habe, so bitte ich um Entschuldigung." (Beifall.)

*

Berlin, 24. März. Die Versammlung der Reichstagsjournalisten nahm folgende Schlußresolution an: Die Journalisten der Reichstagstribüne nehmen Kenntnis von der **unter dem Druck der Fraktionen** des Reichstages abgegebenen **Entschuldigung des Abgeordneten Gröber.** Sie anerkennen, daß das Haus sich bemüht habe, die Verfehlung eines Mitgliedes den Journalisten gegenüber zu sühnen und nehmen die Arbeit am Donnerstag mit Rücksicht auf die Interessen des Landes und des Parlamentes wieder auf. Die Resolution wurde mit 78 gegen 2 Stimmen angenommen. Ferner beschlossen die Journalisten, der deutschen Presse Dank auszusprechen für die einmütige, würdige Unterstützung im Kampfe und heben die Sperre über die Reichstagsverhandlungen auf.

Aenderung des sächsischen Berggesetzes.

III.

Die **Knappschaftskassen**, deren Verhältnisse die Regierungsvorlage in ihrer zweiten Abteilung regeln will, sind besonders in Sachsen der Gegenstand eines heftigen Streites zwischen Arbeiter- und Unternehmertum, der schon Jahrzehnte andauert. Wie die zur Zeit des alten Bergrechts ausschlaggebend von den Arbeitern verwalteten Kassen durch die privatkapitalistische Gesetzgebung zu Zuchtruten für die Arbeiter geworden sind, wie dann willkürlich die Beiträge erhöht, die Leistungen verkürzt, nach Gunst und Gnade in den Knappschaftskassen-Verwaltungen gewirtschaftet wurde und die Kassenbasis ruiniert worden ist, das haben die sozialdemokratischen Abgeordneten im sächsischen Landtag vor mehr als drei Jahrzehnten an den Pranger gestellt. Den Bemühungen unserer Genossen und den fortgesetzten Petitionen des **Verbandes sächsischer Berg- und Hüttenleute** ist es zu danken, daß 1882 und 1884 durch kleine Knappschaftsnovellen der Versuch gemacht wurde, einige der schlimmsten Mißstände zu beseitigen. Seitdem haben sich wenigstens die Vermögensverhältnisse der Pensionskassen — die mit zwei Ausnahmen sich seit 1890 zu der „Allgemeinen Knappschaftspensionskasse für das Königreich Sachsen" vereinigt haben gebessert. Aber eine der schlimmsten Skandale, die im § 80 des Gesetzes gegebene Handhabe, streikenden Arbeitern mit der Entlassung auch zugleich den völligen Verlust der eingezahlten Pensionskassenbeiträge aufzuhalsen, blieb bestehen. Zahlreichen im Grubendienst ergrauten Knappen sind auf Grund dieses Paragraphen, wenn sie länger als einen (!) Tag von der Arbeit blieben, „wegen Kontraktbruchs" auch die Pensionskassenrechte entzogen worden. **Durch dieses Landesgesetz wurde den sächsischen Bergleuten faktisch das ihnen reichsgesetzlich verliehene Vereinigungs- und Streikrecht genommen,** bezw. seine Benutzung mit schweren wirtschaftlichen Schäden bedroht.

Hiergegen hat sich besonders lebhaft die Erbitterung der Arbeiter gerichtet. Um es vorweg zu nehmen: in dem vorliegenden Gesetzentwurfe ist dieses **himmelschreiende Unrecht wesentlich gemildert worden!** Gemäß der vom **Verband deutscher Bergarbeiter** eingereichten Petition hat die Regierung im § 123, Absatz 4, die Bestimmung getroffen, daß ein Kassenmitglied, welches mindestens 5 Jahre (die Arbeiter wünschten 4 Jahre) Pensionskassenbeiträge zahlte, die Werksarbeit aufgibt und nicht Mitglied einer anderen Knappschaftskasse wird oder werden kann, sich durch **Zahlung** einer **Anerkennungsgebühr** von nicht über 1 M. monatlich (die Arbeiter hatten höchstens 2 M. jährlich vorgeschlagen) sich die erworbenen Ansprüche erhalten kann!

Im übrigen lehnt sich der Regierungsentwurf — dem die Kommissionsbeschlüsse fast durchweg gleichen — ziemlich eng an das neue preußische Knappschaftsgesetz an, das gerade nicht als Empfehlung gelten kann. Die Arbeiter haben besondere Kassen für die Beamten mit über 2000 M. Gehalt verlangt, weil nach den Erfahrungen in Westfalen die Beamten mehr aus der Pensionskasse beziehen als sie einzahlen. Dieser Antrag ist nicht berücksichtigt. Arbeiterseits wird jahrzehntelang dahin gearbeitet, die Kassenzersplitterung zu beseitigen, größere Revierkrankenkassen, wegen höherer finanzieller Sicherheit, gesetzlich obligatorisch vorgeschrieben zu sehen. Auch sollten nach dem Arbeiterantrage keine separaten Pensionskassen gebildet werden dürfen, nur die Allgemeine Pensionskasse sollte die Pensionslast übernehmen. Leider enthält der Entwurf diese obligatorische Vorschrift wieder nicht, er schreibt nur fakultativ die Kassenverschmelzung vor. Die Zersplitterung im knappschaftlichen Krankenkassenwesen ist ungeheuerlich. Für 31 682 sächsische Bergarbeiter bestanden 1906 nicht weniger wie 58 Werkskrankenkassen, viele davon mit weit unter 100 Mitgliedern! Diese Vergeudung von Verwaltungszeit, Arbeitskraft und Geld kann nach dem Gesetzentwurf konserviert werden!

Was unnütz an Verwaltungskosten usw. verausgabt wird, das sollte besser, nach der Arbeiterpetition, den kranken Mitgliedern und ihren Familien zukommen. Aber die Arbeiteranträge (zum § 49 und 50), als Mindestleistung statt ½ künftig ⅔ des Tagesverdienstes als Krankenlohn zu zahlen und nicht 4 sondern 5 M. Tagesverdienst bei der Berechnung des höchsten Krankengeldes zugrunde zu legen, sind abgelehnt worden! Die Mindesthöhe der Krankenunterstützung soll bleiben wie bisher, obgleich notorisch das geringe Krankengeld die Arbeiterfamilien in Schulden stürzt und oft genug vorzeitig den Kranken zum Abbruch der Kur zwingt. Am Zapfen wird gespart, durchs Spundloch läuft um so mehr.

Der Kommissionsbeschluß zu § 76 bedeutet außerdem eine **Verschlechterung** der Regierungsvorlage. Sie wollte es dem Kassenstatut freistellen, bei **Doppelversicherten** die ganze oder teilweise Kürzung des Krankengeldes zu erlassen. Der Kommissionsbeschluß dagegen schreibt die Kürzung unbedingt vor! Auf diese Weise wird dem Trieb der Arbeiter, sich für Notzeiten zu versichern, entgegengewirkt. Das nennt sich „Sozialpolitik".

Zum § 119, der die Pensionskassenleistungen regelt, wünschte die Arbeiterpetition eine Einschaltung, wonach ein Mitglied, wenn es 1300 Wochenbeiträge entrichtet hat (25 Jahre Mitgliedschaft) oder wenn es 50 Jahre alt ist, in den Genuß der Pension treten kann ohne Nachweis der Arbeitsunfähigkeit. Dadurch würde der oft schikanösen Behandlung der Bergarbeiterveteranen, die man nötigt, im Werkdienst auszuharren, bis sie nur noch wandelnde Leichen sind, vorgebeugt. Auch das ist abgelehnt, obgleich sich die Arbeiter bereit erklärten, eine eventuell nötige Beitragserhöhung auf sich zu nehmen. Im selben § 119 ist eine höchst gefährliche Bestimmung getroffen, die einem Arbeiter, der sich „vorsätzlich" (!) die Invalidität zuzog, die Pension entzieht! Ist die Invalidität „bei Begehung eines durch strafgerichtliches Urteil festgestellten Verbrechens oder vorsätzlichen Vergehens" entstanden, dann „kann" die Pension ganz oder teilweise versagt werden! Diesen inhumanen, in seinen Konsequenzen für die Arbeiter äußerst gefährlichen Paragraphen hat nicht einmal die preußische Regierung in ihrem Knappschaftsgesetzentwurf vorgeschlagen; erst der preußische Landtag hat diese Guillotine für die Kassenmitglieder aufgerichtet! Und nun soll dieses Fangeisen auch den sächsischen Bergleuten gelegt werden!

So gut wie alle Arbeiteranträge, die auf die Statuierung eines wenigstens halbwegs wirksamen Einflusses der Arbeiter auf die Kassenverwaltung hinzielten, sind abgelehnt worden. Als „Arbeitervertreter" sollen auch Beamte fungieren können, was sogar in dem preußischen Knappschaftsgesetz untersagt worden ist! Den Vorsitz in den Generalversammlungen und in den Kassenvorständen soll stets ein Bergwerksbesitzer führen, während die Arbeiter abwechselnd den Vorsitz wünschten. Ferner dürfen die ordentlichen Werksvertreter einen Stellvertreter ernennen, was den Arbeiter-Delegierten nicht gestattet ist. An dem jetzigen Verwaltungszustand, der den gleich stark zu Beiträgen verpflichteten Arbeitern neben dem Werksvertreter nur die Rolle des fünften Rades am Wagen zukommen läßt, will auch das neue Gesetz nichts ändern, obwohl seit Jahrzehnten die Arbeiter sich über die sozusagen absolute Herrschaft der Grubenbesitzer in der Kassenverwaltung beklagen und mit guten Gründen dieser Inparität die unsoziale Entwicklung des Knappschaftsinstituts zuschreiben.

Insofern folgt der sächsische Regierungsentwurf nicht den preußischen Spuren, als er wenigstens das geheime Wahlrecht für die Arbeitervertreterwahlen vorschlägt und den invaliden Mitgliedern das Wahlrecht nicht nimmt. Allerdings würde das öffentliche Wahlverfahren, wenn es für die Arbeitervertreterwahlen in der Allgemeinen Pensionskasse vorgeschrieben würde, dem Reichsgesetz betr. die Invalidenversicherung widersprechen, da dieses das geheime Wahlverfahren auch für die Arbeitervertreterwahlen in den „zugelassenen Kasseneinrichtungen" vorsieht. Die Allg. Pensionskasse für das Königreich Sachsen ist eine solche Kasseneinrichtung. Ihr gehörten 1906 28 942 Knappschaftsmitglieder an, während die als „Zuschußkasse" bestehende Zwickau-Brückenberger Pensionskasse 2078, die Arnimsche Pensionskasse gar nur 791 Mitglieder besaß. Da $^{9}/_{10}$ der sächsischen Knappschaftsmitglieder wegen entgegenstehender reichsgesetzlicher Vorschrift das öffentliche Wahlverfahren nicht aufoktroyiert werden kann, hat sich der Gesetzentwürfer bezw. die Kommission um das letzte Zehntel wohl nicht weiter in Unkosten stürzen wollen.

Also an dem bisherigen Aufbau des Knappschaftswesens im Königreich Sachsen will der Gesetzentwurf nichts ändern. Er rüttelt nicht an der faktischen Beherrschung der Kassen durch die Werkskapitalisten, bringt darum nicht die von den sächsischen Bergleuten seit Jahrzehnten dringend gewünschte gründliche Knappschaftsreform. Dieses Urteil wird nicht tangiert von den hier und da eingefügten Verbesserungen, von denen manche nicht gegeben worden wären, wenn nicht die Reichsgesetzgebung zwingend vorging. Es kann auch anerkannt werden, daß der Gesetzentwurf ein Schritt zur Vereinheitlichung des **deutschen** Knappschaftswesens darstellt, weil er die Anbahnung von freiwilligen Gegenseitigkeitsverträgen mit außersächsischen Knappschaftsvereinen erleichtert. Mißt man aber das, was das neue Gesetz bieten will, an dem, was schon vor dreißig Jahren zur Sanierung und sozialpolitischen Weiterhöhung der Knappschaftskassen angeregt und begründet worden ist, dann bleibt ein großes sozialpolitisches Defizit übrig. Das ist gerade im Interesse des Knappschaftskassenwesens sehr zu bedauern. —

Schließlich enthalten die vorgeschlagenen Bestimmungen über die **Bergschiedsgerichte** nur eine weitere Umschreibung des geltenden Rechtes. Die Bergschiedsgerichte sind zuständig bei Streitigkeiten über Ansprüche an die Knappschaftskassen, Invalidenversicherung und Unfallberufsgenossenschaften, und

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19080325/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

bei solchen Streitigkeiten zwischen Bergarbeitern und Grubenbesitzern (aus dem Arbeitsverhältnis), für die das Reichsgesetz die Gewerbegerichte eingeführt hat. Auch kann das Berggewerbegericht als Einigungsamt fungieren. Die Arbeiterpetition verlangte: eine zwei- statt vierjährige Amtsperiode der Beisitzer, das wahlfähige Alter auf 21 statt auf 30 Jahre zu normieren, die Einsetzung einer zweiten entscheidenden statt der nur vorgesehenen bloßen Revisionsinstanz und das Eingreifen des Bergschiedsgerichts als Einigungsamt, wenn es auch nur von einer Seite angerufen wird. Keiner dieser Anträge wurde berücksichtigt.

Mit einem Wort: es soll wieder einmal nur ärmliche Flickerei gemacht werden. Seit vielen Jahren wird in Deutschland nur noch sozialgesetzliche Flickarbeit gemacht. Das zeugt von der tödlichen Verlegenheit, in der sich die Regierungen gegenüber den wohlberechtigten Arbeiterforderungen befinden. Mit erhobener Faust droht die numerisch geringfügige, aber an Einfluß auf die Staatsmaschinerie sehr starke Unternehmerschaft den Regierungskommissaren, die sich einfallen lassen würden, in ihren Gesetzesvorlagen die Berechtigung der Arbeiterforderungen anzuerkennen. Auch der Entwurf zwecks Abänderung des Sächsischen Berggesetzes ist ein Beweis dafür, daß die Industriellen Herren im Staate sind.

Deutsches Reich.

Die Münznovelle.

Die schon seit Wochen angekündigte Novelle zum Münzgesetz ist nun dem Reichstag vorgelegt worden. Sie verlangt die Zustimmung zur Ausprägung eines 25-Pfennigstückes (ohne Angabe der Form) und die Erhöhung der Silberquote von 15 auf 20 M. pro Kopf der Bevölkerung.

In der Begründung wird ausgeführt, daß die 25-Pfennigmünze wesentlich zu einer Vereinfachung des Zahlungswesens im Kleinverkehr beitragen werde, nachdem ein 20-Pfennigstück nicht mehr existiere. Eine dem 25-Pfennigstück verwandte Münze existiere in vielen Ländern. Das neue Geldstück wird, damit es nicht zu klein wird, nicht aus Silber, sondern aus Nickel bestehen. Es soll 23 Millimeter groß geschlagen werden, also etwa die Größe eines Zwanzigmarkstückes erhalten. Ferner sollen die Silbermünzen unter 2 Mark, die Nickel- und Kupfermünzen fortan die Inschrift „Deutsches Reich" auf der Adlerseite tragen, damit die Schriftseite mit der Wertangabe entlastet wird. Der Entwurf bestimmt drittens, daß die Außerkurssetzung von neuem jederzeit vorgenommen werden kann, wenn sie erforderlich ist, also ohne Gesetz. Die alten Fünfzigpfennigstücke werden allmählich sämtlich eingezogen werden, nachdem für 100 Millionen Halbemarkstücke geprägt sein werden. Viertens sind im Entwurfe neue Bestimmungen über die Ausübung der Münzpolizei aufgenommen.

Seit 1. Juli 1900 bis jetzt sind in Reichssilbermünze 441 1/2 Millionen M. zur Ausprägung gelangt (129,8 Millionen M. Fünfmarkstücke, 156,1 Millionen M. Zweimarkstücke, 79 Millionen M. Einmarkstücke und 76,6 Millionen M. Fünfzigpfennigstücke). Nach Ausprägung der noch vorgesehenen Prägungen wird demnächst ein Gesamtprägebetrag von 910 Millionen M. erreicht sein, der den nach Gesetz vom 1. Juni 1900 zulässigen Höchstbetrag überschreiten wird. Deshalb ist eine Erhöhung der Silberquote um 5 M. pro Kopf vorgesehen, um dem Bedarf an Silbergeld nachkommen zu können.

Republikaner.

Lübeck, 24. März. Die Bürgerschaft lehnte die von den Sozialisten beantragte Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts ab.

Die letzte Wahlentrechtung in Lübeck wurde im August 1905 besiegelt. Es wurde das Zweiklassenwahlsystem mit einer Steuergrenze von 2000 Mark eingeführt und die Wahlmündigkeit auf 25 Jahre festgesetzt.

Versammlungsfreiheit im Ochsenkopf-Lande.

In Mecklenburg wurde 1851 nach Beseitigung der Erfolge der 1848er Revolution eine Verordnung erlassen, wonach öffentliche politische Versammlungen der Genehmigung der Regierung bedürfen. Als Begründung wurde ausgeführt, daß „in den letztvergangenen Jahren öffentliche Versammlungen und Vereine zu politischen Zwecken verderbliche Einflüsse auf Ruhe und Ordnung ausgeübt" hätten.

Diese Verordnung ist noch heute mecklenburgisches Versammlungsgesetz! Als nun dieser Tage der sozialdemokratische Vertrauensmann für Rostock die Erlaubnis für eine öffentliche Versammlung nachsuchte, in der über die vom Großherzog angekündigte Verfassungsreform gesprochen werden sollte, erhielt er folgenden Bescheid:

„Die erbetene Genehmigung zur Abhaltung der für Mitte April geplanten Versammlung ist nicht zu erteilen.
Großh. mekl. Ministerium des Innern."

Das Wappen der mecklenburgischen Lande ist bekanntlich der Ochsenkopf.

Die Breslauer Polizei gegen den Wahren Jakob.

r. **Stuttgart**, den 24. März. Vor dem Landgericht Stuttgart kam gestern die Strafsache des Breslauer Polizeipräsidenten gegen den Redakteur des Wahren Jakob, Genossen Heymann, erneut zur Verhandlung. Die Breslauer Polizei sieht sich durch ein Bild des Wahren Jakob beleidigt, das in Nummer 515, Jahrgang 1906, erschien und die Ueberschrift trug: Das Pfingstwunder von Breslau. Das Bild karikiert das Vorgehen der Breslauer Polizeihelden bei den Zusammenstößen im April 1906, wobei sich auch der Fall Biewald ereignete.

Die erste Verhandlung im November 1907 wurde vertagt, weil die Verteidigung eine große Zahl von Beweisanträgen gestellt hatte, denen das Gericht stattgab. Diese Beweisanträge waren insofern von Interesse, als sie sich in der Hauptsache auch auf Personen erstreckte, deren Zeugnis bei der Verurteilung der 45 an den Krawallen Beteiligten im Oktober 1906 von den Breslauer Gerichten abgelehnt worden war. Das Beweismaterial, das auf diese Weise gegen die Breslauer Polizei gesammelt worden ist, besitzt geradezu kulturhistorische Bedeutung. Auf jeder Seite dieses Berges von Akten findet man Klagen über die unglaubliche rohe Art des Vorgehens der Breslauer Polizei an jenem Tage. Dabei ist von dem Breslauer Richter, der die Aufnahme leitete, noch in der einseitigsten Weise verfahren worden, was in Stuttgart während der Verhandlung mehrfach scharf gerügt wurde. Von den nach Dutzenden zählenden „Taten" der Schutzmannschaft hier nur eine: Der Zeuge Langner sagt aus: Am 19. April 1906 ging ich mit meiner Frau und Tochter die Leuteuistraße hinauf und die Hildebrandstraße hinein. Vor der Nummer 23 begegnete uns eine Menge Schutzleute. Dem ersten erwiderte ich auf seine Frage, wohin ich gehe „nach der 25". Der eine sagte darauf: Aber rasch, rasch! und der letzte, der aus dem Hause herauskam, sagte zu meiner damals schwangeren Frau: Was tust denn Du noch hier, Du dickwampige Sau!" Derselbe Schutzmann holte auch aus, um meine Frau zu schlagen. In zahlreichen Fällen ist durch die Beweisaufnahme erwiesen, daß die Schutzmannschaft blindlings und ohne Wahl auch auf harmlose, ruhig und friedlich ihres Weges daherkommende Passanten brutal hineingehauen und geschossen hat. Die meisten Verletzungen waren nach Aussage der Aerzte von hinten, ein Zeichen, daß der Schutzmannschaft kein Widerstand geleistet wurde. Verschiedene Schutzleute sagten aus, sie seien in Schützenlinie, also nach militärischer Art, gegen die Menge vorgegangen.

Der als Sachverständige vernommene Professor Dr. Diez, Direktor der königlichen Gemäldegalerie, sagte aus, daß man es in dem Bilde des Wahren Jakob mit einer wirklich künstlerischen Leistung und künstlerischen Satire zu tun habe. Die politische Satire habe zu keinen Zeiten der karikierenden Uebertreibung und Verzerrung entbehren können. Der Verfasser habe die Grenzen der erlaubten Satire damit nicht überschritten. Der Oberstaatsanwalt Faber war der Meinung, daß sich der Angeklagte nicht auf eine politisch-satirische Uebertreibung beschränkt, sondern damit den Vorwurf eines rohen Vorgehens verbunden habe. Dadurch habe er sich eine Verletzung der dienstlichen und persönlichen Ehre der Schutzleute zuschulden kommen lassen. Er beantragte eine Geldstrafe von 500 M. auszusprechen.

Die Rechtsanwälte Haußmann und Dr. Lutz sprachen in ausgezeichneten Plädoyers für Freisprechung. Die Urteilsverkündigung erfolgt am 30. März.

Menschenware.

Der Arbeitsnachweis der Landwirtschaftskammer der Provinz Sachsen zu Halle a. S. erläßt Inserate, die folgenden Wortlaut haben:

„Mehrere größere Posten Wanderarbeiter (Männer, Frauen und Burschen) sind noch abzugeben."

Aehnliche Inserate gehen von anderen Landwirtschaftskammern aus.

Enteignungsfrüchte.

Ein polnisches Geschäft in Gnesen ließ vor kurzem Prospekte verteilen, die folgenden Aufruf enthielten: „Hakatisten und Juden haben geschworen, daß sie uns verhungern lassen, erniedrigen und vernichten wollen. Unsern kleinen Besitzern ist es nicht erlaubt, auf ihrem Grund und Boden zu bauen; wir haben auch kein Recht, so wie die anderen Land zu erwerben! Tausende nicht aufgeklärter Männer, tausende Frauen und Töchter Polens tragen noch heute ihr Geld zu den Juden, unsern größten Feinden, trotzdem hier polnische Geschäfte sind, wo wir reell und billig kaufen können. Es ist eine Schande und eine Schmach für jeden ehrlichen Polen und für jede polnische Mutter, welche das nicht einsehen, daß man reell nur bedient werden kann beim polnischen Kaufmann."

Ein deutscher Besitzer, der bei einem Polen mehrere Waggons Kartoffeln bestellte, erhielt folgende ablehnende Antwort: „Seit der Enteignung machen wir nur mit polnischen Firmen Geschäfte."

Die Tugendhaften.

Vom Schöffengericht Magdeburg-Buckau wurde ein reichstreuer Schmiedegeselle von der Anklage des Diebstahls freigesprochen. Er sollte einem Logiskollegen einen Ring gestohlen haben, den man offen in seiner Ueberziehertasche fand. In der Begründung der Freisprechung erklärte sich das Gericht mit der Ansicht des Amtsanwalts einverstanden, es sei gerichtsnotorisch, daß reichstreue Arbeiter aus Rache allerlei Vergehen beschuldigt würden, um ihnen eins zu versetzen.

In Preußen-Deutschland ist es selbstverständlich und nun auch gerichtsnotorisch, daß ein braver Untertane, der „Deutschland, Deutschland über alles" richtig und mit Begeisterung singt und außerdem noch zu der Liebertgefolgschaft zählt, vor allen Anfechtungen des Satans gefeit ist. Umgekehrt ist es in Preußen-Deutschland selbstverständlich und wohl auch gerichtsnotorisch, daß jeder Sozialdemokrat „hinreichend verdächtig" ist, ein Uebeltäter und schlimmer Bösewicht zu sein. So will es die ausgleichende Gerechtigkeit.

Prügelchristen.

g. In Bayern ist es noch vielfach Sitte, daß in den Landgemeinden die Ortsarmen ihr Essen im Turnus bei den Einwohnern erhalten. Daß die letzteren ihren „Gästen" nicht grün sind, läßt sich denken. In Wiesberg (Oberfranken) wurde dem Steinschleifereibesitzer Müller der 70 Jahre alte Ortsarme Riedelbauch auf 12 Tage zur Beköstigung zugewiesen. Müller suchte sich dadurch schadlos zu halten, daß er den Alten mit Holzmachen usw. beschäftigte. Als dieser eines Tages mit seiner Arbeit fertig war, begab er sich in die Wohnstube des M., um auf das Essen zu warten. Da erschien Müller und schlug mit dem dicken Ende einer Reitpeitsche auf ihn ein. Der Greis wollte die Hiebe mit dem Arm abwehren, wobei er dem Müller einen Schlag ins Gesicht gegeben haben soll. Nun fielen Müller und sein Knecht neuerdings über ihn her, bearbeiteten ihn mit den Fäusten und mit der Reitpeitsche und warfen ihn schließlich hinaus. Zu den Prügeln bekam er nun auch noch eine Anklage wegen Hausfriedensbruchs, weil er ohne Erlaubnis das Zimmer betreten, hatte und wegen Körperverletzung, während auf seinen Antrag Müller und Pöhlmann wegen Körperverletzung angeklagt wurden. Vom Schöffengericht Kulmbach wurden der Alte mit zwei Tagen Gefängnis und Müller mit 20 M., Pöhlmann mit 10 M. Geldstrafe belegt. Erst bekommt der Arme seine Prügel, dann wird er eingesperrt.

Feuerbestattung. Die Berliner Stadtverordnetenversammlung beschloß einstimmig, den Magistrat zu ersuchen, um die Einführung der fakultativen Feuerbestattung bei Regierung und Parlament zu petitionieren.

Professor Schnitzer in München hat die ihm gestellte Frist verstreichen lassen, ohne den verlangten feierlichen Widerruf zu leisten. Man darf gespannt darauf sein, welche Strafen nun die Kirche gegen den „ketzerischen" Theologen verhängen und ob und wie sich die staatliche Autorität zu dem Ketzergericht entschließen wird.

Paragraph 175? Das Marinekriegsgericht verurteilte den Leutnant z. S. Spanuth vom Schulschiff Moltke wegen tätlicher Beleidigung eines Untergebenen zu 2 Monaten Gefängnis und erkannte außerdem auf Dienstentlassung.

Wegen Unterschlagung eines Betrages von 100 M. wurde vom Kriegsgericht der 21. Division in Hanau der Unterzahlmeister Hörp vom 1. Bataillon des Hanauer Infanterie-Regiments Nr. 166 zu 4 Monaten Gefängnis und Degradation verurteilt. Der Verurteilte dient 17 Jahre.

Kleine politische Nachrichten. Der deutsche Kaiser hat seine Korfufahrt angetreten. In Venedig findet eine Zusammenkunft mit dem Könige von Italien statt. — In der Verhandlung über das französische Einkommensteuergesetz erklärt der Finanzminister wegen der Besteuerung der französischen Rente, er könne keine Verpflichtung eingehen, sie von der Steuer zu befreien, da auch die ausländischen Wertpapiere besteuert werden. — Die italienische Deputiertenkammer hat den Vorschlag der Kommission, das Mandat Nasis infolge seiner Verurteilung für verfallen zu erklären, genehmigt. — Aus Saloniki wird berichtet: Eine griechische Bande ermordete am Montag in Lukovitza (Kreis Karaweria) zwei Bulgaren und zwei Wallachen. In Agusto fand ein Kampf zwischen Militär und einer dort versteckten griechischen Bande statt, wobei ein griechischer Offizier gefallen ist. Nähere Details fehlen. Bei Spanga (Kreis Melnik) schossen Bulgaren auf eine Militär- und Gendarmeriepatrouille aus dem Hinterhalt. Zwei Gendarmen und vier Soldaten fielen. — In Adrianopel revoltierten zwei Hamidie-Kavallerieregimenter wegen rückständigen Soldes und Ueberschreitung ihrer Dienstzeit. Ihre Kasernen sind von Infanterie eingeschlossen. Mehrere höhere Offiziere, die auf die Revoltierenden gütlich einzuwirken versuchten, wurden von letzteren mißhandelt.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Ungarische Vergewaltigungsmaßregeln.

Budapest, 24. März. Die Revision der Hausordnung des Reichstages wurde heute nach mehrwöchiger Debatte mit 188 gegen 27 Stimmen in der Generaldebatte angenommen. Der Abstimmung gingen große Lärmszenen voraus, da Präsident Justh das Verlangen der Dissidenten auf namentliche Abstimmung ablehnte, weil von den Unterfertigern des Verlangens einer abwesend war. Die Dissidenten drohten dem Präsidenten mit Fäusten und stellten die technische Obstruktion in der Spezialdebatte in Aussicht. Auffällig war, daß sich die kroatischen Abgeordneten der Abstimmung enthielten.

Frankreich.

Der Nachtragskredit für Marokko.

Paris, 24. März. Den Deputierten ging heute der Bericht Doumers über den Nachtragskredit für Marokko zu. Der Berichterstatter stellt fest, daß es gegenwärtig von Wichtigkeit sei, im scherifischen Reiche einen Zustand herzustellen, der es dem Sultan gestatte, das Land mit Hilfe Frankreichs und in Uebereinstimmung mit der Algecirasakte zu „reorganisieren". Die Opfer Frankreichs für eine Aufgabe, die es nicht begehrt habe, würden seine Rechte bei den Finanzationswerke in Marokko vermehren, durch das ganz Europa Vorteile erlangen werde. Der Bericht schließt mit der Bitte, Kredite in der Höhe von ungefähr 16 Millionen Frank zu genehmigen.

*

London, 24. März. Daily Telegraph meldet aus Casablanca vom 21. März: Man schließt aus dem Eintreffen von Verstärkungen direkt aus Frankreich, die Regierung sei wegen drohender Anzeichen an der Grenze unfähig, weitere Truppen aus Algier und Tunis wegzuziehen.

Rußland.

Aus der Duma.

Petersburg, 24. März. Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung stand die zweite Lesung der Gesetzvorlage des Ministers des Aeußern über die Erhebung der Gesandtschaft in Tokio zu einer Botschaft. Graf Uwarow (linker Oktobrist) und die Sozialdemokraten sprachen sich gegen die Gesetzvorlage aus. Ersterer meinte, die Erhebung der Gesandtschaft zur Botschaft biete ebensowenig wie die zwischen Rußland und Japan geschlossenen Verträge genügende Garantie für die Friedenspolitik im fernen Osten. Der Sozialdemokrat Tscheidse glaubt die Gesetzvorlage nicht votieren zu können, da nach wie vor unverantwortliche Elemente sich in die Regierungsgeschäfte einmischten.

Der Minister des Aeußern Iswolski erklärte, die Erhebung der russischen Gesandtschaft in Tokio zur Botschaft entspreche der heutigen Stellung Japans. Rußland sei nicht eine Macht zweiten Ranges geworden und besitze nicht geringere Interessen im fernen Osten als Frankreich und England. Die mit Japan geschlossenen Konventionen seien Rechtsnormen, ohne die es weit schwieriger wäre, das russische Gebiet im fernen Osten gegen das Eindringen Fremder zu schützen. Das Abkommen mit Japan fördere auch augenscheinlich den friedlichen ungehinderten Gebrauch der vertragsmäßigen Rechte, die Rußland in der Mandschurei besitze. Rußland könne ferner erklären, daß in der Praxis bereits Rußlands Erwartungen sich bewahrheiteten, da Japan durchaus loyal bei jeder sich darbietenden Gelegenheit alles unterlasse, was Rußlands Rechte und Interessen in der Mandschurei beeinträchtigen könnte. Natürlich würde weder die Macht des Ministers des Aeußern noch die Macht der Diplomatie überhaupt Rußlands Grenzmark im fernen Osten in ihrer staatswirtschaftlichen Entwicklung auf das Niveau bringen, das sie vor den von Uwarow vorausgesehenen Gefahren bewahren könnte. Dies sei Sache einer unablässigen langdigen Arbeit der Nation und des allgemeinen Ausbaues des Staates. Die Hauptaufgabe der Diplomaten bestehe nur darin, diesen Ausbau durch möglichst vorteilhafte Bedingungen in internationaler Hinsicht vorzubereiten. Darauf, schloß der Minister, waren auch alle meine Kräfte gerichtet, und mir scheint, daß ungeachtet der durch den letzten Krieg in dieser Hinsicht geschaffenen, besonders schwierigen Lage dennoch manches, und dazu sehr wesentliches, zweifellos erreicht ist.

Die Bauerngruppe in der Duma.

Man berichtet der Russ. Korresp. aus Petersburg: Im Gegenstand besonderer Beachtung bildet das Agrarprojekt der Bauerngruppe in der Duma, die schon an und für sich berechtigtes Aufsehen erregt. — Bekanntlich galten die Bauerndeputierten der „Herrenduma", die mit Hilfe der Verbündler gewählt wurden, als besonders loyales Element. Aber auch diese „Stützen des Thrones" haben sich als „Verräter" erwiesen. — Das Agrarprojekt spricht ganz offen „von der Zwangsenteignung von Privatgrundbesitz". — Ein Bauerndeputierter, der zu den Rechten gehört, charakterisierte die Lage wie folgt: In der Bodenfrage gibt es keine Rechtsstehenden. Alle Bauern stimmen darin überein, daß sowohl die links- wie die rechtsstehenden Bauern bitterlich Hunger leiden und allen möglichen Entbehrungen ausgesetzt sind. Die Bauerngruppe besteht aus fast 120 Deputierten, da sich dazu auch einige Geistliche aus dem Lager der Rechten und der Gemäßigten gesellt haben. Der Schwerpunkt des Projekts liegt darin: Wenn an einem Orte wenig Boden für besitzlose oder wenig besitzende Bauern verfügbar ist, wird dem Staatsfond Privateigentum nach gerechter Schätzung zur Verwendung für die Bauern zugewiesen. Dem Fonds soll nur der Grundbesitz zugewiesen werden, der nicht bebaut wird, und wenn auch der, der für einen Teil der Ernte in Pacht gegeben wird. Was die Duma gerecht sein wird, hat sie nichts gegen dieses Projekt einzuwenden; warum sollen denn Hunderttausende von Desjatinen von Grundbesitz nicht bebaut werden, wenn sie Zehntausende von Bauern ernähren könnten? Ebenso ist umgekehrt Boden in dem Besitz von Personen zu lassen, die ihn nicht selbst bearbeiten, sondern in Pacht abgeben. Sie sammeln jetzt Unterschriften für dieses Projekt, und in den nächsten Sitzungen werden sie es in der Duma einbringen.

* * *

Petersburg, 24. März. Der Senat lehnte die Kassationsklage der wegen Unterzeichnung des Wyborger Aufrufs angeklagten ehemaligen Abgeordneten der ersten Reichsduma ab.

Die Verhaftungen von Terroristen, die längst der finnländischen Bahn Attentate vorbereiteten, dauern an. In Wyborg wurden allein in der letzten Woche 21 Personen verhaftet. Eine große Anzahl weiterer Verhaftungen wird gemeldet.

Mehrere Generalgouverneure und Korpskommandeure, darunter die Generale Kaulbars und Skalon, wurden zur Teilnahme an einer militärischen Geheimkonferenz unter persönlichem Vorsitz des Zaren nach Peterdhof berufen. Die meisten sind bereits in der Hauptstadt eingetroffen.

Amerika.

Verbot des Prügelns in Neuyorker Schulen.

Die Frage des Züchtigungsrechts in den Schulen beschäftigt seit einiger Zeit auch den Schulrat in Neuyork. Der Schulrat hatte bei den Schulvorstehern der Stadt Neuyork, auch bei den Schulinspektoren des ganzen Landes Umfrage in dieser Angelegenheit gehalten. Die Mehrzahl der Schulbeamten sprach sich für Beibehaltung der Züchtigung aus, während die Lehrerinnen im großen und ganzen nichts davon wissen wollen. In einer Extrasitzung des Schulrats wurde vor einiger Tage mit 21 gegen 17 Stimmen beschlossen, keine körperliche Züchtigung in der Schule zu gestatten.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19080325/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Deutscher Reichstag.

(Fortsetzung aus der Beilage.)

Solange nicht spezielle deutsche Rechte verletzt werden, ist es nicht unsere Sache, uns in die marokkanischen Angelegenheiten einzumischen; das ist auch der Grund gewesen, daß wir den beiden Sultanen Abdul Asis und Muley Hafid, welche uns um ein Einschreiten ersuchten, eine ablehnende Antwort erteilt haben. Wir haben den beiden Sultanen sagen lassen, daß, wenn sie glaubten, einen Grund zu einer berechtigten Beschwerde zu haben, sie sich mit dieser Beschwerde nicht an einen einzelnen Staat, sondern an alle an der Algeciraskonferenz beteiligten Mächte zu wenden hätten. Auf eine Anfrage, ob die Nachricht richtig sei, daß Frankreich beabsichtige, die Hafenplätze Safsi und Agammur zu besetzen, ist uns die Antwort zuteil geworden, daß dies nicht beabsichtigt sei. Redner geht dann auf die Einzelheiten der Entschädigungsfrage ein und teilt die näheren Modalitäten mit, nach denen sie geregelt werden soll.

Uns liegen bei der Bagdadbahn politische Ziele und Hintergedanken gänzlich fern. Was wir im Auge haben, das ist die kulturelle Erschließung von Ländern, welche dieser Erschließung bedürftig zu sein scheinen. Bei diesem rein wirtschaftlichen Charakter des Unternehmens fallen alle phantastischen Kombinationen in sich zusammen, die man im Auslande daran geknüpft hat, vor allem die Fabel von der Besiedelung der von der Bahn durchschnittenen Gebiete mit deutschen Handwerkern und ebenso die Fabel von der Besitzergreifung eines Hafens am persischen Golf. Solche Gedanken hat die kaiserliche Regierung niemals auch nur erwogen. Im übrigen werden wir dem Unternehmen selbstverständlich unsere volle Sympathie und werden alles daran setzen, um es zu fördern. (Beifall.)

Ich komme dann zur Frage eines etwaigen Abkommens über die Nordsee und über die Ostsee. Die Verhandlungen darüber sind noch im Gange. Nur so viel möchte ich für heute sagen, daß keine Rede davon sein kann, daß uns von irgend einer Seite etwas aufgelegt werden könnte, was unseren Interessen nicht entspräche. In einem Akte der Schwäche würde die deutsche Regierung, dessen dürfen Sie versichert sein, niemals die Hand bieten (Bravo!); es kann uns aber keinesfalls als Schwäche gedeutet werden, wenn es mit unserer Zustimmung dazu kommt, daß die Uferstaaten zusammentreten und sich geloben, an ihrem Besitzstand nicht rütteln und rühren zu wollen.

•

Zu den Fragen der inneren Politik liegen eine große Anzahl Resolutionen vor. Eine Resolution Albrecht (Soz.) fordert die Einführung des Reichstagswahlrechts in allen Bundesstaaten einschließlich Elsaß-Lothringens für die Wahlen zu den Landtagen. Eine zweite Resolution Albrecht (Soz.) fordert, daß Ausweisungen von Ausländern nur auf Grund eines richterlichen Urteils zulässig sein sollen, welches auf Grund reichsgesetzlicher Vorschriften über die Zulässigkeit von Ausweisungen ergangen ist.

Abg. Sonderscheer: Heute stehe im Vordergrund der politischen Ziele der Elsaß-Lothringer das Emporkommen Elsaß-Lothringens zu einem Bundesstaat im Sinne der Reichsgesetzgebung. Redner begründet ausführlich die Berechtigung dieses Zieles und betont, daß der Zweck der diesbezüglichen Anträge im Landesausschuß der Gleichstellung Elsaß-Lothringens mit den übrigen Bundesstaaten. Man wünsche keineswegs ein preußisches Kronland zu werden.

Reichskanzler Fürst Bülow: Ich bin der Meinung, daß mit dem Gesetz vom 4. Juli 1879 die Entwicklung der Verfassungsdokumente keineswegs endgiltig zum Abschluß gelangt ist, daß vielmehr nachdrücklich angestrebt werden muß, die staatsrechtliche Stellung Elsaß-Lothringens im Sinne einer Annäherung an die bundesstaatsrechtliche Verfassung auszugestalten. Ich bin mit den verbündeten Regierungen dieserhalb in Verbindung getreten und hoffe, daß die Verhandlungen zu einem Resultate führen, das den berechtigten der elsaß-lothringischen Bevölkerung entgegenkommt. Ein endgiltiger Entschluß ist noch nicht gefaßt.

Abg. Bassermann-Heidelberg (natl.) begründet die von ihm eingebrachte Resolution um Vorlegung eines Gesetzentwurfes zur Abänderung des Gesetzes vom 1. Juni 1870 über den Erwerb und Verlust der deutschen Reichsangehörigkeit. Den Schutz des Wahlgeheimnisses wolle auch die Partei des Redners, aber man müsse sich davor hüten, von Reichswegen den Einzelstaaten ein Wahlrecht aufzudringen.

Abg. Bebel (Soz.) kommt auf die englische Briefaffäre zu sprechen. Wenn der Brief, wie der Reichskanzler erklärt habe, von jedem unterschrieben werden könne, so begreife er nicht, warum der Briefschreiber nicht Veranlassung genommen habe, die entstandenen Irrtümer aufklären zu lassen. Redner bittet dann den Staatssekretär, das kommende Weißbuch etwas vollständiger zu machen, als das seines Vorgängers. In seinen weiteren Ausführungen begründet Redner die von den Sozialdemokraten eingebrachten Resolutionen. Die preußische Ausweisungspraxis beweise, daß Preußen die Inkarnation aller Reaktion sei. (Beifall bei den Soz.) Das Ausweisungsrecht müsse für ganz Deutschland einheitlich geregelt werden. So wie Preußen die Ausweisung handhabe, könne man nicht mehr von einer Ausweisung, sondern müsse von einer Auslieferung sprechen. Ein solches Verfahren bedeute für Preußen ein Armutszeugnis. (Beifall bei den Soz.)

Vizepräsident Kaempf weist den Redner wegen dieser Bezeichnung zur Ordnung. (Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.)

Abg. Bebel (fortfahrend): Sorgen Sie (zu den Konservativen und Nationalliberalen) endlich einmal dafür, daß die Ehre Deutschlands hinfort nicht mehr so gefährdet wird durch die Ausweisungspraxis Preußens. (Beifall bei den Soz.) Ich bin gewiß ein internationaler Gegner Rußlands, aber ich muß sagen: ich bewundere die Festigkeit und Selbständigkeit, die Rußland allem Liebeswerben seines Deutschlands entgegensetzt. Rußland nimmt alle Liebesdienste Deutschlands, wie sie namentlich in der Ausweisung oder gar Auslieferung russischer Staatsangehöriger sich dokumentieren, ruhig hin; aber es fällt ihm nicht ein, auch nur „Danke schön" dafür zu sagen oder gar von seiner deutschfeindlichen Politik auch nur um Haaresbreite abzuweichen. Redner bespricht eine Anzahl von Ausweisungs- bezw. Auslieferungsfällen. Auf der anderen Seite hat man russische Polizeispitzel, selbst wenn sie die größten Lumpen und Verbrecher sind, frei schalten und walten, und man unterstützt sie sogar in ihrem Treiben. Selbst die Post muß dazu herhalten, der russischen Willkür Schergendienste zu leisten. Im Prozeß Troffimoff ist festgestellt, daß die Kriminalpolizei wiederholt Briefe russischer Anarchisten an das russische Zentralkomitee „aufgefangen" hat, und ich selbst bin schon mehr als einmal gewarnt worden: Nehmen Sie Ihre Korrespondenz in acht!

Im weiteren begründet Redner die sozialdemokratische Resolution auf Einführung des Reichstagswahlrechts für die Landtagswahlen in allen Bundesstaaten. Friedrich Wilhelm III. hat einst gesagt: Zwischen mich und meinen Volk soll sich nichts Drittes schieben; und doch war ein Jahr später die Volksvertretung in Preußen da. Heute ergreift das Bestreben nach dem allgemeinen gleichen Wahlrecht immer weitere Massen. Mit unseren Demonstrationen beabsichtigen wir die Aufmerksamkeit der ganzen Welt auf das elende Wahlrecht Preußens zu lenken. (Sehr richtig rechts) werden noch mehr erleben als bisher. Rußlands Wahlrecht ist besser als das preußische, dort hat eine Anzahl von Sozialdemokraten Sitz und Stimme in der Duma; in Preußen dagegen hat die stärkste Partei in Deutschland nicht einen einzigen Sitz im Landtage. Zum Schluß polemisiert Redner gegen das Zentrum, dem er den Vorwurf macht, daß es ihm mit seinen freiheitlichen Bestrebungen nicht ernst sei; er erinnere nur an das Vereins- und Versammlungsrecht. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Naumann (freis. Vereinigg.): Was kümmert sich der deutsche Bramte, der die gewaltige Macht des Deutschen Reiches repräsentiert, darum, wenn's mal einem einzelnen armen Kerl in dieser grausigen Maschinerie schlecht geht? Was ist ihm da speziell ein Ausländer, der mal zu uns kommt? Und doch verlangen wir, verlangt das Volksbewußtsein ein Fremdenrecht, das auf dem Grundsatz fußt, wir behandeln unsere Fremden genau so, wie wir Deutsche behandelt sein wollen, wenn wir draußen in der Fremde sind! (Beifall.) Davon sind wir heute leider Gottes noch himmelweit entfernt. Wir haben einen gewaltigen Beamtenkörper, ohne den das Reich einfach nicht existieren kann; wir wünschen, daß diese Beamten nicht bedientenhafte, tote Glieder dieses großen Apparates sein sollen, sondern lebendige Glieder mit eigenem Selbstbewußtsein und Rechtsbewußtsein. Aber hat denn heute der Beamte bei uns das Bewußtsein, daß er desselben Rechts ist wie jeder andere Staatsbürger? Ueberall sehen wir, wie auf dem Boden der Vereinigung der Einzelne sich hochzuarbeiten sucht, von den Syndikaten angefangen bis herunter zu den Gewerkschaften. Und inmitten dieser Welt von Assoziationen wird über die Beamtenschaft die Hand gehalten, wird ihr gesagt: ihr dürft euch überhaupt nicht verbinden, oder ihr dürft euch allenfalls unter gewissen Vorsichtsmaßregeln verbinden, also beispielsweise provinziell; außerhalb dürft ihr vielleicht noch petitionieren, aber schon wenn ihr euch vom Staatssekretär an den Abgeordneten wendet, geht ihr über die Grenzlinie hinaus, die der Beamte in seiner Bescheidenheit und Demut innezuhalten hat. Ich meine: der oberste Beamte des Deutschen Reiches, der andere Eigenschaften an sich selbst zu schätzen weiß, sollte sie auch an seinen Beamten zu schätzen wissen (Beifall links), und er sollte dafür sorgen, daß eine andere Auffassung vom deutschen Beamtenrecht Platz greift, als der Staatssekretär des Postamts sie hier vertreten hat. (Beifall links.)

Für Preußen gilt der Grundsatz: Wählen darf man, aber es hilft nichts. Sieben Handwerker und zwei Arbeiter sitzen im preußischen Landtag, und das nennt sich eine Volksvertretung, nein, das ist eine Klassenvertretung. (Zuruf rechts: Volksvertretung erster Klasse.) Die Oesterreicher im Riesengebirge schauen über den Gebirgskamm nach Preußen, ob die preußische Landwehr noch nicht nachkommt. (Heiterkeit.) Im Landtage werden die kroatischen und Schulangelegenheiten nach einem mammonistischen System behandelt, während der Grundcharakter des Evangeliums von diesem System nichts weiß. Bei den Staatsbetrieben werden im preußischen Landtag die Angelegenheiten der Arbeiter von Leuten erledigt, die von dem Schicksal der Arbeiter selbst nichts wissen. Die Armenpflege wird von Leuten erledigt, welche von der Armut am weitesten entfernt sind, und dieser Zustand besteht im Zeitalter der Blockpolitik. Der Reichskanzler hat gesagt, die Blockpolitik verlangt Rücksicht und Vertrauen; was aber der Reichskanzler am 10. Januar im preußischen Abgeordnetenhaus gesagt hat, das war rücksichtslos und zeugte nicht vom Vertrauen. Der 10. Januar liegt zwischen ihm und unserem Vertrauen. Wir wollen alle nationalen Fragen gern mit erledigen, aber die wirtschaftlichen und liberalen Ideale wollen wir nicht preisgeben.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Abg. Gröber (Zentr.) gibt zur Geschäftsordnung die an anderer Stelle mitgeteilte Erklärung.

Fortsetzung Donnerstag 1 Uhr.

Sächsischer Landtag.

II. Kammer.

87. Sitzung vom 25. März 1908.

Als erster Punkt stehen das Dekret Nr. 42, einen zweiten Nachtrag zum ordentlichen Staatshaushalt für 1906/07 betreffend, und Dekret Nr. 43, eine Ergänzung des Etats für 1908/09 (Wohnungsgeldzuschüsse) betreffend, zur Beratung.

Finanzminister Dr. Rüger: Im Dekret Nr. 42 wurden für die Eisenbahnen allein 7 900 000 M. gemeinjährig mehr gefordert, also rund 16 Millionen für die Finanzperiode. Die gesamte Nachforderung beziffere sich auf rund 19 Millionen M. Angesichts solcher Einstellungen werde man zugeben müssen, daß die Behauptungen von der übertriebenen Sparsamkeit auf der Staatsbahn nicht aufrecht erhalten werden könnten. Zum Teil sei die Mehrausgabe durch die starke Verkehrssteigerung verursacht worden. Auch die Erhöhung der Arbeitslöhne habe die Mehrausgabe mit verursacht. Zwei Millionen seien für Kohlen mehr erforderlich gewesen. Der größte Teil aber werde zur Neubeschaffung von Betriebsmitteln benötigt. Der Finanzminister versucht nachzuweisen, daß es berechtigt gewesen sei, mit der Neubeschaffung der Betriebsmittel einzuhalten. Tatsächlich habe sich in Sachsen ein weit geringerer Güterwagenmangel gezeigt wie in Preußen, und jetzt sei die Güterwagenzahl im Verhältnis zur Kilometerlänge in Sachsen größer als in Preußen und Bayern. Mit dem Ersuchen, die Nachforderung zu bewilligen, schließt der Minister.

Abg. Hähnel (kons.): So lange er der Finanzdeputation angehöre, ist eine so große Nachtragsgsforderung dem Landtag nicht zugegangen. Nach den Erklärungen des Ministers stehe er aber nicht an, schon jetzt zu bekunden, daß er die Nachforderung für berechtigt halte. Sodann beschäftigt sich der Redner mit Einzelheiten des Nachtragsetats. Schließlich beantragt er die Ueberweisung der beiden Dekrete an die Finanzdeputation A. — In Dekret 43 (Wohnungsgeldzuschüsse betreffend) handele es sich um Aenderungen der Einstellungen in fast allen Kapiteln. Später, wenn das Dekret über die Gehaltsregulierung da sein werde, würden sich noch weit mehr Aenderungen notwendig machen.

Abg. Neutsch: Die Nachforderungen seien zum Teil dadurch entstanden, daß man die Löhne der unteren Eisenbahnangestellten fortdauernd aufgebessert habe. 3 265 000 M. seien gemeinjährig erforderlich geworden, um den Wagenmangel zu beseitigen. Die Regierung habe also hier nicht auf einen Beschluß der Stände gewartet, sondern sei selbständig vorgegangen. Der Redner begrüßt es, daß auch die gewerblichen Fachschulen mit größeren Zuwendungen bedacht worden seien.

Abg. Günther: Die Nachforderungen seien außerordentlich hoch. Man müsse aber zugeben, daß außerordentliche Verhältnisse die hohen Nachforderungen verursacht hätten. Er möchte Aufklärung darüber haben, in welcher Richtung und in welchem Umfange die Erhöhung der Arbeiterlöhne erfolgt seien. Man solle die Auskunft darüber im Berichte über Kapitel 16 geben. Sodann beklagt sich der Redner über die unzureichende Geschwindigkeit der Schnellzüge auf der Strecke Dresden—Hof.

Finanzminister Dr. Rüger: Der Abg. Günther habe die Beziehungen zwischen der sächsischen und preußischen Eisenbahnverwaltung als unfreundlich bezeichnet. Das sei durchaus unzutreffend. Einige Worte wolle er noch zu Kapitel 43 sagen. Es sei eine Mehraufwendung von 114 333 M. erforderlich, die hauptsächlich durch die Wohnungsgeldzuschüsse erforderlich werde. Der Redner beschäftigt sich sodann mit Einzelheiten der Vorlage. Er verweist sodann auf die steigenden Aufwendungen für die Beamten. Dieser Ausgabensteigerung könne das Finanzministerium nicht ohne Sorge entgegensehen. Dazu komme, daß das finanzielle Verhältnis Sachsens zum Reiche außerordentlich unbefriedigend geblieben sei. Man müsse damit rechnen, daß die Periode glänzender Ueberschüsse für Sachsen vorbei sei. Er müsse dringend raten, bei allen Ausgabeteilen eine weise Sparsamkeit walten zu lassen. Unsere Verhältnisse sind nicht derart, daß wir uns große Uebertreibungen der Ausgaben leisten können.

Abg. Zöphel: In Leipzig merke man von dem großen Entgegenkommen der preußischen Eisenbahnverwaltung wenig. Die Anschlüsse der Züge bei den Uebergängen von sächsischen auf preußische seien so ungünstig, daß man oft stundenlang auf Anschlüsse warten müsse. Da die preußische Eisenbahnverwaltung so großes Wohlwollen für Sachsen hege, werde es nicht schwer sein, die Mängel zu beseitigen.

Finanzminister Dr. Rüger: Es sei an den erörterten Mißständen schon viel gebessert worden, die Regierung werde bemüht sein, die Anschlüsse noch günstiger zu gestalten.

Die beiden Dekrete werden auf Grund einstimmigen Beschlusses der Finanzdeputation A überwiesen.

Es folgt die Beratung über Kapitel 32 des Etats Gesamtministerium nebst Staatsrat. Die hier eingestellte Ausgabe in Höhe von 26 070 M. wird nach einem kurzen Berichte des Abg. Hähnel bewilligt.

Kapitel 33 betrifft Kabinettskanzlei, die eingestellte Ausgabe beziffert sich auf 8878 M. Es ergiebt sich die einstimmige Bewilligung ohne Debatte.

Bei Kapitel 1 des Rechenschaftsberichtes, Forsten, ist eine Etatüberschreitung von 202006 M. und eine außeretatmäßige Ausgabe von 2022 M. zu verzeichnen. Die Summen werden nach einem Bericht des Abg. Stark ohne Debatte einstimmig nachträglich bewilligt.

Fortsetzung der Beratung der Volksschulanträge.

Abg. Dr. Rühlmann: Der Einheitsschule könne er das Wort nicht reden. Denn es würde zu beobachten sein, daß die besseren Kinder durch Berührung mit den unreinen, schlechten Elementen herabgezogen, nicht aber das letztere hinaufgehoben würde. Dadurch würde das ganze Niveau der Schule herabgedrückt. Bezüglich der Ortsschulaufsicht stehe er auf dem Standpunkte, daß so viel Aufsicht gar nicht nötig sei. Soweit aber eine solche erforderlich sei, könnte sie vom Schulvorstand ausgeübt werden. Man solle auch den Religionsunterricht von der geistlichen Aufsicht befreien. Sodann verbreitet sich der Redner über die Fortbildungsschule und erörterte andere bereits eingehend behandelte Fragen in nationalliberalem Sinne.

(Bei Schluß der Redaktion geht die Verhandlung noch weiter.)

Neues aus aller Welt.

Der Millionenschwindel Rochettes.

In pariser Finanzkreisen beobachtet man, wie dem B. T. aus Paris mitgeteilt wird, große Zurückhaltung über die Folgen, die der Fall des verhafteten Millionenschwindlers Rochette haben wird. Es ist schon jetzt mit Sicherheit anzunehmen, daß mehrere Banken, die Rochettesche Emissionen auf den Markt brachten, empfindlich in Mitleidenschaft gezogen worden sind. Der Credit Minier, die Gründung Rochettes, arbeitete in der Hauptsache mit Hilfe von Maklern, die in Paris von Quartier zu Quartier, von Haus zu Haus wanderten und den kleinen Leuten ihre Ersparnisse abnahmen. Die Passiven belaufen sich auf rund 200 Millionen Franken. Alle von Rochette gegründeten Gesellschaften bilden zusammen ein Stammkapital von 75 Millionen Franken, das natürlich mit der Kurshöhe beträchtlich gestiegen ist. Auch mehrere politische Persönlichkeiten scheinen in die Affäre verwickelt zu sein; so ein ehemaliger Ackerbauminister, ein Deputierter, der jetzige Vizepräsident der Kammer Nabier, der Syndikus der Französisch-spanischen Bank war, zwei weitere Deputierte und ein Senator, der ein von Rochette gegründetes Finanzblatt leitete.

Vor einem Monate ungefähr, als Briand das Portefeuille des Unterrichts mit dem der Justiz vertauschte, wurde ihm eine Klage gegen Rochette unterbreitet. Damals handelte es sich um die Minen von Verva. Briand ließ durch einen Ingenieur die Angelegenheit untersuchen, fand aber keinen Anlaß einzuschreiten. Auch eine zweite Klage wegen Diebstahls eines Patentes bot nicht genügende Anhaltspunkte, um Rochette den Prozeß zu machen. Erst die Klage des Senators Prevet, des Direktors des Petit Journal, verschaffte dem Justizminister das Material, um gegen Rochette vorzugehen. Dieser hatte die Aktien des Blattes offen verkauft und die Gesellschaft durch Zirkulare, die er den Aktionären ins Haus schickte, in Mißkredit gebracht. Der Untersuchungsrichter hat an alle Staatsanwaltschaften der Republik die telegraphische Ordre gegeben, überall, wo Filialen der Bankunternehmungen Rochettes sich befinden, deren Schließung zu veranlassen. Dieser Filialen gibt es nicht weniger als 58. Der Credit minier et industriel hat außerdem eine Filiale in Brüssel und die Französisch-spanische Bank eine in Madrid. In Paris und auch in der Provinz hat die Nachricht von dem Fallissement eine Panik hervorgerufen.

Explosion einer Pulverfabrik in Chile.

Santiago de Chile, 24. März. In Batuco ist gestern abend die Pulverfabrik in die Luft geflogen. Es heißt, daß mehrere Dörfer zerstört worden seien, auch soll eine Anzahl Menschen das Leben verloren haben. Der Verlust wird auf drei Millionen Piaster geschätzt.

Die Ortschaft Batuco liegt zwischen den Flüssen Colonio und Chacabuco in der Provinz Santiago an dem See Batuco. Im Sommer gleicht der See einem kleinen unscheinbaren Sumpf, im Winter ist er ein See von gewaltiger Ausdehnung.

Nach amtlichen Mitteilungen beschränkt sich der durch die Explosion in der Pulverfabrik Batuco angerichtete Schaden auf die gänzliche Zerstörung dieser Fabrik. Bei der Explosion wurden 4 Personen getötet und 13 verletzt. Die benachbarten Dörfer erlitten nur leichten Schaden.

Dresdner Polizeibericht vom 25. März.

Am linken Elbufer, oberhalb des Pionierübungsplatzes im Großen Ostragehege, wurde gestern nachmittag die Leiche eines seit vorigen Herbst hier aufhältlichen Kaufmanns mit einer Schußwunde an der rechten Schläfe aus der Elbe gezogen und polizeilich aufgehoben. Aus einem zurückgelassenen Briefe geht hervor, daß der Mann wegen körperlicher Qualen sein Leben selbst geendet hat.

Wie sich ergeben hat, liegt bezüglich des im vorgestrigen Polizeiberichte erwähnten älteren Handwerksmeisters nicht ein Selbstmord, sondern Tod infolge Herzlähmung vor.

Aus Liebesgram schoß sich gestern abend in der Antonstadt ein 26 Jahre alter Konditor mit einem Revolver in selbstmörderischer Absicht eine Kugel in die Brust. Der Mann wurde noch lebend in das Friedrichstädter Krankenhaus überführt.

In der Friedrichstadt wurde gestern im Vorraume ihrer Wohnung eine seit einigen Tagen vermißte Privatiere erhängt vorgefunden und polizeilich aufgehoben. Es liegt Selbstentleibung vor, begangen in Verfolgungswahn.

Auf der Pfotenhauerstraße geriet vorgestern ein Markthelfer beim Aufspringen auf einen im Gange befindlichen Straßenbahnwagen mit dem rechten Beine unter die Schutzvorrichtung und wurde ungefähr 5 Meter weit geschleift. Der Mann habe größere Hautabschürfungen und einige offene Verletzungen am rechten Unterschenkel erlitten und mußte nach Anlegung eines Notverbandes in das Johannstädter Krankenhaus gebracht werden.

Wetterprognose des Sächs. Meteorologischen Instituts zu Dresden für den 26. März 1908:

Trocken bei wechselnder Bewölkung; mäßige nordöstliche Winde; Temperatur nicht erheblich geändert.

Wetterbericht von der Wetersäule an der Augustusbrücke am 25. März, mittags 12 Uhr.

Barometer: 758. Veränderlich.
Thermometer: + 6° R.
Thermometrograph: Min. — 0, Maxim. + 6.
Hygrometer: 66 %.
Wasserstand: — 21.

Letzte Telegramme.

Friedensaussichten im Baugewerbe?

Berlin, 25. März. Hier sollen im Laufe dieser Woche auf Veranlassung einer uninteressierten Persönlichkeit Verhandlungen zwischen den beiderseitigen Hauptvorständen stattfinden. Die Unternehmer haben ihre Bereitwilligkeit erklärt, nochmals mit den Arbeitervertretern in Unterhandlungen zu treten.

50 Prozent Betriebseinschränkung.

Essen-Ruhr, 25. März. Das Siegerländer Roheisensyndikat hat beschlossen, vom 1. April ab eine Betriebseinschränkung von 50 Prozent eintreten zu lassen. Es wurde erklärt, daß infolge des Festhaltens des Kohlensyndikats an den hohen Kokspreisen Aufträge an gemischte Werke und an das Ausland gingen. Die Siegerländer Hütten werden Koksabschlüsse nur für drei Monate tätigen.

Marokkofragen.

Madrid, 25. März. (Senat. Der Minister des Aeußern sagte in Beantwortung einer Interpellation Roman, die Regierung wisse amtlich nichts von dem Plane einer Aenderung in der Richtung der Marokkopolitik der französischen Regierung. Die Besetzung von Marchica und Cabo del Agua durch Spanien sei nur zur Festigung der Ordnung und Sicherheit in diesen Plätzen geschehen. Kein Mensch glaube, daß Spanien mit dieser Maßregel die Grenze der Algecirasakte überschritten habe. Die Politik der Regierung sei vollkommen klar und nichts sei dem Lande verheimlicht worden.

Verheerungen durch einen Orkan.

Basse Terre, 25. März. Durch einen Sturm sind auf der Insel St. Martin und St. Barthelemy große Verheerungen verursacht worden. Der Gouverneur Ballot hat Hilfe abgesandt.

Das heutige Blatt enthält 12 Seiten.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19080325/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Zimmerer d. Plauenschen Grundes!

Freitag den 27. März, abends 8½ Uhr

Versammlung

in der **Roten Schenke** in **Döhlen.**

Tages-Ordnung:

1. **Bericht über den Stand unserer Lohnbewegung und die Beschlüsse der Delegiertenversammlung vom 22. März.**
2. **Sonstige gewerkschaftliche Angelegenheiten.**

Zu vollzähligem Besuch fordert auf **Der Einberufer.**

Der

Geselligkeits-Sparklub die H.-L.

befindet sich nicht mehr Pulvermühle, sondern **Restaur. Moltkehof,** bei Finsterbusch, Gerberstraße 10.

Restaur. Hübler-Garten

Bergmannstraße 1.

Bringe meine Lokalitäten in freundliche Erinnerung. **Guter Mittagstisch und E. Biere. Vereinszimmer.**

Achtungsvoll **Otto Eydam.**

Restaurant

zum schwarzen Roß

Schäferstraße 51.

Donnerstag d. 26. März

Schlacht-Fest.

Reichshallen

Palmstraße 13, 1 Min. v. Postplatz.

Täglich feines Kabarett

Erstklassige Kräfte.

Egal Spaß. Eintritt frei.

Ernst Binder.

Nur kurze Zeit!

Total-Ausverkauf

aller Freischwinger, Taschenuhren, Ketten, Ringe, Gold- und Silberwaren, optischen Waren, Klemmer, Brillen, Operngläser, Feldstecher.

Sprech-Apparate

nur feinste reguläre Fabrikate, keine gebrauchte oder Ramschware, jetzt zum Teil für die

Hälfte des früheren Preises

Sämtliche übrigen Waren zu 20 und 33⅓ Prozent Preisermäßigung.

H. Jyrch, Döhlen

gegenüber Wold. Schmidt.

Der Laden ist zu vermieten.

Die gesamte Ladeneinrichtung ist zu verkaufen.

Gruppe Mügeln-Heidenau.

Donnerstag den 26. März, abends 9 Uhr

Mitglieder-Versammlung

in **Sachses Gasthof** in **Heidenau.**

Tages-Ordnung:

1. **Aufnahme neuer Mitglieder und Einzahlen der Beiträge.**
2. **Bericht der Gemeindevertreter aus den Gemeinderatssitzungen. — Debatte.**

Zahlreichen Besuch erwartet **Der Gruppenvorstand.**

Abendunterricht · Keine Vorbildung

Vollst. Ausbildung zu **Maschinen-** und **Elektrotechnikern** durch tüchtige Ingenieure

DRESDNER **TECHNIKER-KURSE**

in nur **10 Monaten.** Honorar mässig. Beste Erfolge nachweisbar. Beginn des **neuen Kursus 7. April.** Einschreibungen u. Auskünfte tägl. 6—9 abends **Schnorrstr. 15**

Julius Raumanns Restaurant

Bönischplatz 19

empfiehlt sich einer geneigten Beachtung.

Noch ist's Zeit!

Winterpaletots, Joppen, Anzüge, Damenpaletots, Pelzboas, Schuhwaren, versch. Kleiderstoffe, Wäsche, Möbel usw. staunend billig **auf Kredit** zu kaufen bei **M. Langer,** Wettinerstraße 13. Strengste Diskret. Anzahlg. nicht Beding. Schriftl. Bestellungen werden prompt erledigt.

Konzertina

76tönig Oktav a. Privat gel. Off. unt. **U. V.** in die Exped. d. Bl.

Eleg. Plüschsofa, Federmatr. neu Arb., billig zu verk., Teilzahl. gest. **Schäferstraße 22,** Terrasse.

Einer geehrten Einwohnerschaft von **Leutewitz u. Umg.** die ergebene Mitteilung, daß mir das bisher von Herrn **M. Lohse** betriebene

Produktengeschäft

Leutewitz, Ockerwitzer Str. 1

übernommen haben und werden mich bestrebt sein, mit nur guten und preiswerten Waren aufzuwarten.

Um gütigen Zuspruch bitten

Reinh. Pachmann und Frau.

Schuhmacherei

krankheitshalber sofort billig zu verk. Offerten unter **K.** bei **O. Wolf,** Schäferstraße 1.

Gebr. zweisitz. Sperlwagen verk. **Ferdinandstraße 16,** III.

Gebr. Bettstelle mit Matratze zu verk. **Wormser Strasse 81, I.**

1 Jagdhund

schottische Hündin, zu verkaufen. **Colta, Kronprinzenstrasse 7, I.**

Wir suchen

zum Vertriebe der soeben erschienenen praktischen Werke für die Bauhandwerker **„Der moderne Bau- u. Kunstschlosser"** und **„Der moderne Maurer"** überall

tüchtige Reisende

gegen **hohe Provision.** Angebote erb. **J. Wiktorisch, Leipzig-Reudnitz.**

Tüchtiger Zwicker wird sofort gesucht. **Jenat, Laubegast,** Hauptstrasse 8.

Im Verlage der Buchhandlung Vorwärts erscheint

Parvus
Der Klassenkampf des Proletariats.

Eine kleine Bibliothek für den denkenden Arbeiter.

(Jedes Heft ist für sich abgeschlossen.)

1. **Der gewerkschaftliche Kampf.**
2. **Die kapitalistische Produktion und das Proletariat.**
3. **Die Sozialdemokratie und der Parlamentarismus.**
4. **Der Sozialismus und die soziale Revolution.**
5. **Der Ideenkampf gegen den Sozialismus.**
6. **Tatsachen und Zahlen zum proletar. Klassenkampf.**

Der Verfasser stellt sich zur Aufgabe, dem gewerkschaftlich wie politisch organisierten Arbeiter die theoretischen Grundgedanken zu geben, die notwendig sind, um sich ein selbständiges Urteil im Tageskampf der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften zu bilden. Jede Broschüre behandelt ein gesondertes Thema und kann ohne Zusammenhang mit den anderen gelesen werden; alle zusammen umfassen den gesamten Wirkungskreis des Proletariats, alle seine Kämpfe, den Sozialismus und die soziale Revolution. Bei der Behandlung der Gewerkschaftsbewegung (Broschüre 1) wird besonders die Wirkung der Kapitalkonzentration und der Unternehmerkoalitionen auf die Gewerkschaftskämpfe berücksichtigt. Broschüre 2 gibt neben der Klarlegung der Gesetze der kapitalistischen Produktionsentwicklung eine Darstellung der Entwicklung des kapitalistischen Weltmarkts, seiner wirtschaftlichen und kommerziellen Umwälzungen im 20. Jahrhundert. Die Broschüren 3 und 4 zeigen die geschichtliche Entwicklung der Sozialdemokratie, erörtern ihre Taktik, ihre Tätigkeit im Parlament, das sozialistische Programm, das Verhältnis des Proletariats zum Staat, den Kampf um das Endziel. Broschüre 5 würdigt die Einwände der wissenschaftlichen, politischen und literarischen Gegner des Sozialismus. Broschüre 6 gibt in übersichtlicher Darstellung das einschlägige Tatsachenmaterial über die kapitalistische Gesellschaft und das Schicksal des Proletariats.

Diese Schriften sind zum Studium bestimmt, sie erfordern Gedankenarbeit. Eine Erkenntnis, die ohne angestrengtes Denken erworben wird, ist ebenso leicht wie flüchtig. Andere Voraussetzungen aber, als das Bemühen, durch eigenes Denken sich eine Ueberzeugung zu bilden, stellen sie an den Leser nicht. Wer in die Broschüren sich hineindenkt, die — selbstverständlich in dem Maße des Wissens, des Verständnisses und der literarischen Darstellungskraft des Autors — mit dem ganzen Apparat des wissenschaftlichen Sozialismus arbeiten, kein Problem vertuschen oder vereinfachen, der wird sie wiederholt zur Hand nehmen und in ihnen stets neue Anregungen finden.

Heft 1 ist bereits erschienen.

Zu beziehen durch **Die Expedition.**

E. PASCHKY.

Die Hochsee-Fischdampfer

„Tyr", „Odin", „Thor"

(die **schnellsten** und **grössten** deutschen Fischdampfer)

sind soeben mit einem Fange von

über 300 000 Pfd. fr. Fischen

heimgekehrt. Besonders fein und preiswert ist:

Seelachs, ohne Kopf nur Fleisch, in Fischen . . . . . **Pfd. 15** Pf.

Kabljau, ohne Kopf nur Fleisch, in Fischen . . . . . für auswärts bei mindestens 50 Pfd. à **11** Pf., Postkollo **150** Pf.

Schellfisch, ff. grosser nur Fleisch, in Fischen . . . . . **Pfd. 22** Pf.

für auswärts bei mindestens 50 Pfd. à **18** Pf., Postkollo **225** Pf.

Schellfisch, „Helgol." zum Kochen, Backen usw. . . . . **5 Pfd. 90** Pf.

für auswärts bei mindestens 50 Pfd. à **14** Pf., Postkollo **175** Pf.

Schellfisch, „Helgol." mittelgroßer . . . . . **Pfd. 25** Pf.

für auswärts bei mindestens 50 Pfd. à **17** Pf., Postkollo **250** Pf.

Austernfisch, delikater zum Backen, ausgeschnitten . . . . . **Pfd. 25** Pf.

Ausführliche gedruckte Rezepte gratis!

Ferner soeben in ff. Qualität eingetroffen:

Donaukarpfen lebensfrische Prachtware . . . . . **Pfd. 55** Pf.

für auswärts bei mindestens 40 Pfd. à **45** Pf., Postkollo **450** Pf.

Makrelenheringe extralette, große, zum Braten usw. . . . **5 Pfd. 60** Pf.

für auswärts bei mindestens 50 Pfd. à **8** Pf., Postkollo **125** Pf.

Versand prompt gegen Nachnahme.

Frühlings-Schmuck!

Kolliers, Broschen, Ohrringe

in unübertrefflicher Ausführung

Uhren, Freischwinger m. wundervollem Gonglschlag von **18** M. an, **Wecker, Schüleruhren** v. **6** M. an.

Solide Reparaturen. Zwölfe Preise.

H. Lorenz

4 Schössergasse 4.

Umtausch nach Ostern gern gestattet.

Aufpolstern

aller Polstermöbel zu billigsten Preisen nur bei **Strohle, Reisewitzerstr. 17.** Postkarte genügt! Leser der Arbeiterzeitung Extrapreise!

Teilzahlung — Teilzahlung

Solidaria Fahrräder

Das beste Rad der Gegenwart!

Lieferung auf Wunsch auch gegen **Teilzahlung.** Anzahlung 10—40 Mk. Abzahlung monatlich Mk. 5—10. Radmarkder bei Barzahlung von M. 50 an. Reparatur billigst. Katalog umsonst. J. Jendrosch & Co., Charlottenburg 126

Eheleute?

Hygien. Bedarfsartikel, Spülkannen, Mutterspr.

Rich. Freisleben

Dresden I, Postplatz 18.

— Preisliste gratis und diskret. —

Waschwannen
Blumenkästen

fertigt **R. Künzel,** Korbmacher, Dresden-A., Ostbahnhofstr. 3.

Billige böhmische Bettfedern

10 Pfd. neue geschliff. 8 M., bessere 10.— M., weiße daunenweiche geschliff. 15.—, 20.— Mark, schneeweiße daunenweiche geschliff. 25.—, 30.— M. Versand franko zollfrei, per Nachnahme. Umtausch u. Rücknahme gegen Portovergütung gestattet.

Benedikt Sachsel, Lobes 148.

Post Pilsen, Böhmen.

Für Erfindungen

Aufklärung in allen Fragen über Nachanmeldung, sowie Verwertung von Patenten u. s. w. erteilt, Dresden, Walsenhausstr. 32.

Dr. Wachs

Branntweine, Weine, Kolonialwaren, Farben, Lacke, Pinsel, Schablonen etc.

NB. Alles gelernt. Maler w. a. Wunsch jede Farbe streichfertig geliefert.

M. Kost, Deuben, Brückenstr.

Dresden-Neustadt, Bürgerstrasse 28.

Albert Stern

Prima Fahrräder

Ersatz- u. Zubehörteile.

Besteingerricht. Reparaturwerkstatt!

Wir empfehlen als

Konfirmations- und Oster-Geschenke

in eleganter Ausstattung m. Goldschnitt (Oktav-Format)

Schillers Gedichte
Heines Gedichte
Goethes Gedichte
Körners Gedichte

Jeder Band nur 1.75 M. in der **Volksbuchhandlung Dresden,** Zwingerstr. 21

Gewerkschafts-Kartell Pl. Grund u. Umg.

Sonntag nachmittag verstarb nach schwerem Leiden der langjährige Kartelldelegierte, Genosse

Ernst Köhler.

Er war uns ständig ein eifriger Vertreter.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet Donnerstag den 26. März, nachmittags 3¼ Uhr, vom Trauerhause (Deuben, Südstraße 281a) aus statt.

Zahlreiche Beteiligung erwünscht.

Der Vorstand.

Bergarbeiter-Verband, Bez. Pl. Grund.

Hierdurch die traurige Nachricht, daß unser Kamerad

Ernst Köhler

am Sonntag nachmittag nach kurzem, schwerem Leiden verstorben ist. Er war dem Verbande ein pflichtgetreuer und überzeugter Kamerad.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet Donnerstag nachmittag 2¼ Uhr vom Trauerhause, Deuben, Südstr. 281a (Erbgerichtsviertel), aus statt. Die Kameraden werden ersucht, sich zahlreich zu beteiligen, um einem Verstorbenen die letzte Ehre zu erweisen. **Der Bezirksvorstand.**

Englisch

Anfang April beginnen **neue Kurse für Anfänger. Vorgeschrittene** jeder Stufe finden Aufnahme in entsprechenden Kursen. **Konversationskursus** für gut englisch sprechende Herren und Damen. Vierteljährl. **5** M. Anmeldungen erbeten an **Hel. Reichelt, Luisenstrasse 22, I.**

Fahrräder

Erstklassige Marken

Wanderer
Brennabor
Opel, Avanti.

Erleichterte Zahlungsbedingungen.

Paul Schmelzer, Zingelstr. 19.

Die Sparkasse zu Leuben bei Dresden

verzinst Einlagen mit 3½ Prozent.

Geöffnet an jedem Wochentage von 9—1 Uhr vorm. und 3—5 Uhr nachm. Sonnabends und an Tagen vor Festtagen ununterbrochen von 9 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags.

Bis zum 3. Werktag eines jeden Monats gemachte Einlagen werden voll verzinst.

Elektrische Bahnverbindung: **Dresden—Laubegast—Leuben.**

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Robert Grötzsch, Dresden.
Verantwortlich für den Inseratenteil: Reinhold Eichler, Dresden.
Druck und Verlag: Kaden & Komp., Dresden.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19080325/4 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

1. Beilage der Sächsischen Arbeiter-Zeitung.

Nr. 70. | Dresden, Mittwoch den 25. März 1908. | 19. Jahrgang.

Sächsische Angelegenheiten.

Die Volksschul-Anträge

beschäftigten auch gestern noch die Zweite Kammer des Landtages 5½ Stunde lang; bis gegen ½10 Uhr abends dehnte sich die Sitzung aus, die nachmittags 4 Uhr begonnen hatte. Dabei kam man aber noch zu keinem Schluß. Von den 32 Rednern, die auf der Liste eingezeichnet waren, kamen nur sechs zum Wort, die alle viel auf dem Herzen, von denen aber doch nur wenige das Haus fesseln konnten. Es herrschte vielmehr während des größten Teiles der Verhandlungen ein schroffer Gegensatz zwischen den Tribünen und dem Sitzungssaal. Oben drängten sich die Lehrer und sorgten für eine noch niemals dagewesene Besetzung der Tribünen und unten gähnten leere Plätze. Selten waren mehr als 25 Abgeordnete im Saale, häufig waren es beträchtlich weniger.

Einen Teil von den 5½ Stunde nahm der Kultusminister wieder für sich in Anspruch, der wohl der redelustigste und wortreichste Herr ist, der je in Sachsen auf einem Ministersessel Platz genommen hat. Ein anderer Minister hätte wohl dasselbe, was Dr. Beck ausführte, auch in der Hälfte der Zeit gesagt. Doch muß zugegeben werden, daß sich der neue Mann im Kultusministerium schon recht gut informiert über alle ausgeworfenen Fragen zeigte. Am ersten Tage hielt er ja auch eine Art Programmrede, daraus erklärt sich wohl etwas die unverhältnismäßige Länge. Viel erfreuliches kam dabei aber nicht heraus. Schon gestern haben wir hervorgehoben, daß von liberalen Neigungen oder auch nur von einer schulfreundlichen Stimmung bei dem ehemaligen Chemnitzer Oberbürgermeister nichts zu spüren war. Man hätte einen Theologie-Professor an seinen Platz stellen können, er hätte es nicht schlimmer gebracht wie Dr. Beck der es für nötig hielt, sich bei einer Volksschuldebatte als einen besonderen Freund der Kirche vorzustellen. Gleichzeitig zeigte er dabei aber auch, daß es mit seiner Freundschaft für die Volksschule nicht weit her ist, daß er geradezu reaktionären Ansichten in dieser Hinsicht huldigt. Daß dies der Eindruck war, den Dr. Beck mit seiner ersten Rede erzielt hatte, zeigte sich gestern sehr deutlich. Bis in die letzte Reihe der Nationalliberalen hinein kam ein Unbehagen über des Ministers Stellungnahme zu den Volksschulanträgen zum Ausdruck.

Besonders kräftig hat ja Genosse Goldstein die Volksschulreaktion des Herrn Dr. Beck gekennzeichnet. Damit hat er offenbar ein unbehagliches Gefühl bei dem Herrn erweckt. Darauf ist es wohl auch zurückzuführen, daß er zu Beginn der Sitzung sofort das Wort nahm, um mit Eifer gegen die Ausführungen des sozialdemokratischen Redners zu polemisieren. Dabei zeigte er aber sichtlich das Bemühen, den Eindruck zu verwischen, er sei ein reaktionärer Unterrichtsminister. Dabei ging es aber wieder in der alten Weise einen Schritt vorwärts, einen zurück, dann wieder einmal rundherum. Den äußerst ungünstigen Eindruck seiner Programmrede konnte er auf diese Weise aber nicht verwischen. Nach wie vor stand man unter dem Eindruck, die Reaktion ist jetzt Trumpf im Schulwesen Sachsens. Was der Minister über Prügelstrafe sagte, war eine Wiederholung der früheren Worte des Herrn v. Schlieben, der auch betonte, die tüchtigen Lehrer kämen ohne Stock aus. Herr Beck brachte wieder soviel Einschränkungen vor, daß von dem ersten Satze einfach nichts mehr übrig blieb.

Sonst brachte die Debatte nur einige bemerkenswerte Aussagungen. Opitz brach mit wenig Glück eine Lanze für das religiöse Dogma. Der nationalliberale Redner Pfug führte einen förmlichen Tanz um den Minister aus. Erst sprach er von Enttäuschungen, die er ihm bereitete, dann lobte er ihn über das Hohenlied; der alte Agrarier Hähnel lobte die einfache Dorfschule. Offenbar liebte er sie deshalb besonders, weil dort die Kinder in der Regel am wenigsten lernen. Von der Verbesserung der Seminarbildung will er nichts wissen, doch fand er hier auch scharfe Töne gegen die Bemühungen, den ärmeren Kindern den Zutritt zum Lehrerberufe unmöglich zu machen. Ein Privilegium der Geldprotzen solle auch der Lehrerberuf sein, erklärte der alte Herr entrüstet. Das kräftige Wort fand Widerhall. Schließlich wiederholte der Pfarrer Starke viel von dem, was Hähnel bereits besser ausgeführt hatte, während der Nationalliberale Grobe die Konservativen durch Auskramung reaktionärer Ansichten zu überbieten suchte. Heute wird weiter verhandelt. Sollen alle Kollegen zum Wort kommen, die sich noch gemeldet haben, und haben alle so viel Worte auf Lager, wie die bisherigen, kann die Volksschuldebatte noch die ganze Woche dauern. Doch wird heute wohl ein Schlußantrag den Volksschulreden ein Ende bereiten.

Schulärzte und Kinderkrankheiten.

Zum Kapitel Kinderkrankheiten liefern die Berichte der Schulärzte in der Gemeinde Wilkau lehrreiche Beiträge: Im verflossenen Jahre 1907 wurden, so heißt es in den Berichten, die in die Schulen neuaufgenommenen Kinder zum ersten Male auf Größe und Brustumfang hin gemessen. Während hierbei das Verhältnis des Brustumfanges zur Körpergröße bei den Mädchen im allgemeinen als ein normales zu bezeichnen war, zeigten sich bei den Knaben größere Abweichungen, so war bei 31,3 Proz. der Brustumfang zu klein und bei 55,1 Proz. zu groß.

Im großen und ganzen bieten die diesjährigen Berichte fast dasselbe trostlose Bild als wie die früheren. Der weitaus größte Teil der in die Schule eintretenden Kinder ist mit einer Krankheit oder mit einem Gebrechen behaftet. Vielfach mußte den Eltern geraten werden, einen Spezialarzt zu Rate zu ziehen und eine Operation vornehmen zu lassen, namentlich bei Mandelschwellungen, Nabel- und Leistenbrüchen. Während aber solche Ratschläge der Aerzte meistens nicht befolgt werden, ist auch die Ausfüllung der Fragebogen noch immer eine mangelhafte, namentlich weisen die Angaben über bestandene Krankheiten Lücken auf. Wenn die diesjährigen Schularztberichte dasselbe trostlose Bild als wie die früheren bieten, so ist darauf zu verweisen, daß z. B. nach dem vorjährigen Berichte von den erstmalig untersuchten (6 Jahr alten) 105 Knaben nur sechs voll gesund, dagegen 99 = 94,3 (im Jahre 1905: 90,2) Proz., von 107 Mädchen nur 36 voll gesund, dagegen 71 = 66,4 (im Jahre 1905: 75,6) Proz. mit irgend einer Krankheit oder einem Gebrechen oder körperlichem Mangel behaftet waren.

Wie der reine Hohn klingt es, wenn es in den Berichten fortgesetzt heißt, daß immer und immer wieder an alle Eltern die Mahnung ergeht: „Sorgt euch um das körperliche und geistige Wohl eurer Kinder und bedenkt, daß nur in einem gesunden Körper ein gesunder Geist wohnen kann."

Man scheint gar nicht zu wissen, daß es bei der überlangen Arbeitszeit und dem kargen Verdienst der Arbeiterfamilien, in welchen sehr oft auch die Frau mit zur Erhaltung derselben beitragen muß, oft die Zeit nicht vorhanden ist, auf das körperliche und geistige Wohl der Kinder die nötige Obacht zu geben.

Gegen die Vorrechte der Grundbesitzer.

Eine Petition des Verbandes Deutscher Mietervereine an die Zweite Kammer ersucht um Aufhebung des § 40 der Revidierten Städteordnung des Königreichs Sachsen. Dieser Paragraph bestimmt, daß von den Stadtverordneten mindestens die Hälfte mit Wohnhäusern im Gemeindebezirk ansässig sein muß. In der Begründung heißt es unter anderem, daß die Bestimmung im Jahre 1832 erlassen sei, also zu einer Zeit wo der größte Teil der Bürger noch im Besitze eines eigenen Hauses war und demnach die Prärogative der Hausbesitzer eine gewisse Berechtigung besessen habe. Heute aber müsse ein Zustand im Gemeinwesen, in dem 90 und mehr Prozent aller Einwohner zur Miete wohnten und den übrigen 10 Prozent von vornherein die Hälfte der Sitze im Gemeindeparlament garantiert würde, großen Bedenken begegnen.

Eine „nationale Arbeiterzeitung".

In derselben Zeit, wo das Organ der Gelben in Dresden im Sterben liegt, soll in Krimmitschau ein neues Blatt für dieselbe Sorte Leute erstehen. Nach den Ankündigungen soll es ein politisches Organ größeren Umfanges werden, welches teilweise zu dem Zwecke mitgegründet werden soll, um u. a. die angeblichen öfteren Angriffe unserer Parteipresse auf die nationalgesinnte Arbeiterschaft zurückzuweisen resp. diese „Ausfälle" bekämpfen zu können. Die Redaktion soll eine äußerst sorgfältige sein und in die Hände eines Akademikers und Sozialpolitikers gelegt werden; überhaupt soll diese Zeitung, welche im Verlage von Ludwig Stoß Nachfolger, Alb. Rohland, herausgegeben wird, maßgebendes Organ der Nationalen Arbeiter-Unterstützungsvereine der Nachbarstädte Meerane, Werdau, Reichenbach, Greiz, Ronneburg, Schmölln usw. werden. Der jetzt im genannten Verlage herausgegebene General-Anzeiger hört mit dem Inslebentreten der Nationalen Zeitung zu erscheinen auf und geht in diese neue Zeitung über. — Wie man sieht, soll diese neue Zeitung ausschließlich zu dem Zwecke gegründet werden, um die Sozialdemokratie besser — „bekämpfen" zu können.

Ein langes Leben wird wohl auch das neue Rausreißer-Blatt nicht haben.

Seifhennersdorf. Schlechte Aushebungsergebnisse. Bei dem militärischen Ersatzgeschäft wurden hier von 100 Gestellungspflichtigen Seifhennersdorfs nur 9 als Soldaten ausgehoben, 13 dem Ersatz und 14 dem Landsturm überwiesen. Nicht weniger wie 62 wurden zurückgestellt. Das minderwertige „Material" des hiesigen Ortes erregte bei der Ersatzkommission Befremden.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Am Dienstag mittag kurz vor 12 Uhr wurde in Plauen ein auf dem Dach eines dreistöckigen Fabrikgebäudes beschäftigter Leitungsaufseher namens Wagler von einem Schwindelanfall ereilt und stürzte ab. Der Unglückliche, welcher schwere Verletzungen erlitten hatte, verstarb eine Stunde nach dem Todessturz. Wagler war 38 Jahre alt und kinderlos verheiratet. — Der Sägen doch aus einem Fenster ihrer Wohnung in den Hof abgestürzt hat sich Dienstag nachmittag in Leipzig die in der Moltkestraße wohnhafte 65 Jahre alte Feuerwehrmanns-Witwe Anna Auguste Muck geborene Reßig aus Borna. Die Frau hatte so schwere Verletzungen erlitten, daß sie auf der Stelle verstarb. Was die Aermste zu diesem Schritt getrieben hat, ist noch unaufgeklärt. — Am Sonnabend abend in der 6. Stunde fiel im Ortsteil Neusössnitz in Oelsnitz i. E. beim Spielen das 4jährige Söhnchen des Stellmachers Kunz in die mit ziemlich viel Wasser gefüllte Klingersche Sandgrube. Durch das Geschrei der mitspielenden Kinder wurde ein Bergarbeiter aufmerksam gemacht, welcher das Kind in bewußtlosem Zustande dem Wasser entzog und in die elterliche Wohnung brachte. Es wurden sofort Wiederbelebungsversuche angestellt, die auch von Erfolg waren, jedoch starb das Kind kurze Zeit darauf an Herzschlag. — Am Dienstag nachmittag entstand auf Flöhaer Flur ein kleiner Waldbrand, durch den sehr leicht ein sehr großen Schaden hätte entstehen können. Der Brand pflanzte sich auf die angrenzende, Herrn v. Einsiedel gehörende Heide fort; mit ziemlicher Schnelligkeit wälzte sich das Feuer auf den naheliegenden Pfarrwald zu, diesen an einigen Stellen ergreifend. Nur durch das tatkräftige Einschreiten der Feuerwehr ist ein größerer Schaden vermieden worden.

Stadt-Chronik.

Darlehnsvermittlungs-Schwindel.

Wer kennt sie nicht, die Schwindelinserate in den Zeitungen, in denen geldbedürftigen Leuten in verführerischer Weise vorgespiegelt wird, sie könnten den gewünschten Mammon unter günstigen Bedingungen von irgendwoher erhalten. In der Regel sind diese Offerten ausgemachter Schwindel. Das zeigte wieder einmal ein Prozeß, mit dem sich das hiesige Landgericht eine ganze Woche lang in öffentlicher Verhandlung zu beschäftigen hatte. Seit Dienstag den 17. März wurde vor der 5. Strafkammer dieser umfangreiche Strafprozeß verhandelt und gestern zu Ende geführt. Zum Zwecke der Beweisaufnahme waren von hier und auswärts über 100 Zeugen geladen und eine große Anzahl kommissarisch vernommen worden.

Angeklagter war der 1847 in Aken an der Elbe geborene Kaufmann Friedrich August Naumann. Er wurde bereits im Oktober v. J. vom hiesigen Schwurgericht wegen Konkursvergehens zu 2 Jahren Gefängnis und 5 Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilt. Er soll sich als Vertreter sogenannter Darlehnsbanken in Berlin, Magdeburg und Dresden in mindestens 119 Fällen Vermittlungsprovisionen in Höhe von 1,50 bis 50 M. — zusammen zirka 1500 M. — haben zahlen lassen, ohne imstande gewesen zu sein, die versprochenen Darlehen zu verschaffen. Der Angeklagte ist der Erfinder einer Blechemballage und war früher in diesem Fabrikationszweige tätig. Im Jahre 1902 übernahm er die Zigarettenfabrik Jaffa. Er machte zweimal — 1903 und 1905 — Konkurs, weil er angeblich von seinen Teilhabern stark übervorteilt wurde. In Not geraten, schrieb er Ende 1905 auf eine Annonce, in der ein Vertrauensmann für ein auswärtiges Bankinstitut gesucht wurde. Er wurde schließlich mit einem gewissen Wilke in Magdeburg bekannt, der gewerbsmäßig Darlehen vermittelte und in allen Großstädten Vertreter beschäftigte. Die Geschäftspraktiken derartiger „Banken" waren dem Angeklagten nicht unbekannt, denn er hatte vorher einige Monate für einen hiesigen Darlehnsvermittler Löwe gearbeitet. Naumann stand mit dem „Bankier Wilke" in Magdeburg längere Zeit in Geschäftsverbindung. Er annoncierte in hiesigen Zeitungen und empfing die Darlehensuchenden in seiner Wohnung. Hier gerierte er sich als Vertreter des „Bankhauses Wilke in Magdeburg" und nahm den Darlehensantrag in das hierfür vorgedruckte Formular auf. Er ließ sich von den Leuten 1 bis 1½ Prozent Vermittlerprovision sofort zahlen und verwies die Darlehensuchenden im übrigen auf die Dispositionen seines „Bankhauses". Die Darlehensanträge schickte er nach Magdeburg. Von dort aus wurden für sogenannte Spezialauskünfte, Porto und Schreibgebühren nochmals von den Darlehensuchern Vorschüsse erhoben, bis man ihnen schließlich mitteilte, daß das „Bankhaus" leider von der Gewährung eines Darlehens — angeblich wegen ungünstiger Auskunft — abstehen müsse.

Auf genau denselben Praktiken beruhte das Darlehensgeschäft von Robert Fricke in Berlin, für das der Angeklagte von April bis September 1906 „arbeitete".

Von den eingezogenen Vermittlerprovisionen erhielt N. die Hälfte oder ein Drittel als Vergütung für seine Tätigkeit. In den unter Anklage stehenden 119 Fällen (es dürften jedoch bedeutend mehr sein) ist nicht ein einziges Darlehen vermittelt worden. N. behauptet nun, er habe die Darlehensuchenden stets darauf aufmerksam gemacht, daß er nicht der Geldgeber, sondern lediglich der Vermittler sei und daß die Gewährung des Darlehens nicht von ihm, sondern von der einzuholenden Auskunft und von den Dispositionen der „Bank" abhänge.

Für die Beurteilung der Geschäftspraxis jener „Darlehnsbanken" geben die Aussagen der drei Kriminalkommissare von Dresden, Magdeburg und Berlin interessante Anhaltspunkte. Die „Bank" ist in der Regel nur ein Zimmer in der Wohnung des „Bankiers". Seine Geschäfte besorgt der Bankier gewöhnlich allein. Nur in den seltensten Fällen arbeitet noch eine Hilfskraft mit ihm in der „Bankzentrale". Die „Mitarbeiter" befinden sich vielmehr in den kleinen und großen Städten. Dort bemühen sich — wie in diesen Fällen — Agenten und Unteragenten um die Gewinnung von Darlehnsuchenden und geben dann die Aufträge an die Bankzentrale. Löwe-Dresden, Wilke-Magdeburg und Fricke-Berlin befassen sich nicht ausschließlich mit der „Darlehnsbeschaffung", sondern sie machen außerdem noch in Auskunftei, Hypotheken- und Grundstücksvermittelungen und firmieren als „Detektivinstitut". (!) Wilke hatte bis Ende 1905 mit Kartoffeln gehandelt und besaß kein Vermögen. Fricke hatte in dem Kaufmann Grumpelt-Dresden einen Generalvertreter für Sachsen mit einem Prozent Umsatzprovision engagiert. Der Angeklagte Naumann war dessen Unteragent. Er will von Wilke und Grumpelt ausdrücklich die schriftliche Weisung erhalten haben, alle Aufträge auf Beschaffung von Darlehen anzunehmen. Ob überhaupt kapitalkräftige Hintermänner an den Darlehensbanken und deren Geschäften beteiligt sind, ist stark zu bezweifeln. Die „Bankiers" und ihre Vertreter weigern sich, Namen zu nennen. Von den bekanntgegebenen angeblichen Geldgebern wird festgestellt, daß sie teils gar nicht zur Hergabe von Darlehen in der Lage sind, teils dies zu tun nie gewillt waren. Der Angeklagte behauptete, er selbst habe Geldgeber zur Seite gehabt und Löwe-Dresden solche zugewiesen. Aber auch er weigerte sich, die Namen derselben zu nennen. Die ganze Zeugenvernehmung förderte nichts Wesentliches zutage. Die Zeugen sind durch Annoncen in den hiesigen bürgerlichen Zeitungen auf den Schwindel hereingefallen. Die Annoncen ließen durchblicken, daß die Darlehensucher auf die Gewährung von Darlehen sicher rechnen könnten. Vielfach hatten die Zeugen den Eindruck, daß N. der Geldgeber sei, oder aber die Beschaffung des Darlehens bestimmt ermöglichen werde. — Das Urteil lautet auf 3 Jahre Gefängnis.

Ein kommunaler Streit um uneheliche Kinder

beschäftigte das Oberverwaltungsgericht in seiner letzten Sitzung. Bekanntlich sind geschiedene Ehefrauen die ersten Jahre nach der erfolgten Scheidung beim Wohnsitz des Mannes unterstützungsberechtigt. Im Jahre 1899 verließ die jetzt 35jährige Hanusch in Mügeln bei Pirna ihren Ehemann wegen ungenügender Versorgung und fortwährender Mißhandlung. Nach einem Besuche bei ihren in Schlesien wohnenden Eltern hält sie sich jetzt in Dresden auf. Die Ehe wurde erst im Jahre 1906 auf Betreiben des inzwischen nach Teichnitz bei Bautzen verzogenen Ehemanns geschieden. Die Frau gab in der Zeit vom Jahre 1899 bis jetzt verschiedenen unehelichen Kindern das Leben; erst im Vorjahre mußte ein Neugeborenes wegen Mittellosigkeit der Mutter im Dresdner Findelhause untergebracht werden. Um dieses Kind drehte sich der Verwaltungsstreit. Der Dresdner Ortsarmenverband verlangte vom Ortsarmenverbande zu Teichnitz die Rückerstattung der aufgewendeten Kosten. Der geschiedene Ehemann der H. wohne daselbst und infolgedessen sei die ohne Grund von ihm gegangene Frau dort unterstützungsberechtigt. Die Teichnitzer Behörde verweigerte die Zahlung mit der Motivierung, daß die H. im Jahre 1903 nach Teichnitz gekommen sei, um die Ehe mit ihrem Manne wieder zu beginnen. Da aber Hanusch mit einer anderen Frauensperson im Konkubinat gelebt habe, sei der Versuch aussichtslos gewesen. Das Verwaltungsgericht war bereits zu einem für Dresden günstigen Urteil gekommen, worauf vom Ortsarmenverband zu Teichnitz die Anfechtungsklage erhoben wurde. Das Oberverwaltungsgericht ist auf Grund der Beweisaufnahme zu der Ueberzeugung gelangt, daß ein böswilliges Verlassen seitens der Frau nicht vorlag, hob das Urteil der Vorinstanz auf und verurteilte den Ortsarmenverband zu Dresden.

Sonntagsruhe im Handel.

Der Rat veröffentlicht neue ortsgesetzliche Bestimmungen die sofort in Kraft treten, da die vorgesetzte Behörde Genehmigung erteilt hat. Im wesentlichen handelt es sich um folgendes: Im Handel mit Nahrungs- und Genußmitteln in offenen Verkaufsstellen dürfen Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter an Sonn- und Festtagen nur in der Zeit von ½7 bis ½9 Uhr vormittags und von 11 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags beschäftigt werden. Diese Vorschrift leidet keine Anwendung auf den Handel in offenen Verkaufsstellen mit Brot- und weiher Bäckerware, mit Konditorwaren, Fleisch und Fleischwaren, Milch, Tabak und Zigarren, sowie auf den Handel mit

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19080325/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Spirituosen in den offenen Verkaufsstellen der Destillateure (Sondergeschäfte). Dem Rate bleibt vorbehalten, für die letzten zwei Sonntage vor Weihnachten und, falls der 24. Dezember auf einen Sonntag fällt, die letzten drei Sonntage vor Weihnachten sowie für andere einzelne Sonn- und Festtage, an denen örtliche Verhältnisse einen erweiterten Geschäftsverkehr erforderlich machen, gewisse Ausnahmen zuzulassen.

Eine originelle Offerte.

In den Spalten des Dresdner Anzeigers war dieser Tage folgendes eigentümliche Inserat zu lesen:

Offiziers-Familie
gesucht von großem Sanatorium
zur Unterhaltung und Zerstreuung
der Kurgäste. Freie Pension.
Offerten unter D. M. 605 an Rud.
Mosse, Altmarkt 15, 1.

Für das bekannte Standesbewußtsein der Offizierskaste scheint diese Sanatoriumsleitung kein besonderes Empfinden zu haben, denn sonst würde sie eine solche Offerte nicht machen. Die reine, unverdorbene Offiziersehre jedoch dürfte über dieses lakonische, fast zynische Inserat schwer verletzt sein. Wie wäre es mit einer Duellforderung gegen jene unverschämten Aufgeber des Inserats? Womöglich verlangt man noch Offiziersfamilien zum Stiefelputzen und Zimmerreinigen. — Schrecklich!

Viktoria-Salon.

Ein auf vier Tage berechnetes Gastspiel der Reformtanzkünstlerin Mademoiselle Viola Villany beginnt morgen Donnerstag. Aus dem reichhaltigen Repertoire ist besonders hervorzuheben Tanz der Salome vor Herodes (Tanz der sieben Schleier) von Omar Anibus. Der Anfang der Vorstellung ist wie immer auf 8 Uhr festgesetzt. Der Kartenvorverkauf befindet sich von 9 Uhr an im Vestibül des Theaters.

Vortrag. Unfallverhütung, Gewerbehygiene und die ständige Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt in Charlottenburg lautet das Thema eines Vortrags, den Geh. Reg.-Rat Professor Hartmann vom Reichsversicherungsamt am Mittwoch im Tivoli halten wird. Die Veranstaltung ist arrangiert vom Arbeitervertreterverein unter Zustimmung des Gewerkschaftskartells, weshalb zahlreicher Besuch von der Arbeiterschaft wohl erwartet werden darf.

Der große Zeltzirkus Angelo wird in nächster Zeit wieder nach Dresden kommen und Vorstellungen geben. Das Unternehmen ist zurzeit in Leipzig und eröffnet Ostersonntag sein dreiwöchiges Gastspiel in Dresden-Löbtau auf dem Cristoplatze.

Busch-Abend. Hierdurch sei nochmals an den vom Sozialdemokratischen Verein, 4. Wahlkreis, Bezirk Dresden-Neustadt, arrangierten Busch-Abend erinnert, der bestimmt am 25. März, abends 8½ Uhr, im Etablissement Deutsche Reichskrone, Bischofsweg, stattfindet. Es gelangt das lustige Bubenstück Max und Moritz nach Wilhelm Busch zur Aufführung. Diesem geht ein Vortrag über Wilhelm Busch' Leben und Wirken voraus.

Vermischte Nachrichten. Gestern ist auf der Feuerwache in der Bürgerstraße eine Kohlensäure-Drehleiter in Dienst gestellt und die Wache mit der erforderlichen Besetzung für dieses Fahrzeug verstärkt worden. Hierdurch hat sich der Feuerschutz in den Vororten Pieschen, Trachenberge, Altaden, Kaitzer und Naditz erheblich erhöht. Die Wache ist nunmehr in der Lage, sowohl einen Lösch-, als auch Rettungsangriff selbständig zu unternehmen. — Die Wahl des Bürgermeisters Dr. Kretzschmar zum zweiten Bürgermeister von Dresden ist von der Kreishauptmannschaft bestätigt worden. — Eine Anzahl Dresdner Vereine hat sich an die Ständekammern mit der Bitte gewandt, bei der Regierung die erbetene Aufschließung des militärfiskalischen Areals in Dresden-Neustadt zu beschleunigen. — Im Herbst v. J. ist in einem hiesigen Straßenbahnwagen eine goldene, mit Edelsteinen besetzte Brosche gefunden und an das Fundbureau der städtischen Straßenbahn abgeliefert worden. Die Verlustträgerin hat sich bis heute nicht gemeldet. Ansprüche können im Fundbureau der Straßenbahn, Georgplatz 3, Eingang Ringstraße, geltend gemacht werden. — In Potschappel wurde der Handarbeiter Erdmann aus Dresden-Löbtau verhaftet, da er durch unsittliche Handlungen und Redensarten allgemeines Aergernis erregt haben soll.

Berichtigung. Der am Montag im Schiedsgerichtbericht genannte Arbeiter Rothe ersucht uns, mitzuteilen, daß er die Vollrente nicht „bis jetzt", sondern nur bis 31. Dezember 1907 erhalten hat.

Kaufmannsgericht.

Eigenartig waren die Umstände, durch die der Betriebsbeamte Wagner veranlaßt wurde, wegen 150 M. Gehaltsentschädigung gegen die Firma Busch u. Niedlich zu klagen. Der Kläger wurde von der Firma fest engagiert. Der Antritt sollte am 9. März erfolgen. Die Arbeitszeit begann früh 7 Uhr. Gleich am ersten Tage kam W. 2½ Stunde zu spät. Er kam von auswärts und hatte sein verspätetes Eintreffen der Firma angezeigt. Die Firma stellte ihn jedoch wegen des späten Antritts gar nicht erst ein. Das Gericht ist jedoch der Meinung: Ein einmaliges Zuspätkommen ist noch kein Grund zur sofortigen Entlassung. Es muß für den Fall des Zuspätkommens die Entlassung vorher angedroht werden. Wenn die Firma auf pünktlichen Antritt so großen Wert legte, so mußte sie dies dem Kläger vorher ausdrücklich sagen. Die Beklagte wird zur Zahlung der 150 M. verurteilt.

Bei der Firma Ferdinand Philippsohn trat am 1. Januar der Kontorist Mönicher in Stellung. Bald nach seinem Antritt genügten dem Prinzipal seine Leistungen nicht mehr, und es wurde ihm deshalb gesagt, er möge sich nach einer anderen Stellung umsehen. Die Entlassung wurde auf den 1. März festgesetzt. M. war mit der Entlassung unter der Bedingung einverstanden, daß er bis dahin Stellung fände. Bei seiner Entlassung am 20. Februar erhob er keinerlei Einspruch. Erst einige Tage später verlangte er Weiterbeschäftigung bis 1. April, da er erst an diesem Tage eine neue Stellung antreten könne. Das wurde ihm verweigert und er klagte deshalb auf 100 M. Gehaltsentschädigung. In den angeblich mangelhaften Leistungen erblickt das Gericht noch keinen Grund zu einer gesetzwidrigen Entlassung. Da aber der Kläger bei der Ablehnung seine Einwände machte, habe er sich seiner Rechte begeben. Die Firma zahlt vergleichsweise 40 M.

Für die Nobiesche Buchdruckerei war der Reisende Seydel bis zum 31. März engagiert. Da er am 9. März entlassen wurde, verlangte er bis zu diesem Tage 16 M. Gehalt sowie weitere 58 M. Entschädigung für den Rest des Monats. Die Entlassung erfolgte, weil der Reisende seit dem 6. März nicht wieder im Geschäft erschienen war und weil er einkassierte Beträge zu spät ablieferte. Die Firma hat an ihn noch eine Forderung von 26,20 M. Sie erkennt die Gehaltsforderung nur bis zum 5. März für berechtigt an, weil der Kläger nur bis zu diesem Tage arbeitete. Das rückständige Gehalt will sie für ihre Forderung verrechnen. Die Beklagte war zur Entlassung berechtigt, sie irrt aber in zwei Punkten. Erstens darf Lohn nicht verrechnet werden; zweitens muß der Lohn bis zu dem Tage, an dem die Entlassung dem Kläger mitgeteilt wurde (also 5. März), bezahlt werden. Die Parteien einigen sich insoweit und der Kläger zieht die Entschädigungsklage zurück. (Vorsitzender: Gewerbegerichter Meding. Prinzipalsbeisitzer: Kaufleute Krüger und Beutemann. Angestelltenbeisitzer: Buchhalter Angst und Dubek.)

Aus der Umgebung.

Laschwitz. Heute Mittwoch, abends 7 Uhr, findet im Rathaussaale eine öffentliche Gemeinderatssitzung statt. Wichtige Punkte stehen auf der Tagesordnung.

Gittersee. Am Sonntag hat sich hier die Waschfrau Christiane verw. Müller die Kehle durchgeschnitten. Der Tod ist augenblicklich eingetreten.

Deuben. Von hier schreibt man uns: Der Genosse Ernst Köhler, Deuben, starb am 22. März. Ein Proletarier ist dahingegangen, dessen ganzes Sein und Denken der Partei gehörte. Mitte der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts, in der schlimmsten Zeit des Sozialistengesetzes, als die Bergleute des Plauenschen Grundes zum politischen Leben erwachten, war er derjenige, der Munition zum Kampfe herbeischaffte. Er sammelte bei jeder Gelegenheit unter seinen Arbeitskollegen für die Partei. Er kannte die verschlossenen Männer und wußte sie zu nehmen. Die meisten Bergleute scheuen sich leider heute noch, für die Partei zu arbeiten. Die Furcht, gemaßregelt und entlassen zu werden, hält sie zurück. Der Verstorbene kannte diese Furcht nicht. Schon bei den Wahlen 1887 und 1890 ging er mit Flugblättern und Stimmzetteln der Partei hinaus auf das Land. Bei dem Streik im Jahre 1899 wurde auch er mit abgelegt. Er war gezwungen, als Erdarbeiter für sich und seine Familie das Brot zu verdienen. Später wurde er Lagerhalter im Konsumverein Deuben. Vor zwei Jahren sandten ihn die unansässigen Einwohner in den Gemeinderat. Der Verstorbene war aber auch hervorragend für die Organisation der Bergarbeiter tätig. Sehr oft ist er von Haus zu Haus gegangen und hat versucht, die entmutigten Genossen aufzurütteln und zu weiteren Kämpfen anzuspornen. Ehre seinem Andenken!

Deuben. Den hiesigen Gasthof hat Herr Heinze käuflich erworben. Die Kaufsumme beträgt 135 000 M. Dieser Gasthof war früher schon einmal mit ziemlich 400 000 Mark Hypotheken belastet. Das war in der Zeit der Hochkonjunktur des Grundstückswuchers.

Kleinzschachwitz. Die Hausbesitzerin Schneider in Meußlitz klagte gegen den Kaufmann Herrmann in Dresden und die Hausbesitzerswitwe Scholz in Kleinzschachwitz wegen Verzinsung von Straßenbaukosten. Der verstorbene Ehemann der Klägerin hat im Jahre 1874 die hiesige Birkenstraße gebaut, lediglich zu dem Zwecke, sein abseits gelegenes Terrain der Bebauung zu erschließen und dadurch den Wert desselben zu steigern. Jetzt nach länger als dreißig Jahren trat die Witwe mit Rückvergütungsansprüchen an die beiden genannten Grundstücksnachbarn heran, von denen sie mehr als 300 Mark an Straßenbaukosten fordert. Dabei ist es höchst zweifelhaft, ob die Grundstücke von Scholz und Herrmann an die Birken- oder Augustinenstraße anliegen. Von der Amtshauptmannschaft Pirna mit ihren Ansprüchen zurückgewiesen, wandte sich Frau Schn. an die Kreishauptmannschaft, indem sie zur Begründung ihrer Klage auf § 2 der Ortsbauordnung verwies, wonach in Baufällen — die Beklagten haben 1901 an ihren Häusern verschiedene Anbauten vorgenommen — der Rückerstattungsanspruch zu bejahen wäre. Die Klage ist indessen kostenpflichtig abgewiesen worden mit der Begründung, daß zurzeit des Straßenausbaues weder das Ortsgesetz noch das allgemeine Baugesetz bestanden hätten und folglich auch aus ihnen kein Rechtsanspruch hergeleitet werden könne.

Mobschatz. Bei der am vorigen Sonntag stattgefundenen Gemeinderatswahl unterlag unser Genosse mit einer Stimme Minorität. Da in der Wählerliste Mängel festgestellt worden sind, wird gegen diese Wahl Protest von unserer Seite aus erhoben werden. Ganz besonders hat Herr Gasthofsbesitzer Otto Dönerth in der Klasse der Unansässigen agitiert, damit unser Genosse nicht wieder in den Gemeinderat kommt. Bekanntlich verweigert Herr Dönerth der Arbeiterschaft seinen Saal zu Versammlungen, und deshalb trinkt unser Genosse bei den vielen dort stattfindenden Gemeinderatssitzungen sein Bier. Noch Sonntags früh 9 Uhr ist Herr Dönerth mit Stimmzetteln unseres Gegners bei den Unansässigen gewesen. — Interessant war die Wahl in der Klasse der Gutsbesitzer und Hausbesitzer. Beide Klassen wählen zusammen. Seit ein paar Jahren liegen sich die Neumobschatzer Hausbesitzer mit den Gutsbesitzern in Altmobschatz in den Haaren wegen Wasserangelegenheiten. Die Neumobschatzer stellten ihre Kandidaten auf, einen Gutsbesitzer und einen Hausbesitzer. Die Gutsbesitzer machten dasselbe, wollten aber ihren Herrn Dönerth nicht durchfallen lassen. Es half aber alles nichts. Die Kandidaten der Hausbesitzer wurden glatt gewählt, und Herr Dönerth flog durch. Das war eine Freude bei den Neumobschatzer Hausbesitzern, daß sie Herrn Dönerth aus dem Gemeinderat rausgewählt haben. Mit großem Schreck vernahm Herr Dönerth das Resultat. Wer andern eine Grube gräbt — — — —.

Possendorf. Man schreibt uns: Der Bahnbau Hänichen—Possendorf schreitet tüchtig vorwärts, fast 200 Arbeiter sind beschäftigt und täglich kommen und gehen Arbeitsleute. Beschäftigt sind größtenteils Fremde. Einheimische haben keine Arbeit bekommen. Die Arbeiter werden von dem Bauführer mit dem vertraulichen Du angesprochen. Duzt jedoch der Arbeiter wieder aber widerspricht er mit einem Wort solcher Behandlung, muß er sofort mit der Arbeit aufhören und wird entlassen. Die Fremden allerdings sind an grobe Reden gewöhnt und lassen sich sehr viel gefallen von dem Bauführer und den Schachtmeistern. Die Einheimischen, die wohl gut genug sind, die sehr hohen Gemeindesteuern zu bezahlen und auch als Staatsbürger ihr Scherflein zum Bahnbau beitragen müssen, lassen sich nicht so behandeln, werden rücksichtslos entlassen, unbeschadet, ob sie eine große Familie zu ernähren haben. Hier kann nur Wandel geschaffen werden, wenn die Arbeiter sich wie ein Mann zusammenschließen und der Organisation beitreten. Auch betreffs der Löhne geht es sehr ungerecht zu. Die Bauleitung weiß eben, daß sie willenlose Menschen vor sich hat.

Wilmsdorf. Beim Bahnbau fuhren am Sonntag größere Kinder die Kipploren auf den Schienen hin und her. Bei einer abschüssigen Stelle brachten sie die Lore nicht zum Halten und dieselbe fuhr wuchtig an eine andere, auf der der Schulknabe Otto von hier stand. Schwer verletzt wurde der Knabe in die elterliche Behausung gebracht. — Ganz frei von Schuld ist die Bauführung nicht. Anstatt die Loren anzuschließen, daß sie nicht zu fahren sind, werden sie nur von den Schienen weggekippt und sind mit leichter Mühe wieder auf die Schienen zu bringen.

Versammlungskalender für Donnerstag.

Gruppe Deuben und Umgegend. Abends 9 Uhr Mitglieder-Versammlung im Augusta-Bad.

Arbeiter-Stenografengraphen-Verein. Abends 8½ Uhr Vereinsabend im Volkshaus.

Gerichts-Zeitung.

Reichsgericht.

Aerzte unter sich. Herr Dr. med. Breitbach darf sich nach einer kürzlich getroffenen Entscheidung des Reichsgerichts in allen Ankündigungen der Tages- und Fachpresse, im Adreßbuche, im Fernsprechanzeiger, auf Visitenkarten und an seinen Türschildern zur Vermeidung einer Geldstrafe von je 300 M. für jeden Fall der Zuwiderhandlung nicht mehr Spezialarzt für Zahn- und Mundkrankheiten nennen. Es ist festgestellt worden, daß den wesentlichsten Teil seiner Tätigkeit die Praxis eines Zahnarztes bilde, obgleich er sich zugleich als Spezialarzt für Mundkrankheiten bezeichne. Er will nicht ankündigen, er behandele als praktischer Arzt Mundkrankheiten, um etwa gelegentlich Zahnheilkunde auszuüben, sondern die zahnärztliche Praxis allein sei ihm das wesentlichste. Es ergebe sich dies aus dem Inhalt seiner Ankündigungen und stimme auch mit der wirklichen Sachlage überein. Er übe lediglich Zahnheilkunde aus, trete unter dieser Bezeichnung öffentlich als Zahnarzt auf und wolle vom Publikum auch als Zahnarzt angesehen sein. Den Titel Zahnarzt zu führen, sei er aber nicht berechtigt.

Deutscher Reichstag.

130. Sitzung. Dienstag den 24. März, nachmittags 1 Uhr.

Fortsetzung der zweiten Beratung des Etats des Reichskanzlers und des Auswärtigen Amtes.

Reichskanzler Fürst **Bülow**: Von allen Rednern, die gestern und heute das Wort ergriffen haben, ist die sehr unbefriedigende Lage in Marokko berührt worden. Ich freue mich, daß dies von allen Seiten mit ernster und ruhiger Sachlichkeit geschehen ist, wenn auch die Herren mehr oder weniger starke Vorbehalte hinsichtlich der Zweckmäßigkeit der militärischen Operationen Frankreichs gemacht und Zweifel darüber geäußert haben, ob daß französische Vorgehen vereinbar sei mit dem Wortlaut und Geist der Algecirasakte. Es ist richtig, daß die Algecirasakte alle Teilnehmer gleichmäßig bindet. Es ist weiter richtig, daß wir darauf zu achten haben, daß die wirtschaftliche Gleichberechtigung nicht verletzt und daß unsere wirtschaftlichen Interessen in Marokko nicht mißachtet werden. Die Wichtigkeit dieser Interessen ist von allen Herren, auch von Herrn Abg. Bebel betont worden. Auf der anderen Seite läßt sich nicht verkennen, daß die Ausführung wichtiger Bestimmungen der Algecirasakte durch die Unruhen in Marokko und namentlich durch die dortigen Thronstreitigkeiten gehemmt wird. Die französische Regierung kann uns nicht vorwerfen, daß wir in Verkennung dieser Umstände die Algecirasakte in kleinlicher oder engherziger Weise ausgelegt hätten. Wir werden das auch künftig nicht tun. Aber wir erwarten, daß Frankreich auch seinerseits in gleicher Weise die Algecirasakte in friedlicher und freundlicher Weise anerkennt und beachtet.

Man hat die Lage der Dinge in Mazedonien verglichen mit einem Feuerherd, an dem sich außer dem Landesherrn sechs Großmächte zu löschen bemühen, vergeblich und ohne Erfolg, weil von außen immer wieder neue Scheite ins Feuer geworfen werden. Der Grund des Uebels liegt nicht ausschließlich und nicht einmal überwiegend in dem Gegensatz zwischen Christentum und Mohammedanismus, sondern auch in den erbitterten Kämpfen zwischen den verschiedenen christlichen Nationalitäten, von denen sich jede die Oberhoheit in Mazedonien zu sichern sucht. An der Aufrechterhaltung des Statusquo, wie er von den Großmächten gewünscht wird, ist Deutschland nicht am nächsten, aber ebenso ehrlich interessiert wie irgend eine andere Großmacht. Die internationale Grundlage bildet der Berliner Vertrag. Wir haben das österreichisch-ungarische Projekt der Verlängerung der bosnischen Bahn mit Sympathie begrüßt, denn unser Bundesgenosse macht lediglich von einem Recht Gebrauch, das ihm in einem völkerrechtlichen Vertrag verliehen worden ist. Unsere Anstrengungen sind gerichtet auf die Erhaltung der Einigkeit der Mächte und gleichzeitig auf die Zustimmung der Pforte zu den Maßnahmen der Mächte. Man kann von uns keinen Enthusiasmus erwarten für Vorschläge, von denen wir keine Besserung erwarten, welche vielmehr geeignet erscheinen, die Souveränität des Sultans zu gefährden und dadurch den Fanatismus des Islams aufs höchste zu steigern.

Aus verschiedenen Aeußerungen, die im Laufe der Debatte gefallen sind, entnehme ich, daß der Wunsch besteht, ich möchte mich auch über den Brief äußern, den der Kaiser an Lord Tweedmouth gerichtet hat. Dieser Brief war nach Form und Inhalt ein Privatbrief, und er war gleichzeitig ein politischer Brief. Das eine schließt das andere gar nicht aus, und ein Privatbrief eines Souveräns wird dadurch, daß er politische Fragen behandelt, noch nicht zu einem Regierungsakt. Es handelt sich hier um ein Betätigungsrecht, das von allen Souveränen beansprucht wird, und das unserm Kaiser zu beschränken niemand das Recht hat. Wie er von diesem Recht Gebrauch machen will, das können wir getrost seinem Pflichtgefühl überlassen. In Fragen der Wehrhaftigkeit des eigenen Landes lehnt jedes Volk fremden Einspruch ab und zieht nur die eigene Sicherheit, die eigenen Bedürfnisse zu Rate. (Sehr richtig!) Von diesem Recht der Selbstbehauptung und Selbstverteidigung mache auch Deutschland Gebrauch, wenn es sich eine Flotte schafft, die seiner Küste und seinem Handel den notwendigen Schutz gewähren soll. Dieser defensive Charakter, dieser rein defensive Charakter unseres Flottenprogramms und unserer Flottenpolitik kann gegenüber den unaufhörlichen Versuchen, uns England gegenüber aggressive Absichten und Pläne anzudichten, nicht oft und nicht scharf genug hervorgehoben werden. Wir wünschen mit England in Ruhe und Frieden zu leben und darum empfinden wir es bitter, daß ein Teil der englischen Publizistik immer wieder von der deutschen Gefahr spricht, obwohl die englische Flotte unserer Flotte mehrfach überlegen ist, obwohl andere Länder eine stärkere Flotte besitzen und mit Eifer an dem Ausbau dieser arbeiten. Trotzdem ist es Deutschland, immer wieder Deutschland und nur Deutschland, gegen das die öffentliche Meinung in England durch eine rücksichtslose und gehässige Polemik aufgepeitscht wird. (Sehr richtig!) Es dürfte, meine Herren, im Interesse der Beruhigung beider Länder, im Interesse der ganzen Welt liegen, wenn diese Polemik aufhören wollte. So wenig wir England das Recht bestreiten, sich auf denjenigen Flottenstand einzurichten, den seine verantwortlichen Staatsmänner für notwendig halten, um die britische Weltherrschaft zu erhalten, so wenig kann man es uns verargen, wenn wir diejenigen Schiffe bauen, die notwendig sind, so wenig kann man es uns verargen, wenn wir wünschen, daß unsere Schiffsbauten als eine gegen England gerichtete Herausforderung betrachtet werden. Das ist die Ansicht, die wir aus den Ausführungen aller Redner zum Ausdruck gekommen ist. Nehmen Sie zu diesen Ausführungen den Brief des Kaisers an den Lord Tweedmouth und beachten Sie, daß ein Gentleman dem andern, ein Seemann zu dem andern sprach, so haben Sie einen vollkommen zutreffenden, einen ganz richtigen Begriff von Tendenz und Inhalt des kaiserlichen Briefes. Es wäre sehr zu bedauern, wenn die Absicht unseres Kaisers in England mißverstanden würde. Die Versuche solcher Mißdeutungen haben in England keine einstimmig Ablehnung gefunden.

Staatssekretär v. Schön: Messen wir die Vorgänge in Marokko an der Algecirasakte, so müssen wir gegenüber den skeptischen und ironischen Betrachtungen eines Teils der Presse daran festhalten, daß eine klare Verletzung der Algecirasakte durch Frankreich bisher nicht hat konstatiert werden können. Weiter darf nicht außer dem Auge gelassen werden, daß die französische Regierung die Algecirasakte stets als für sich verbindlich bezeichnet hat. Vor wenigen Tagen verbreitete eine französische Zeitung das Gerücht, Frankreich beabsichtige die Algecirasakte zu kündigen. Auf eine Anfrage unserseits an zuständiger Stelle wurde jenes Gerücht als durchaus unzutreffend bezeichnet. Die französische Regierung hat nichts weniger beabsichtigt, als die Ruhe und Ordnung in Marokko wieder herzustellen und von diesem Gesichtspunkt hat sie sich in allen ihren Maßnahmen leiten lassen. Eine dahingehende Erklärung hat uns die französische Regierung wiederholt abgegeben, und wir haben keinerlei Anlaß, an der Aufrichtigkeit und Loyalität der französischen Regierung zu zweifeln. Man darf auch nicht außer acht lassen, daß durch die Algecirasakte lediglich das Verhältnis Marokkos zu den Mächten geregelt ist; daß aber die Mächte, welche die Algecirasakte mit unterschrieben haben, wohl das Recht haben, sich selbständig für eine flagrante Verletzung ihrer Rechte Genugtuung zu verschaffen. Dagegen darf die Integrität Marokkos in keiner Weise verletzt werden. Und solange das nicht geschieht, haben wir kein Recht, Einspruch zu erheben. Für das Vorgehen Frankreichs in Marokko können wir keinerlei Verantwortung übernehmen. Wir verhehlen uns natürlich nicht, daß bei der Fortdauer der jetzigen Verhältnisse die verworrene Lage in Marokko immer schwieriger wird, und daß besonders Handel und Wandel zugrunde gehen müssen. Wir halten auf dem Standpunkt, daß der Handel in Marokko durch die militärischen Maßnahmen Frankreichs nicht geschädigt werden darf. Wir haben auch wiederholt von der französischen Regierung die Zusicherung erhalten, daß im weiteren Verlauf der französischen Aktion in Marokko auf unseren Handel tunlichst Rücksicht genommen werden soll.

(Fortsetzung im Hauptblatt.)

Leben • Wissen • Kunst

Beilage zur Sächsischen Arbeiter-Zeitung

Direktor der Dresdner Bank in Berlin. Der Anlaß zu Klagen und zum Verhaltnis eine nachträglich entdeckte alte Urkunde, nach der der „goldene Otto" nur mit Genehmigung des jeweiligen Markgraf zu Brandenburg verkaufen darf. Von dieser Klausel hat niemand, auch nicht der Magistrat, etwas gewußt, und so ist der Verkauf — das ist der Kern der Sache — rite auf dem Wege einer Schiedsklage erfolgt. Aus Berlin wird geschrieben: Die Wagner und Dvořák, Leuchtgas und Hydrogen, Phosphorsäure und Phosphorsäure, Dramen von einem Unbekannten usw., wobei aber die Aufführung dieses Klassikers Gefahr erkennbar blieb.

Berliner Theaterbrief. Aus Berlin, ein fünfaktiges Drama von Hauptmann und die Roswitha, ein

[illegible] Stoffe zu verwenden und [illegible] Farben zu [illegible] Schönen usw., wobei aber die [illegible] Hauptgesichtspunkte der Gesundheitspflege erfordern dürfen.

Berliner Theaterbrief. Aus Berlin wird geschrieben: Die Kunzen und die Poewisch, ein Lustspiel Franz von Pocksen von Lilencron, erlebte jüngst, trotzdem bereits Jedes nach seiner Fassung, seine Premiere im Friedrich-Wilhelmstädtischen Schauspielhause. Die Handlung spielt in der Mitte des 15. Jahrhunderts und dreht sich um die Frage, ob ein Christian oder ein Otto über Holstein herrschen soll. Wegen dieser Frage entbrennt bitter feindlich parteien der Kunzen und der Poewisch. Man belächelt, verspottet, beschimpft und verdrängt einander aus Liebe, Haß, Leidenschaft und Verzweiflung. Ein [illegible] Stück, daß, und [illegible] Puppen in [illegible] und [illegible] Handlung vorführt und uns in diesem Zwischenspiel schwache Spuren Lilencronscher Poesie verrät. Ist man nicht [illegible], bietet verunglückte Werk, daß, ebenso wie die übrigen Dramen Lilencrons, nur eine flüchtige Gelegenheitsarbeit ist, an der das Dichters Herz nicht hängt, der Bergessenheit zu entreißen und auf die Bühne zu zerren. Trotzdem hinterließ der vorzügliche Theaterabend wenigstens in einer Beziehung einen freundlichen Eindruck. Der einmütige, jubelnde Beifall des Publikums, der den Dichter immer wieder und wieder auf die Bühne rief, konnte unmöglich dem Autor der Kunzen und der Poewisch gelten: er galt vielmehr dem großen Lyriker Lilencron, für den das deutsche Volk der Dichter und Denker nicht endlich einmal Verständnis zu gewinnen. Die freudige Gewißheit, daß der lange Verkannte auch Münchnern sich zur wohlverdienten Popularität durchgerungen hat, tröstete über den peinlichen Eindruck dieser überflüssigen „Erinnerung". J. S.

Erdkunde. Eine neue chinesische Stadt am Amur. Bei der Mündung des Sungari in den Amur, der Ausgangsniederlassung Jekaterina-Nikolajewsk gegenüber, erhebt die Chinesen eine neue Stadt, der die chinesische Presse eine große Zukunft voraussagt. Da diese neue Stadt beständig wächst, so nehmen an ihrem Gedeihen gewaltig zu, sondern auch Werkstätten von Amur ab. Die große wirtschaftliche Bedeutung der neuen Stadt liegt auf der Hand. Der ruhige Strom an Kaufleuten und Handwerkern und der Mandschurei wird über diese Orte geleitet werden, der außerdem das Zentrum der chinesischen Industrieschaft werden muß. Die Industrieschaft auf dem Sungari, Amur und Mandschurei wird der Stadt einen bedeutenden Aufschwung verschaffen. Auf den Handel Mandschuriens und auf die wirtschaftliche Lage Chinesisch wird die neue Stadt bedeutend nachteilig einwirken. Die Anlage der Stadt liegt den Sitz imperialer Kaufleute erhält.

Kleine Mitteilungen. Die Große Berliner Kunstausstellung 1908 wird eine Abteilung für Raumkunst in einer bisher noch nicht gezeigten Weise gestalten. In einer Halle von Räumen sollen die Galerie und Wohnung eines Kunstfreundes und Sammlers gezeigt werden, der in mustergültiger Weise mit erlesenem Geschmack persönlich seine Wohnräume eingerichtet, oft auch in ihnen eine reiche Sammlung moderner Kunst aufgespeichert hat. Die Räume werden ganz im Sinne und in den Ausmaßen vornehmer Berliner Häuser angelegt.

In dem Antiquariat der Hoffmannhandlung von Sandler u. Auhardt in Berlin begann am Montag die Versteigerung von Radierungen und Kupferstichen, die dadurch ihr ganz besonderes Gepräge erhielt, daß in ihr das „Radierte Werk von Max Klinger" in allerersten Ausgaben und frühesten Probedrucken feilgeboten wurde. Der Besuch war außerordentlich stark. Die Preise erreichten bei vielen Sachen eine erstaunliche Höhe. Das Opus I „Radierte Skizzen", 8 Blatt, brachte 2100 M., es ist die vollständige Folge bei Jugendarbeiten von den unterschiedlichen Entwicklungen. „Rettung ausblicker Opfer" erzielte 3050 M., „Ein und die Zukunft", ein Kapriccio in 6 Blättern, 900 M., „Intermezzo" 690 M. — Opus VI „Ein Handschuh", 10 Kompositionen, erste Ausgabe, 1600 M. Die berühmteste Landschaftsradierung Klingers „Die Chaise bei Gewitterstimmung" erzielte 1410 M., „Dramen" in 6 Blättern 1550 M., „Eine Liebe", 10 Blätter, 3100 M., „Vom Tode", der erste Teil, 10 Blatt, 2100 M. Den höchsten Preis, 6700 M., erzielte „Ein Leben", 15 Blätter, das Hauptexemplar des Künstlers, Herrn Dr. Georg Swarbec gezeichnet, fast alle Blätter mit handschriftlichen Bemerkungen Klingers versehen.

Ein interessanter Rechtsfall wird augenblicklich vom Breslauer Magistrat vor dem Landgericht zu München geführt. Es handelt sich, wie bekannt, um den wandernden Kreuzungspokal der Breslauer Fleischerinnung, ein Meisterwerk der Nürnberger Goldschmiedekunst, der die Innung bereits vor längerer Zeit für den Preis von 15000 M. an den bekannten goldenen Kaufmannshändler München Tore verkauft und der seiner Schätze beraubten mehrfach gewechselt hatte. So sollte er sich sogar eine Zeitlang im Besitze des Königs Gustav von England befunden haben. Das Münchner Landgericht hat bekanntlich dahin entschieden, daß Tore den Pokal wieder herausgegeben oder den Kaufpreis von 45000 M. an die Breslauer Innung zu zahlen habe. Der Pokal ist indessen auf einer Auktionshandlung in die andere gewandert. So erhielt er aus dritter Hand Eigentum der Berliner Kunst in Berlin. Den Pokal zu Klingen aus zum Gedächtnis eine unvergleichliche erstaunliche Urkunde, nach der der „goldene Pokal" nur mit Genehmigung des jeweiligen Magistrats zu Breslau verkauft werden darf. Von dieser Urkunde war einmal, auch nicht der Magistrat, einmal gewußt, und so ist der Verkauf — das ist der Hauptsache aus der Sache — also auf dem Breslauer Rathause verlangen werden. Der Kunsthändler Tore hat bar bezahlt und die anderen, weiteren Käufer haben es auch. Das Kunstwerk selbst trotz einem aus Silber getriebenen, hervorragend gelungenen Orkan dar, dessen Kopf den abwechselnden Deckel eines im Innern eingebrachten Trinkgefäßes bildet.

Dresdner Kalender

Theater. Repertoire vom 25. März. Opernhaus (Mittwoch): Lohengrin. Romantische Oper in drei Akten von Richard Wagner. Anfang 6½ Uhr. — Schauspielhaus (Mittwoch): Zum erstenmal: Minika. Aus dem Leben einer Gräfin. Von Wolfgang v. Gerdorff. Zum erstenmal: Teufelsjo (Die Teufelsuhr). Ein bäuerliches Trauerspiel aus dem alten Japan nach der Tragödie des Takeda Izumo von M. v. Gerdorff. Anfang 7½ Uhr. — Residenztheater. Operetten-Abonnement 6. Serie: Die Glocken von Corneville. Anfang 7½ Uhr. — Zentraltheater. Der fidele Bauer. Anfang 7½ Uhr.

Im Residenztheater findet heute, Mittwoch, die 50. Aufführung der Operette „Ein Walzertraum" von Oskar Straus statt.

Kleine Bühnen. Das Dresdner Volkstheater-Ensemble (Direktion: Max Gorstedt) veranstaltet am 5. April im Gasthof Pieschen, Torgauer Straße, einen Hans Sachs-Abend. Zur Aufführung gelangen die drei Fastnachtsspiele: Frau Wahrheit will niemand beherbergen, Der fahrende Schüler im Paradies und Der Kriegsmann. Das Programm wird durch Gesangsvorträge der Kunstsängerin Fräulein Lilly Pergher ergänzt. Sonntag den 12. April geht ebendaselbst das Familiendrama Gespenster von Henrik Ibsen in Szene. Für die Mitglieder der Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Vereine sind Eintrittskarten à 30 Pf. schon von jetzt ab in der Volksbuchhandlung, Zeitzergstraße, zu haben.

Vorträge. Heute 7½ Uhr findet im Kreuzkirchner Kasino der Rezitationsabend von Friedericke Dirrit Deutsche Volksdichtungen statt.

Vortrag. Der Vortrag der Frau Marie Herzfeld über die Frauen der Renaissance muß für einige Tage verschoben werden, weil sich die Dame gestern in Berlin durch einen Sturz verletzt hat.

Ausstellung. Die Internationale Photographische Ausstellung Dresden 1909 hielt am 21. März d. J. eine Direktionssitzung ab. Staat und Stadt haben ihre Vertreter entsandt. Die Berichte der die Ausstellung leitenden Persönlichkeiten ließen deutlich ein Bild von dem außergewöhnlichen Umfange des im Werden begriffenen Unternehmens erkennen. Für die beteiligte Industrie dürfte das Interesse sich noch steigern, da der Reichskanzler in Aussicht gestellt hat, den Ausstellungsgegenständen, die noch keinen patentrechtlichen Schutz genießen, gemäß Gesetz vom 18. März 1904 durch eine besondere Bekanntmachung ein Schutzrecht zu gewährleisten. Der Finanzbericht ließ auf eine gute finanzielle Sicherung des Unternehmens schließen. Aus dem Berichte über die Arbeitsgemeinschaften im Reiche und im Auslande konnte man ersehen, welche Arbeitsfreudigkeit besonders auch im Auslande für die Ausstellung entfaltet wird. In England hat sich ein Komitee, bestehend aus 12 der hervorragendsten Vertreter der Wissenschaften und der photographischen Industrie, gebildet, daß die englische Abteilung der Ausstellung mit dem dortigen Komitee selbständig beurteilen wird. Mit Interesse nahm man ferner von der Errichtung einer Sternwarte und einer Station für Zeitbestimmung Kenntnis. Nach der beschränkenden und unterbindenden Teil der Ausstellung wird Herbergsgebäude bieten. Die Mitteilungen über die mit dem Unternehmen verbundene Sonderausstellung für Länder- und Völkerkunde erbrachten den Beweis, welchen Wert die eingeladenen in- und ausländischen Staaten gerade auf diese Abteilung legen.

Kunstgewerbe. Die Kahrener und die Frahburger Töpfer werden auf dem diesjährigen Ostermarkt am 29. bis 31. März auf der Johann-Georgen-Allee neue Töpferwaren ausstellen, die im Sinne der sächsischen Volkskunde hergestellt sind. Töpfer Paul Flathe aus Frahburg wird den Verkauf vermitteln. Vergleich der Ausstellung vielleicht noch klein sein wird, so werden die Freunde der sächsischen Volkskunde doch gutheißen, im Interesse des heimischen Handwerks die bescheidenen Bestrebungen durch Besuch zu unterstützen.

Spiel und Sport. Radrennen. Der Verein für Radrennsport stellt sich für die Sommersaison. Am 1. Osterfeiertag findet das erste große Radrennen statt. Es sind diesmal drei gute deutsche Fahrer gewonnen worden und der beste Mann der letzten beiden Jahre, Fritz Sutton, ist die Seele auf der alten Bahn. Die Bewerbungen für alle sieben Rennen sind schon jetzt zu haben, und zwar Entreekarten für 10 M. und Jahrkarten für 30 M. beim Hofbuchhändler Lehmann, König-Johann-Straße. In diesem Jahre hat Dresden drei bedeutende Rennen. Außer dem Preis der Stadt Dresden und dem Europapreis wird noch die Austragung der Meisterschaft von Deutschland über 100 Kilometer als Ulen zu nennen sein.

Leben • Wissen • Kunst

Tägliches Unterhaltungsblatt der Sächsischen Arbeiter-Zeitung

Nr. 70 — Dresden 25. März — 1908

Münchner Brief

Der Kaiserfrach und das boykottierte Tonkünstler-Orchester — Papa Geis † — Prinz oder Hirte — Puppenspiele im Rathaus — Littmanns Modellbühne — Vom Salvator

m. Die sozialpartelsozialmonarchistische Gesellschaftspresse kündigte dieser Tage ihren Lesern an, daß sie die bisherige Berichterstattung über die Kongresse des Münchner Tonkünstler-Orchesters bis auf weiteres einstellen würde. Das Konzert begründete seinen Entschluß, daß mit heroischer Tapferkeit um seine künstlerische und wirtschaftliche Existenz ringende demokratische Orchester durch einen Boykottversuch lahmzulegen, mit folgendem, in Konkretation mit den Tatsachen geradezu frivol klingendem „Stimmungsbild":

„Die Kongreßteilnehmer würden sich alle mitschuldig ansehen müssen, wollten sie ein Orchester unterstützen, das sich gegen die Gebote der guten Sitten in Kauf vergangen hat und das selbst offenkundig die unterbelle Frage einzelner Mitglieder über die allgemeinen künstlerischen Interessen stellt."

Also weil die 58 Mitglieder des ehemaligen Kaiserorchesters, unterstützt moralisch und materiell vom Allgemeinen Deutschen Musikerverband (12000 Mitglieder, darunter 700 Kapellmeister und Musikdirektoren), unterstützt durch Sympathiebeweise und Geldsammlungen von 82 deutschen Orchestern, sich der prinzipiellen Mittel der Arbeiterbewegung bedient haben, um eben den Wert ihrer künstlerischen Arbeit zu sichern und über zu stellen, weil sie höher als hungernde „Ideale" das materielle Wohl einer gewerkschaftlichen Organisation als einzig sozialen Wochenlohn stellen, deswegen sollen sie unfähig gehandelt haben! ? O heuchlerisches Mittel der vereinigten Pharisäer Bayerns! Der wahre Grund unsrer Gesinnung ist durchaus nicht heilig. Ob es nun die von den Schwabmachern der M. N. N. und des Münchner Schert-Anzeiger (Bayer. Ztg.) ausgegebene Parole: Rache! Rache für den Fall des „Mißkommens der Ausstellung 1908", daß: der unbarmherzige, verbrecherische und verfluchte Münchner Musikstreik mit Max Schillings an der Spitze, Rache für das Scheitern ihres demokratisch-chauvinistischen Programms, Rache endlich für die entsetzlichen Selbstmittel, mit der sich das unterdrückt bezahlte, schlecht behandelte ehemalige Kaiserorchester vom Joche des kapitalistischen Kunstunternehmertums befreite! Die Rache wird nicht gelingen. Da liegt die sozialdemokratische Presse dafür, die auch diese durch das Tonkünstlerorchester inaugurierte Kulturbewegung, nämlich die sozialistische Organisation der deutschen Musikerberufsmusiker, nach Kräften unterstützt. „Da liegt auch das unbedingtere erzkatholische Publikum dafür, daß die Kongresse des M. T.-O. jahrlich besucht, obwohl es weiß, daß es Bekanntmachungen darüber „nur" in der Münchner Post findet. — Im Hause Kaim marschiert der Stoch. Alles kommen auch, auch kommen. Mit den zwei „strengbleibenden" Strickstrumpf — Hetze und Wut helfen die Bayern, die ihren Kollegen das gegebene Wort brechen und ihnen in den Rücken fallen! — einigen Musikkomen, blinden Heroiten und andern Scharlatan kann man auf die Dauer keine Musik machen. Das hat auch der legte Kaim-Dirigent Cor de Lab eingesehen und hat gehen seine Entlung niedergelegt, nachdem der erste Dirigent Schuberwigt schon vorher gegangen ist.

Der von der liberalen Gesellschaftspresse behauptete angeblichen Zuschlaffigkeit des Münchner Tonkünstler-Orchesters mit die Geschicklichkeit der Gutdirigenten an die Seite, die sich willig an die Spitze der verfeinerten bayrischen Künstlerschar stellen ohne Rücksicht auf pariserischen Ruhm in den Spalten der maßgebenden Gegnerin. Dieser intellektuelle Zusammenhang von Kapellmeistern, die eine Sache um ihrer selbst willen tun, ist nicht gar zu häufig zu finden in einer Zeit, wo alle Eitelkeiten des Individuumtums und Musiks machen, wo die ausübenden Künstler nur mit dem Blick in der Richtung auf möglichst gute Kritiken zu arbeiten pflegen. Es werden die Namen dieser schlichten Freunde und Führer des boykottierten Orchesters für die Zukunft dankbar aufbewahrt bleiben. Es sind das jetzt Josef Lassalle-Barcelona, Alfred Friedheim-Frankfurt, G. Reichwein-Mannheim, Karl Panzner-Bremen.

Mit Papa Geis, dem genialen Volkssänger, der im Alter von 67 Jahren gestorben ist, ging einer der liebenswürdigsten Vertreter des bäuerischen, bezirk altbayerischen Humors dahin. Papa Geis' Kist, der noch über die Grenzen seiner Heimat gelangen ist, war ein verdienter. Er war in der bayerischen Musik des Salonkonzertes und Kunstsängers ein fröhlicher und gemütvoller Vertreter des Spielertums, und seine wichtigsten Gesetzes waren ganz ausgezeichnete und treffsichere typische Gestaltungen auf das Münchner Gesellschafts- und Sittenleben, das er in seinem charakteristischen Gesang, in seinen Schwänken und Mätzgeln drollig und wizig zu kennzeichnen wußte. Seine poetischen dessen Gesetzes, wie Gemüts und Edel, Schlaufen und a jeder, Kurzäll, Dabl-dabl-dabl-dabl-dum, machen jahrelang in ganz Oberbayern gesungen. Geis war ein geborener Münchner. Als Sohn eines Hofbedienteten des Griechenkaiserin Königin Otto kam er zur Welt. Als sieben Jahren zog der Bub dann bekannt nach München. Sollte Geistlicher werden, ist aber aus und wurde schließlich — Papa Geis. Sein Sohn aber, Josef Geis, ist als Königlich bayrischer Hofschauspieler der ganze Stolz des alten bayerischen Herrn geworden, dem Sohn, der als der beste Buchmeister der deutschen Wagnerbühne gilt. Papa Geis hat, nachdem er vorher alle bäuerischen und gebrauchten Sparten seines Geistes verrichtet hatte, mit einem Blitz auf den erblassenden Lippen: „Bringt's mi net auf's Ostirichhof, do plagt's ja!"

In Gitchöhle, vor den Toren Münchens, fand dieser Tage ein Prozeß statt, der die bäuerliche Volkspiele in verschiedener Beleuchtung zeigte. Die Vorgeschichte war die: Ein Königl. bayrischer Prinz fuhr im Automobil über die Landstraße, auf der ein paar Bauern im Mädchen sich von einer Schindbuchse vorwärts ziehen ließen. Das Zuf-Zuff brauch, die Mähne heigt, die Mähre sagt. Aus dem Straßengraben rappelte sich flucht die niederbayerischen Bauernsöhnen auf und brinnen auf den erschrockten Autler ein. „Da Gef-mentter, du Hirtbiger, daß das 150 Mäckerle net gehtt, kimmst heunt nimmer von der Stelle!". Der Chauffeur macht die fluchenden Schollenmenter darauf aufmerksam, daß ein Königl. bayr. Prinz leibhaftig vor ihnen sitze. Da kommt in lapidarer Kürzeit der Bauern echt demokratisches Gefühl zum Durchbruch mit den Worten: „Prinz oder Hirte, das ist uns ganz gleich!" Da zieht der Hochstehende mehl oder übel in die Tasche greifen und den Bauern zahlen. Andern Tags natürlich Angabe und Verlach an den Regierten. Gerichtung... Ein liberaler Rechtsanwalt benutzt die billige Gelegenheit, Minderheiten vor Fürstentronen zu pflegen, und meint mit gekränkter Brust: „Meine Herren Richter, wenn derselbe Fall unter den gleichen Verhältnissen einem andern wie einem Mitglied des Kgl. Hauses passiert wäre, so würde es nicht ausgeschlossen, daß der andere jetzt über nicht als Kläger, sondern als Angeklagter wegen fahrlässiger Körperverletzung stände. Aber so freilich, ha —!" Da war sich der Staatsanwalt in so gefährlicher Hemdärmel, drückte den Hahn, schnarrte: „Unerhörtes Verbrechen, ruchbarliche Erpressung an einem Allerhöchsten Prinzen, zeigt deutlich vollkommene Betrübung von Volksseele!" Die Richter haben die Angeklagten verurteilt, daß liberale und demokratische Parteien mit legalen Stoß auf sie weiter stürzen: „Geht, es gibt noch Richter in Bayern!". Sie hätten lieber auf den Staatsanwalt — man kann nicht wissen — und verhaften die lieberen Bauernsöhne zu 2—4 Monaten Gefängnis. Von Rechts wegen!

Im Rathaus der allzeit fidelen Stadt München haben jetzt Puppenspielaufführungen statt, die sich von gewöhnlichen Geldbeutelern dieser Art nur dadurch unterscheiden, daß sie gratis für jedermann aus dem Volke vergeben werden. Der geniale gotische Rathaus-Jugendstiler, welche jüngst Rathaus-Erbauer Professor Hubensteiner hat nämlich zur Erhöhung der Würde des Stadtsaales in den offenen Balkonen des großen Saales allerhand mechanisches Geschnitzt und bemalen Werk montieren lassen. Für den Schauspiel. Zur Bereichtigung des Spielstreichs nützliche Pfeifenreiter. Am Geburtstage des Prinz-Regenten fand die Premiere statt. Tausend Gaffer starrten in die Höhe, liefen sich neben Mützenkrämer in den offenen Münster fallen, erzeugten eine prächtige Verkehrsstörung im Herzen der Stadt und genossen mit verdutzten Sinnen das Spiel von einer Bauer, unbeschadet Schäffler-Tänzer, des deutschen Rechtsbewußtsein, des Münchner Kindl und des Friedensengels. Panem et circenses! Schrie einst das römische Volk. Auch das Münchner Volk schreit heute noch ja. Erst geben die Stadtväter den Arbeitslosen freilich nicht, aber Spielzeug. Das ist billiger und bequemer.

Professor Max Littmann, der Erbauer des zu höchster Bewunderung bestimmten Münchner Künstlertheaters auf der Ausstellung 1908, hat kürzlich die Skizzen der Feder in sein Atelier und zeigte ihnen das Modell der Bühne und der Zuschauer, die von unseren neuen „Dekorationskünstlern" Fritz Erler, Pitz, Hengeler, Wilhelm Schulz, Th. Th. Heine und Wieland für die der Reformbühne zugewiesenen Stücke entworfen wurden. Das Wesentliche der Künstlerbühne ist die Neuerung der Optik. Die bisher radikal und der Tradition der tiefsten (italienischen) Guckkastenbühne mit ihren beweglichen Kulissen, Gestängen und Prospekten und gerät dafür zurück zur Antike (bayerischen) Aufführung mit einem plastischen vorderen Prospekt. Vom Orchesterplatz aus gelangen Sie eine etwa drei Meter hohe Vorderbühne. An Stelle der Kulissen treten zwei beweglich rotierbare Türme links und rechts, wodurch je nach Bedarf die Breite der Bühne angemessen zu verändern ist. Orchester verdeckt, Hauptsächlich Theater. An Ausstattung, Möbel und Requisiten im Gegensatz zu Reinhardts Ausstattungstheater nur das Notwendigste. Für das übrige soll

[illegible] Tage [illegible] hat der „Unterwerfer" Gebauer [illegible] Jahr vor geweilt. [illegible] als die Reichsbahn-Direktion Dresden [illegible] Bewegung noch nicht so hoch [illegible] 10—12 Tage, heute [illegible] für die 1000 Arbeiter in 8 Tagen. Kulturbolschewismus! Belastend für [illegible] Eltern nehmen heute ihre Sprößlinge mit auf den Rodelberg. Es ist vorgekommen, daß Rodelnden [illegible] Verletzungen der [illegible] Gliedmaßen [illegible] haben! Bei solchen Gefahren ist [illegible] Polizei da, die diese [illegible] Kulturlosigkeit vor Schaden dem Rodelberg [illegible]. Sie muß lernen, daß [illegible] Kulturbolschewismus!

Absolvo te — Ich spreche dich frei

3] Roman von Clara Viebig

„Mäßere nicht," sagte sie eifig. „Daß Gott dich strafe!" Und als er sie schäkernd umfassen wollte, mit seiner riesigen behaarten Hand ihr unterm Kinn herfahrend, wich sie zurück und brach in Tränen aus. Da sie, sich die Rechte vor die Augen haltend, mit der Linken an ihrem Kleid herumtastend, nicht gleich das Taschentuch fand, hielt sie nun ihr Schürzchen vor. Sie schluchzte heftig.

Vergebens suchte er ihr die Schürze vom Gesicht wegzuziehen; sie hielt sie fest vorgepreßt. Ihre schlanken, für eine Landfrau merkwürdig wenig verarbeiteten Finger hatten eine eiserne Widerstandskraft.

Er war ganz bestürzt. „Seelchen, Täubchen! Aber Joschchen, was hast du denn?" Vergebens suchte er einen Blick in ihr Gesicht zu erhaschen. „Verdammtes Frauenzimmer, was grinselt du?" brüllte er plötzlich die Magd an, die noch immer auf demselben Fleck stand und bereit lachte. „Daß der Teufel dich hole, du, nur du allein hast die Herrin geärgert!"

„Nein, nein, Panje, ich nicht! Sind es die Ratten gewesen, kann ich beschwören. Mag der Gospodar nur selber in Keller steigen, wird er sehen, wie sie laufen an Decken, wie sie springen an Wänden. Und in meiner Küche mag er die Schwaben sehen, hunderttausend, hunderttausend Millionen — werden sie noch fallen in Essen von Pan Tiralla. Wird der Herr ja sehen!"

„Unterlieb dich!" Tiralla hob die schwere Hand gegen die Magd, aber sie wich ihm so geschickt aus wie vorhin der Herrin. Es war so drollig, wie sie sich hinter die Herrin duckte, diese wie ein Bollwerk benutzend, daß der ungefüge Mann in ein dröhnendes Lachen ausbrach. „Brauchst nicht Furcht zu haben, dummes Ding," sagte er gutmütig. „Ich schlage nicht. Weiß ich gar, daß du ein Satansbraten bist, aber du wirst mir doch keinen Unrat in den Teller spucken!"

„Nein, nein," versicherte sie treuherzig. „werde ich nicht tun." und kam hinter der Herrin vor.

Er kniff sie mit seiner behaarten Hand in die feste Wange. Es tat weh, seine derben Finger hinterließen erst eine weiße, dann eine brennendrote Druckstelle, aber sie ließ es sich ruhig gefallen: nein, der Gospodar war nicht böse! Eigentlich war er viel besser als seine Frau! Marianne dachte auf einmal, daß es doch Schade um ihren Herrn sei. Und sie drängelte sich ein wenig an ihn heran und warf ihm unter halbgesenkten Lidern einen verheißungsvollen Blick zu — wenn der Alte nur wollte, sie würde schon wollen!

Aber Tiralla hatte nur Augen für seine Frau. Er bettelte weiter um einen Blick von ihr. Es hatte etwas Lächerlich, wie dieser starke und schon ergraute Mann um die zarte, zierliche Frau sich müßte. „Aber, Zofia, Zofinu, Joschcyka, was hast du denn? Sieh mich an, meine Taube, meine doch nicht!"

Nun war es ihm gelungen, ihr die Schürze vom Gesicht zu heben, liebkosend wollte er seinen Mund ihrer Wange nähern, da fauchte sie ihn an, mit sprühenden Augen, wie eine gereizte Katze: „Du hast mir weh getan, au! Pfui, wie du riechst, nach Mist, nach Tabak, und noch Schnaps dazu! Du stinkst, du Bauer!" Sie spie aus.

„Joschchen," sagte er ganz traurig, „wie du sprichst! Nur einen kleinen, wirklich nur einen winzigen, ganz kleinen Schnaps habe ich heute getrunken, ich schwöre es dir bei der Heiligen Mutter und ihrem Sohne!"

„Beflecke die Heilige Mutter nicht, wenn du sie anrufst," sagte sie schneidend. „Müßere sie lieber, daß sie dich eher zur Hölle fahren hatte, wohin du gehörst. Ich werde dir keine Träne nachweinen. Tod schwöre ich dir!"

„Was — was — habe ich dir getan?" stammelte der Mann, ganz erschrocken. „Ich tat dir doch nichts. Ich habe dir Kleider gekauft, so viele du wolltest; ich habe dich zum Balle [illegible] „Ja" — und nun sprichst du so Schlimm zu mir?! Was tu ich, meine Liebe, ich werde zum Doktor schicken!"

„Du, Kranke!" Sie schluchzte heftig auf. „Du hast mich krank gemacht! Du, du, du!" Sie ging auf ihn los, als wollte sie ihm mit ihren Nägeln ins Gesicht fahren. „Ich mag dich nicht — ich verabscheue dich — ich, ich hasse dich!" Gellend schrie sie das, in den höchsten Tönen; ihre Augen brannten, die Fäuste ballte sie und stieß sie sich vor die eigene Brust, und dann griff sie sich mit allen zehn Fingern in ihre schön gegliederten Haare und zerzauste sie. Ihre zierliche Gestalt zitterte und schwankte; und man erbleichte sie so tief, als würde sie gleich in Ohnmacht sinken.

Die Magd sah die Augen auf: was fiel der ein?! War die dumm, war die dumm! Warum es denn dem Herrn ins Gesicht schreien, wenn der's nicht so merkte?! Ei, nun gab sie es ihm aber deutlich: „Ich hasse dich" — und er, der Arme, den Gott trösten möge, was tat er? War's gut Kochen oder zum Weinen?! Marianna Sroka wußte selber nicht, sollte sie denken: „o du grundblauner Esel", oder sollte sie wünschen: „hätte ich ihn doch zum Manne, oder wenigstens zum Liebsten"! Denn gut war der Gospodar, wirklich von Herzen gut; der würde sie nicht knapp halten, sie und ihre zwei Kinderchen. Die Frau war doch zu geizig, die Frau war, bei Gott, den guten Mann gar nicht wert!

Und in einem plötzlichen Umschwung ihrer Gefühle, die sie vorhem mehr zur Herrin hingezogen hatten, neigte sich die Magd nun ihrem Herrn zu. Eine Schande war's, wie die Frau ihn behandelte! Die mußte ihn geradezu behext haben, daß er sich so was gefallen ließ! Seinen großen Lederpantoffel mit dem Holzabsatz sollte er lieber vom Fuße nehmen und ihr den auf den Kopf schlagen, daß ihr Hören und Sehen verging, als daß er sie beteilte und bannte. Ja ja, natürlich, da war kein Zweifel daran, der Herr war verrufen; den großen, dicken Mann hatte die kleine Frau behext — diese magere Ziege! Die war eine Hexe, die sich verwandeln kann in eine Katze, oder eine, die auf dem Besenstiel durch den Schornstein fährt. Das müßte der Herr Propst wissen, der würde ihr schon das Handwerk legen! Oder nein — noch besser —, sie, die Marianna, nahm selber die Sache in die Hand. Dann hatte sie den Dank von Pan Tiralla ganz für sich allein. Sie würde den Zipfel ihres Hemdes nehmen und dem Behexten dreimal damit über die Stirn wischen, dann wich der Zauber von ihm. Und wer weiß, was dann geschah, ob er dann nicht doch die Frau aus dem Hause jagte, die immer so garstig zu ihm war, die sich in einem besonderen Zimmer betteste und ihm die Türe vor der Nase zuschlug?! Ei, sie, die Marianna, würde die Türe nicht zuschlagen. Hatte er denn nicht Knochen wie ein Ochse, war er denn nicht noch ein ganz ansehnlicher Mann? Wenn er auch struppige, schon ergraute Haare hatte und ein wenig wässrige Augen, er konnte noch immer seinen Mann stellen. Und Geld hatte er, ei, so viel Geld! Der Magd klopfte das Herz vor Begehrlichkeit. Alle Leiden in Grabenitz konnte man dafür ausstehen, die in Gnesen auch, und wer weiß, ob nicht sogar die in Posen. Es war ein Jammer, daß diese Frau, diese Hexe einmal all das Geld kriegen würde, wenn er tot war! Einen schielenden Seitenblick, der ihr hübsches, derbes Gesicht häßlich machte, warf die Magd auf ihre Herrin.

Frau Sophia Tiralla stand noch immer und wartete. Als lägen alle Leiden der Welt auf ihr, so schlaff hielt sie die Schultern nach vorn hängen, so tief neigte sie den Kopf. Ihr Mann hatte seine vergeblichen Annäherungsversuche aufgegeben, er stand da wie begossen und blieb in einem verwunderten, vollen Staunen seine schillernden, verschlafenen Augen von der Frau zu der Magd wenden und wieder von der Magd zur Frau.

„Wenn ich nur wüßte, Joschchen," sagte er endlich kleinlaut — „bei Gott, ich habe dir doch nichts in den Weg gelegt! Was ist dir recht für eine Lust über die Leber gelaufen?!"

Die Magd prustete laut heraus. Das kam ihr so unendlich komisch vor, sie konnte sich gar nicht lassen vor Vergnügen: eine Lust, habe, eine Lust! Sie stopfte sich die Faust in den Mund und biß hinein, um ihr Lachen zu unterdrücken.

(Fortsetzung folgt.)

(Vorstehender Abschnitt gehört an den Anfang des zweiten Romans. Durch einen unglücklichen Zufall entkam er dem Setzer.)

2.

Der Hof des Besitzers Tiralla lag weit draußen vom Dorf am Prystup, dem tiefen Grund, bei den großen Mielern. Stattlich war ein stattlicher Hof. Da waren viele in Stallungen, die Frau Tiralla beneidete. Da war doch ein Mädchen [illegible] Tiralla war schon bei guten Jahren gewesen, als er sie geheiratet hatte, und er war ein Witwer dazu mit einem großen Jungen. Leicht mochte das für das junge Ding auch nicht gewesen sein, sagten die, die Frau Tiralla noch wollten. Aber sie hatte sich gut gesichtet, wenigstens wurde Herr Tiralla dick und fett und sagte es allen, die ihn gewarnt hatten, die Siebzehnjährige zu freien, seine Zofia sei das fleißigste Weibchen unter der Sonne, und er fühle sich so wohlig wie die Made im Speck. Und das sagte er noch, jetzt, nachdem sie schon bald fünfzehn Jahre miteinander verheiratet waren. Sie hatte es ihm angetan. Ihre grünen Augen, die wie dunkler Saint aus dem weißen Gesicht glänzten, führten ihn am Narrenseil; er konnte ihr nicht böse sein, wenn sie ihn oft auch noch so sehr kränkte. Und wenn er's recht überlegte: war's denn nicht am Ende gerade schön, daß sie so sprödo und zurückhaltend war? Weiber, die sich ihm an den Hals warfen, hatte der Besitzer von Starybwór genug in seinem Leben kennen gelernt; selbst seiner ersten Frau, der verstorbenen Hanusia, konnte er nicht gleiche Spröddheit nachrühmen.

Und hübsch war seine Zofia! Es schmeichelte dem Alternden gewaltig, daß man niemals nur von ihr als von „Frau Tiralla" sprach, sondern immer nur von der „schönen Frau Tiralla". Wenn er mit ihr durch Grabenitz fuhr — er auf dem Vordersitz, sie hinten in der Britschka mit Schleier und Federboa — staunte alles, was auf der Gasse war. Aber selbst in Gnesen stürzten die Herren Offiziere, die im Hotel zu Mittag speisten, ans Fenster und drängelten sich und machten lange Hälse, nur um die schöne Frau Tiralla vorbeifahren zu sehen. Dann freilich Herr Tiralla mit der Peitsche und fühlte sich sehr stolz; die mochten ihn mal beneiden! Die wußten es ja nicht — kein Mensch wußte es — daß er manchen Abend, wenn er sich ihr nähern wollte, einen Stoß vor die Brust erhielt, so kräftig, daß man ihn der zarten Frau nimmermehr zugetraut hätte. Seine Zofia war nun einmal nicht für die Zärtlichkeit, damit tröstete er sich. Sie war aber doch eine liebe Frau, eine schöne Frau, ein herziges Weibchen, von dessen Hand ihm das Essen noch einmal so gut mundete und noch einmal so gut bekam. Und schön war sie noch wie am ersten Tag. Schöner vielleicht jetzt in den Dreißigen als damals, wo sie noch gar so dünn, gar so klein war, keine hundert Pfund schwer, so leicht, zum Auf-der-Hand-tragen!

Er hätte sie gern behängt, bunt und auffallend wie ein Schlittenpferd, aber sie hatte den Geschmack wie eine Dame. Das kam daher: sie hatte Bildung. Sie sprach deutsch, daß es nur so floß, und konnte es auch schreiben, ohne einen einzigen Fehler. Sie konnte ganze lange Gedichte auswendig; sie wußte von Berlin zu reden, obgleich sie noch niemals dort gewesen war. Und das imponierte Herrn Tiralla gewaltig. Gnesen und Posen und Breslau waren gar auch große Städte, aber Berlin, Berlin! Herr Tiralla staunte seine Frau an. Er selber kam sich ihr gegenüber sehr unwissend vor, obgleich er seinerzeit die Ackerbauschule zu Samter besucht und ganz gut verstanden hatte, aus seinen vom Vater ererbten fünfhundert Morgen etwas herauszuwirtschaften. Die Kinder, der Sohn aus erster Ehe, und dann die kleine Zofia, brauchten einmal nicht ihr Brot bei fremden Leuten zu verdienen; der sollen aber würde seine geliebte Zofia, wenn er vor ihr sterben sollte. Sichergestellt sein. Er hatte, wie er es vor der Hochzeit der Mutter, der Schwiegermutter, angeschworen hatte, bald nach der Hochzeit einen letzten Willen zu ihren Gunsten gerichtlich aufgesetzt.

Fortsetzung folgt.

Umschau

Goethe über Volks- und Kinderlieder

Ein bisher ungedrucktes Aufsatz des Dichters

In der siebten Abteilung des 42. Bandes der weimarischen Goethe-Ausgabe, der jüngst veröffentlicht worden ist, befindet sich auf S. 457 ff. ein vom 20. Januar 1826 datierter, kleiner, bisher unbekannter Aufsatz Goethes, den er diktiert hatte. Er trägt die Überschrift: „Ueber Volks- und Kinderlieder" und gehört möglicherweise zur Besprechung eines gleichzeitigen Aufsatzes, dessen Verfasser unbekannt ist. Er lautet:

„In dem Aufsatze von den Volksliedern sagt er billig die Kinderlieder, deren wir auch aus früherer Zeit einiges nachzusingen können: In Frankfurt a. M. war zu Fastnacht Mode, daß junge Weiber alt aussehen mußten. Die Kleidung, Mieder und Röcke, [illegible] Tiralla [illegible] Tische [illegible] Kette bewegend, sangen sie:

Hopsa! hopsa! nur
Die Hexennacht geht aus.
Kratzen in dem Hinterhaus
Hängen Hexenkleider heraus.
Geht und die langen,
Seht die langen Hengen an.

und wie es weiter heißen und reimen sollte. Mädchen zu beschreiben, so sangen sie heiter und lebhaft:

Glück schlag ins Haus,
Kommt' plötzlich hinaus.

Sieht man sie unerhört haben aber wird man sie unmutig ob, so schreiben sie unter unerschütterlichem Gesichte:

Blitz schlag ins Haus,
Kommt' unversehens heraus.

Auf alle Fälle bestellten sie nichts, sie bestellten nur; Geld erwarteten sie nicht, Kinder und Frauen aber reichen ihnen gern von überflüssigem Semmeln und Backwerk ihren Theil, wenn sie Partieen nur nicht so schnell hintereinander kommen.

Aus dieser napoleonischen Epoche erinnere ich mich noch noch des bekannten Sterns, der von Kind zu Epiphanias von Knaben herumgetragen, gleichfalls bettelnden Knaben zum Vorwand zu dienen pflegte und wovon man nur noch in Gemälden und Kupfern der Biedermeier noch das Gedächtniß übrig bleibt. Jener anfrommte Anfang des Liedes:

„Die heiligen drey Königs' mit ihrem Stern,
Sie essen, trinken und bezahlen nicht gern.

wird nur dadurch heiter und erträglich, wenn man sich diese wunderlich Gäste mit Papierkronen und Sternen bekrönt mit geschwärzten Gesichtern denkt. Sie wünschten zu essen und zu trinken und hätten die Bezahlung dafür noch ebendrein gern mitgenommen.

Ein drittes unserer Gebräuche, der sich auch den fränkischen Zellen herschreibt, die Johannisfeuer nämlich, erhält sich noch auf den Bergen von Jena. Besonders lassen in der Stadt die unbeständigen, immer fertigen bierspitzenden Knaben das Recht nicht nehmen, dringend und wohl ungestüm alle Leben und sonstigen Ereignisse von den Bergen zu heißen, sowohl sie denn zu Nacht auf dem Hausberg gar mancherlei, bewegliche und oft in einem großen Kommentzung sich endigende Feuer sehen lassen. Nicht immer, sondern mit Anfang sollen sie jene Ruhe fordern, und dazu war das Liedchen bestimmt:

Johannisfeuer sey gemacht,
Die Feinde die verlassen;
Jahrs werden immer Kampf gefeht
Und Jungens immer gebeten.

Weimar, den 20. Januar 1826."

Theater

Neue Beleuchtungseffekte. Dr. H. Kunze-Erfurt schreibt in der Umschau (Herausg. Dr. Bechhold, Frankfurt a. M.): In der Beleuchtungstechnik der Bühnentechnik läßt man wohl die mannigfaltigsten Effekte machen; in bezug auf Verbesserung hat man indessen noch wenig gelernt, gewisse physikalische Vorgänge auszubeuten, wie sie die moderne Technik brauchbar gemacht hat, um sie auch viel mehr realistisch verwendbar zu machen. Wenn auch manche dieser Beleuchtungseffekten nicht gerade wichtig zu sein pflegen, so ist es andererseits nicht Tatsache, daß große Bühnen im Betrieb nicht entbehrlich zu sein pflegen, wenn nur der mitunter sehr nötige Effekt erreicht wird.

Es gibt Fälle, wo z. B. die Zuleitung elektrischen Stromes Schwierigkeiten bereitet, wenn etwa ein Darsteller, auf irgend Bahn beweglich, einen leuchtenden Gegenstand tragen soll. Hier hilft man sich mit Akkumulatoren und Taschenbatterien zu helfen. Nicht schwierig würde es sein, in solchen Fällen, z. B. elektrische Wellen herzugeben. Man müßte ein homogenes elektrisches Feld auf einen bestimmten Teil der Bühne richten, welches die geeigneten Beleuchtungskörper zum Strahlen bringt. Indem man eine solche Anordnung nach Belieben Vorgang tritt, und auf zwei gegenüberliegenden Stellen genügend große Metallplatten anbringt, zwischen denen im geeigneten Zustande die elektrischen Kraftschwingungen übergehen, kann man den nötigen Bedingungen leicht entsprechen. Eine Gefahr entsteht hierbei für niemand.

Es gibt aber noch eine andere Art, um mittelst eigenartiger physikalischer Vorgänge überraschende Lichteffekte zu erzielen, auf welche ich hierdurch die Aufmerksamkeit lenken möchte.

Zahlreiche Stoffe haben die Eigenschaftlichkeit, unter dem Einfluß gewisser, mitunter unsichtbarer Strahlen, hell aufzuleuchten. Die Farbe spielt hierbei keine eine Rolle, da es so viele derartige Substanzen gibt, um die mannigfachsten Schattierungen erzielen zu können. Ihr Ton ist ein eigenartig glänzender, als ob das Licht von dem gefärbten Gegenstand ausginge. Dieser läßt sich dementsprechend behandeln, daß er bei gewöhnlicher, allgemeiner Beleuchtung seine Färbung zu erkennen gibt. Es pflegt erst an, wenn er von den besonderen Strahlen getroffen wird.

Nun lassen sich nicht nur Dekorationsstücke, Kulissen usw., sondern auch Kostüme, wie Hose und Gehrock, wie leicht mit diesen eigenartigen Stoffen, mitt als Fahne, mitt als Schleife anfertigen. In dem sonnigen Augenblick kann man dann nicht nur lyrische Töne, sondern einen Darsteller in seiner ganzen Person vor sich sehen, der Zeichnung verleihen. Solche Kleider werden ebenso wie das Gesicht mit einer entsprechenden Behandlung versehen, welche erst dann hervortritt. Bei unseren Versuchen gelang es so, daß gewöhnliche

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19080325/8
gefördert von der
Deutschen Forschungsgemeinschaft
DFG

2. Beilage der Sächsischen Arbeiter-Zeitung.

Nr. 70. | Dresden, Mittwoch den 25. März 1908. | 19. Jahrgang.

Sächsischer Landtag.

II. Kammer.

86. Sitzung vom 24. März.

Tagesordnung: Weiterberatung der Anträge über die Reform der Volksschule.

Kultusminister Dr. **Beck**: Der Abg. Goldstein hat sich gestern mit meinen Ausführungen beschäftigt, und da hat er nicht viel gesagt. Er hat aber wohl nicht ein Mitglied des Hauses für seine Ansichten gewonnen. Seine Bemerkung: ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück, ist wohl ein guter Witz, sie ist aber nicht zutreffend. Wenn er gesagt habe, daß das Kind des armen Mannes nicht in der Lage sei, beim jetzigen Schulsystem seine Naturanlagen zum Allgemeinheit nutzbar zu machen, so seien die Tatsachen auf den Kopf gestellt, denn auf allen höheren Schulen seien so viel Freistellen, daß der Sohn des kleinen Mannes sein Studium vollenden könne. Die Anschuldigungen des Abg. Goldstein widersprechen auch oft durchaus nicht den Tatsachen. Was die Fälle anbelangt, die Abg. Goldstein angeführt hat, so ist auf den ersten Fall, in dem eine Lehrerin in der Schule bei dem Liede: Nun danket alle Gott! etwas über die Geburt erzählt habe, folgendes zu erwidern: Ein Kind erzählte zu Hause, die Lehrerin habe erzählt, sie sei im Nordseebade von Männern an den Beinen gefaßt worden, die Lehrerin habe auch gefragt, wo die kleinen Kinder herkommen. Es hat sich bei der genauen Untersuchung ergeben, daß der erste Fall unrichtig war, andererseits aber hat die Lehrerin über die Vorgänge bei der Geburt den Hinweis darauf, wie Kätzchen auf die Welt kommen, einiges gesagt. Sie hat daraufhin einen Verweis erhalten. In der Sache stimme ich dem Abg. Goldstein darin zu, daß die Kinder über geschlechtliche Dinge unterrichtet werden müssen. Es kommt aber darauf an, wie das zu geschehen hat. In erster Linie ist das Aufgabe der Eltern. Ob es aber richtig ist, die zehn- bis zwölfjährigen Mädchen in dieser Weise aufzuklären, bezweifle ich. Ich gebe aber zu, daß ein Verweis in diesem Falle nicht erforderlich war; ich hätte der Lehrerin durch den Direktor sagen lassen, wie derartige Aufklärung erteilt werden soll, und mich damit begnügt. (Sehr richtig!) Die Frage der **körperlichen Züchtigungen** ist jetzt in fast allen Landtagen erörtert worden. Unter gewissen Umständen ist sie allerdings zulässig. Das beste in diesem Falle ist, das Ehrgefühl der Kinder zu heben, wodurch die Anwendung der körperlichen Züchtigung ohnehin nicht erforderlich werden wird. Ich glaube auch, daß **richtige Lehrer kommen unter normalen Verhältnissen ohne körperliche Züchtigung aus**, er soll **jedenfalls nicht anwenden, wenn schwach begabte Kinder in Frage kommen**, die jedenfalls nicht dafür genommen, wenn ihre Fortschritte ungenügende sind. Ich glaube, daß **eine Klasse die beste ist, die Fortschritte und Disziplin ohne Anwendung scharfer Strafmittel erzielt.** (Sehr richtig!) Daß körperliche Züchtigungen kurz vor den Osterprüfungen häufig vorkommen, davon ist dem Kultusministerium nichts bekannt. Wäre es richtig, würde wohl schon längst darüber Beschwerde eingelaufen sein. Bezüglich der Ferien kann ich schon jetzt erklären, daß darin bald Einheitlichkeit herbeigeführt werden soll. Der Redner sagt dann noch Reformen für den Seminarunterricht zu und bemerkt, daß bisher zwischen ihm und dem Abg. Hettner in der Hauptsache nur noch Differenzen über die Frage der Beaufsichtigung des Religionsunterrichts beständen, die Regierung nach wie vor der Kirche übertragen wolle.

Vizepräsident **Opitz** polemisiert gegen die Ausführungen der Abgg. Günther und Hettner und behauptet, die Konservativen hätten stets Wohl der Volksschulen immer im Auge gehabt. Jetzt seien die Verhältnisse aber nicht derartig, daß eine Reform des gesamten Volksschulwesens erforderlich sei. Es würde genügen, den Anforderungen des Antrags Hettner zu entsprechen, nämlich die Volksschulen den Anforderungen der Zeitverhältnisse anzupassen, einige Vorschriften des Volksschulgesetzes zu ändern. Wenn man den Abg. Günther höre, könnte man meinen, daß die Lehrer Staatsbeamter zweiter Klasse seien. Bei näherer Betrachtung hat sich die Behauptung darauf reduziert, daß die Lehrer nicht zu Schöffen und Geschworenen herangezogen werden dürfen. Ich bin aber in dieser Frage auch der Ansicht des Abg. Günther, daß man diese Einschränkung fallen lassen sollte. Uebrigens weise ich darauf hin, daß auch Rechtsanwälte und Richter nicht zum Geschworenendienst herangezogen werden. Es könnte also deshalb nicht von einer Ausnahmestellung oder Zurücksetzung der Lehrer die Rede sein. Nun zur Reform des Religionsunterrichts. Wenn man nur die Einschränkung des Memorierstoffes anstreben wollte, wären keine Bedenken zu hegen. Aber es ist doch bekannt, daß man auf manchen Seiten noch weitergehen und den Religionsunterricht einschränken oder grundsätzlich umändern wollte. Es bedauere sehr, daß in einer Denkschrift des sächsischen Lehrervereins, die uns überreicht worden ist, diese Bestrebungen in gewissem Sinne unterstützt werden. Es heißt darin, der Religionsunterricht könne nur dann wieder seine Aufgabe erfüllen, wenn er seines dogmatischen Charakters entkleidet werde. (Sehr richtig!) Weiter heißt es, unter Berufung auf Kant, daß es nur eine Wahrheit gebe. Ich verweise nur darauf, daß Kant selbst zugegeben hat, daß die Philosophie zur Lösung der letzten Fragen über das Leben und Werden nur sehr wenig beigetragen. Das war vor 100 Jahren, seitdem ist ein Schock neuer philosophischer Systeme entstanden, aber die Versuche, die Wahrheit zu ergründen auf philosophischem Wege, sind immer verworrener geworden. Ich verweise nur darauf, daß es der seit Jahrtausenden aufgewandten philosophischen Forschung nicht gelungen ist, ein dauerndes Sittengesetz aufzustellen. Angesichts dieser vergeblichen Versuche, eine Lösung der großen Fragen auf philosophischem Wege zu erzielen, werden wir nach wie vor uns auf den Boden des christlichen Dogmas stellen und versuchen müssen, eine Erziehung unserer Kinder auf diesem Boden zu erreichen. (Beifall rechts.)

Abg. **Dürr** (freikons.): Die Frage der Schulreform wäre allerdings bis zu einem gewissen Grade eine finanzielle Frage. Aber man müsse auch an diese Seite der Sache herangetreten werden. Die seitherigen Zuwendungen des Staates seien teilweise veraltet, jetzt nicht ausreichend. Der Redner tritt im übrigen für Festlegung der Ferien und eine Höhersetzung des Zieles bei der Seminarbildung ein.

Abg. **Pfau** (natl.): Man werde es verstehen, daß er als Angehöriger des Lehrerstandes zu dieser Frage das Wort nehme. Er selbst habe ja auch seit Jahren für die Bestrebungen gekämpft, die in dem Antrage seiner Partei zum Ausdruck gekommen seien. Er könne sich daher auch mit dem Abg. Opitz nicht allenthalben einverstanden erklären. Die Lehrer hätten einen langen, schweren Kampf um Anerkennung ihrer Bestrebungen führen müssen, zum Teil gegen eine dogmatische Weltanschauung. Seine politischen Freunde, die Nationalliberalen, hätten die Bestrebungen der Lehrer ja von jeher unterstützt. Das habe sich auch bei diesen Verhandlungen wieder gezeigt. Aber auch dem Abg. Günther sei er Dank schuldig für sein Eintreten für die Lehrerbestrebungen. Der Abg. Goldstein habe sich auch für die Schule und die Lehrer ins Zeug gelegt; aber es bestehe doch ein Unterschied zwischen dem Auftreten der bürgerlichen Lehrer und dem des Abg. Goldstein: Wir wollen eine Reform des Volksschulwesens im Interesse der Kinder und des Vaterlandes, die Sozialdemokratie will eine Schulumwälzung weniger im Interesse des Unterrichts als im Interesse ihrer politischen Weltanschauung und zur Förderung ihrer Parteizwecke. Es hat sich der Abg. Goldstein auch für die Abschaffung der Prügelstrafe verwendet. - Wir Lehrer sind keine Freunde der Prügelstrafe, aber wir wollen uns das Recht, **einmal den Stock zu gebrauchen, nicht nehmen lassen.** Sie werden zugeben, daß es Fälle gibt, wo der Stock am Platze ist. Wenn der Abg. Goldstein Schulmeister wäre, würde er wohl auch gelegentlich zum Stocke greifen. (Abg. **Goldstein**: Ja, für Sie. — Große Heiterkeit. — **Präsident**: Der Zuruf war ungehörig.)

Der Redner bespricht dann einzelne Wünsche der Lehrer. Vor allem sei auch eine Aenderung des Disziplinarverfahrens gegen die Lehrer erforderlich, wobei sich die Lehrer nicht verteidigen könnten. Die Haltung des Kultusministers hätte wenig befriedigt. Durch seine heutigen Ausführungen seien zwar die Schatten an verschiedenen Stellen etwas gewichen, aber es bleibe doch noch sehr viel Schatten übrig. Das gelte auch von der Stellung des Ministers zur Ortsschulaufsicht. Es sei ein lang gehegter Wunsch, endlich von der Aufsicht der Kirche befreit zu werden. Er halte die Ortsschulaufsicht überhaupt für veraltet und zum Teil für unmündig. Vor allem aber solle man die Lehrer endlich von einer Aufsicht befreien, die von Nichtfachmännern ausgeübt werde. Der Minister habe gesagt, der Geistliche solle der Vertrauensmann der Schule sein, halte man denn die Lehrer für so unmündig, daß man ihnen einen solchen Vertrauensmann zur Seite geben müsse? Es sei auch nicht richtig, daß häufig allzujunge Lehrer allein auf dem Dorfe wirkten. Die jüngsten Lehrer würden aber als Hilfslehrer angestellt. Wo ein solcher vorhanden sei, wirke ausnahmslos ein älterer Lehrer, dem dann der junge unterstellt sei.

Der Redner tritt sodann für Beseitigung der geistlichen Aufsicht über den Religionsunterricht ein. Davon wolle die Regierung leider nichts wissen, obwohl sich auch auf der Landessynode verschiedene Redner für Beseitigung der geistlichen Aufsicht über den Religionsunterricht ausgesprochen hätten. In Sachsen-Meiningen habe man damit auch vollständig aufgeräumt. Man habe gegen die nichtgeistliche Aufsicht über den Religionsunterricht eingewandt, es gebe jetzt moderne radikale Richtungen unter den Lehrern, durch die der Religionsunterricht beeinträchtigt werden könnte. Als gäbe es diese Richtung nicht auch unter den jüngeren Theologen? Wie nun, wenn ein solcher die Aufsicht über den Religionsunterricht ausübe. Er stehe mit seinen Parteifreunden auf dem Standpunkte, daß der Religionsunterricht der Schule verbleiben müsse; den Standpunkt des Abg. Goldstein, Religion müsse Privatsache sein, teile kein Lehrer. Was in der Denkschrift der Lehrer stehe und von dem Abg. Opitz angefochten worden sei, müsse er vollständig unterschreiben. Gerade der dogmatische Unterricht sei das größte Hindernis für einen Erfolg in der Religionsstunde. Vor allem sei es nötig, den Memorierstoff beim Unterricht einzuschränken. Dadurch befreie man die Kinder von einer schweren Last, die für die Religion ohne Bedeutung sei, die aber auch viel Zeit wegnehme zum Schaden des anderen Unterrichts. Sodann äußert der Redner verschiedene Wünsche für die Ausbildung der Lehrer auf den Seminaren. Der Minister habe sich gestern auf Dittes berufen; er könne nur wünschen, daß in das Kultusministerium bald der Geist Dittes einziehen möge.

Abg. **Hähnel** (kons.) ist entrüstet darüber, daß der Vorredner nur die nationalliberale Partei als diejenige bezeichnet habe, die die Volksschule gefördert und Lehrerwünsche berücksichtigt habe. Er glaube behaupten zu können, daß auch die konservative Partei jederzeit bereit gewesen sei, die Volksschule vorwärts zu bringen. Was die Einheitsschule betreffe, so könne er nur sagen, daß seine eigenen Kinder die einfache Dorfschule besucht hätten solange es gegangen sei und daß er mit dem Unterrichtserfolg sehr zufrieden sei. Er habe aber von den Ausführungen des Abg. Hettner den Eindruck erhalten, als habe er die einfachen Volksschulen auf dem Lande herabsetzen wollen. Der Antrag sei eine Generalbeschwerde gegen unser Volksschulwesen im allgemeinen gewesen; er solle deshalb auch richtig an die Beschwerde-Deputation verwiesen werden. Er trete vor allem für Beibehaltung der jetzigen Einteilung der Volksschulen in drei Stufen ein; die Einheitsschule würde geradezu ein Unglück sein. Denn es würden die weniger Befähigten das ganze Niveau der Schule herabdrücken. Es überrasche ihn nicht, daß die vorliegenden Anträge die gekennzeichneten Forderungen enthalten, denn die Antragsteller wohnten ja, mit wenig Ausnahmen, in großen oder mittleren Städten; es müßten doch aber die Verhältnisse auf dem Lande auch berücksichtigt werden. Den Bedürfnissen auf dem Lande würde man durch solche Anträge nicht gerecht. Man hat die Sache so dargestellt, als wenn die finanzielle Frage bei dieser Sache gar keine Rolle spielen könnte. Ich muß aber vor allem fragen, wo soll das Geld bei den kleinen Gemeinden herkommen. Im Staate aber haben wir so hohe neue Ausgaben in Aussicht, daß man Mittel dazu nicht verfügbar hat. Man kann sich doch nicht auf den Standpunkt stellen, wir wirtschaften darauf los, ohne Rücksicht darauf, wo es herkommt. (Zuruf links: Das wollen wir auch nicht.)

Gegen die Bestrebungen, die Ausbildung in den Seminaren höher zu schrauben, muß ich mich ebenfalls wenden. Ich habe immer auf dem Standpunkt gestanden, daß es ermöglicht werden muß, auch den ärmsten der befähigten Jungen in den Lehrerstand aufzunehmen. Wenn man jetzt ein siebentes Seminarjahr einführen will, sperrt man damit den Kindern der ärmeren Klassen den Weg zum Seminar immer mehr und macht den Zutritt zum Lehrerstande immer mehr zu **einem Privilegium der Geldprotzen.** — Bezüglich der geistlichen Ortsschulaufsicht solle man nicht glauben, daß die Pfarrer so versessen darauf seien. Viele Pfarrer hätten die Aufsicht dem Gemeindevorstand übertragen, um mit dem Lehrer in Frieden zu leben. Seine Partei stehe auch auf dem Standpunkte, daß das Volksschulgesetz einer Revision unterzogen werden solle. Zum Schluß wolle er aber nochmals betonen, daß die Frage doch zum Teil eine finanzielle sei. Er habe heute erst in einer Bezirksausschußsitzung der Feststellung beigewohnt, daß in einer Gemeinde der **siebenfache Betrag der Staatssteuer für die Schule aufgewendet werden müsse.** Die Herabsetzung der Klassenfrequenz sei insbesondere auf dem Lande nicht leicht. Man könnte doch nicht immer eine neue Klasse einrichten, wenn die Höchstzahl von 60 Kindern überschritten werde, während man voraussichtlich mit einer Abnahme der Kinder in den nächsten Jahren rechnen müsse. Er betone nochmals, die Revision des Volksschulgesetzes sei nötig, aber man müsse der Frage mit aller Vorsicht näher treten.

Abg. **Grube** (natl.): Die Schule berücksichtige heute das praktische Leben zu wenig. Bei dem Religionsunterricht handelte es sich aber darum, das Gemüt zu bilden. Dazu diene das Einpauken des Memorierstoffes und der Gesangbuchverse nicht. Durch den jetzigen Religionsunterricht werde das Ziel, dem man zustrebe, erreicht. Wenn der Minister die Gleichgültigkeit beklagt hat, die in bezug auf die Religion im Volke herrscht, ist das zweifellos in erster Linie auf die veraltete Art des Religionsunterrichts zurückzuführen. Es ist nötig, diesen zu reformieren, dagegen bin ich nicht mit dem Abg. Günther einverstanden, soweit er eine Verminderung der Unterrichtsstunden im Religionsunterricht fordert. Der Redner bespricht im übrigen die bereits erörterten Fragen in nationalliberalem Sinne. Man habe gesagt, daß auch Lehrer eine Beseitigung der Aufsicht über den Unterricht überhaupt forderten. Er hielte es für unmöglich, daß Lehrer solch unerhörte Forderungen aufstellten. Ein Lehrer, der seine Pflicht tue, habe eine Aufsicht nicht zu fürchten.

Kultusminister Dr. **Beck**: Er habe eine bestimmte Stellung zu den Anträgen noch nicht einnehmen können; solange die Erste Kammer dazu noch keine Stellung genommen habe. So eilig sei das Revisionswerk wohl überhaupt nicht, denn selbst nationalliberale Redner hätten betont, daß sich das Volksschulgesetz bewährt habe. Für die Weitererwägung der Sache habe besonders der Abg. Hähnel sehr wertvolle Winke gegeben, die die größte Beachtung verdienten. Sodann polemisiert der Minister gegen den Abg. Pfau, der erst gesagt habe, er (der Minister) habe den blauen Himmel seiner Hoffnungen mit grauen Streifen bedeckt, später ihm aber überschwängliches Lob gezollt.

Abg. **Starke** (Pfarrer, kons.): Er als Vertreter des geistlichen Standes, hätte mit Vorurteilen zu rechnen; er kenne aber das Volksschulwesen schon seit einem Menschenalter, besonders glaube er die Stellung der Geistlichen zu den Lehrern auf dem Lande beurteilen zu können. Es sei vor allem unberechtigt, die Sache so darzustellen, als seien unsere Volksschulen nicht auf der Höhe der Zeit. Wenn ein Mangel bestehe, so sei es vor allem der, daß zu viel getrieben werde und man nicht genug Wert auf Gründlichkeit lege. Die Volksschule müsse versagen, wenn sie überladen, wenn ihr zu viel und zu weitgehende Aufgaben gestellt werden. Bei der Beurteilung der Volksschule ignoriere man in der Regel die Verhältnisse auf dem flachen Lande. Eins schicke sich nicht für alles. Was für die Großstadt gut sei, tauge noch lange nicht für das Land. Gegen eine neue Durcharbeitung des Memorierstoffes und die Einführung einer Schulbibel hätte er nichts einzuwenden; die Religion sollte man der Volksschule erhalten, damit die heranwachsende Jugend Trost im Glauben finden könne. Die geistliche Schulaufsicht sei Gegenstand vieler Angriffe gegen die Geistlichen in der Lehrerpresse gewesen; daher komme es, daß viele Geistliche die Schulaufsicht los sein wollten. Dazu komme, daß die Befugnisse des geistlichen Schulinspektors ungenügend begrenzt seien. Die Geistlichen wehrten sich also nicht dagegen, wenn ihnen die Schulaufsicht abgenommen werde. Dagegen halte er es für unmöglich, den Geistlichen auch die Aufsicht über den Religionsunterricht abzunehmen.

Abg. **Zöphel** (natl.) polemisiert gegen den Abg. Opitz und die Ausführungen Goldsteins. Letzterer habe den Religionsunterricht durch Dinge ersetzen wollen, die niemals ein Ersatz dafür sein könnten. Vom Abg. Opitz sei es ganz falsch, zu sagen, weil uns die Philosophie nicht die absolute Wahrheit gebracht hat, deshalb müsse man am Dogma festhalten. Damit beweise man nicht, daß die Religion die Wahrheit enthalte.

Die Verhandlungen werden ¾10 Uhr vertagt.

Nächste Sitzung Mittwoch 10 Uhr. Tagesordnung: Einige Kapitel des Etats und Fortsetzung der heutigen Beratung.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Rechenschaftsbericht der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands für 1907.

Die Einnahme betrug für das Jahr 1907 rund 575 000 M.; das Mehr gegenüber dem Vorjahr stellt sich — wir runden hier wie bei den folgenden Zahlen ab — auf 77 000 M.; darunter ist eine Mehreinnahme aus Beiträgen im Betrage von 36 000 M. Insgesamt belaufen sich die Beiträge der Gewerkschaften auf 247 000 M. Die Einnahme aus dem Korrespondenzblatt war 3800 M., die aus dem italienischen Gewerkschaftsblatt 12 000 M., die aus dem polnischen 7000 M. Der Bestand am Schlusse des Jahres 1906 bezifferte sich auf 254 000 M. Von den **Ausgaben** entfielen 60 000 M. auf Agitation, 5600 M. auf Generalversammlungen und Konferenzen, 25 000 M. auf den Verlag der Generalkommission, 9700 M. auf Verwaltungskosten, 13 700 M. auf Gehälter, 6000 M. auf Unterrichtskurse, 44 400 M. auf das Korrespondenzblatt, 21 000 M. auf das italienische und 10 000 Mark auf das polnische Gewerkschaftsblatt, 13 400 M. auf das Zentralarbeitersekretariat. Für Streiks und Aussperrungen vereinnahmte die Generalkommission 200 000 M. Den größten Teil davon erhielt der Verband der Tabakarbeiter anläßlich der Aussperrung, nämlich 106 000 M. Den ausgesperrten Hafenarbeitern wurden 23 700 M., dem Streikkomitee der Textilarbeiter in Lodz 29 500 M., den ausgesperrten Schneidern 12 600 M., dem Landessekretariat in Norwegen 10 000 M. und dem in Bulgarien 6000 M. bezahlt. Unter den Einnahmen der Generalkommission ist auch eine Erbschaft gebucht, die der Düsseldorfer Kaufmann Piel im Betrage von 15 000 M. der Generalkommission vermacht hat. Nach Abzug von 1200 M. Erbschaftssteuer ist die Erbschaft ausbezahlt worden. Ueber die Verwendung dieser Erbschaft hat man noch keinen Beschluß gefaßt.

Lokales.

Zur Situation im Baugewerbe.

Nun haben auch die **Dresdner Bauhilfsarbeiter** ihr Urteil über den Mustertarif des Arbeitgeberbundes gesprochen. Nachdem bereits die Maurer und Zimmerer einmütig den Vertrag in der vorliegenden Form abgelehnt haben, nahmen nun auch die Bauhilfsarbeiter in einer am Sonntag vormittag im Trianon abgehaltenen, von zirka 1500 Personen besuchten Versammlung Stellung zu dem Ergebnis der bisherigen Verhandlungen mit den Arbeitgebern.

Kollege **Kittner** erstattete den Bericht der Lohnkommission über die in der letzten Zeit mit den hiesigen Arbeitgebern gepflogenen Verhandlungen über den neuen Tarif. Auch er konnte nur mitteilen, daß die Verhandlungen **resultatlos** verlaufen sind, weil die Arbeitgeber **nicht ein Jota Entgegenkommen** gezeigt haben. Er ging dann des näheren auf den Verlauf der letzten Verhandlungen ein, über die ja schon an dieser Stelle eingehend berichtet worden ist. Nach Lage der ganzen Situation fühlt sich Redner in der Annahme bestärkt, daß die hiesigen Arbeitgeber die Verhandlungen zu einem **Komödienspiel** herabgewürdigt haben. Sie, die Arbeitgeber, haben immer noch mit der Lohnkommission verhandelt, obgleich in einem vorher bereits zur Versendung gelangten Geheimzirkular die Absicht der Arbeitgeber so gut wie besiegelt war. Nachdem dann nach längeren Verhandlungen eine Einigung nicht zu erzielen war, weil die Arbeitgeber nicht einen Schritt von dem Mustertarif abzuweichen gewillt waren, hat die Lohnkommission mit Rücksicht und im Interesse der gesamten Arbeiterschaft im Baugewerbe den Vertrag in dieser Form für unannehmbar erklärt. Nun, Kollegen, ist es an euch, zu erklären, ob die Kommission recht gehandelt hat und ob ihr gewillt seid dem Mustervertrag eure Zustimmung zu geben. **Baumeister Noack** hat erklärt, nicht die Arbeiterschaft, sondern nur die Lohnkommission stelle sich auf diesen ablehnenden Standpunkt. Darauf wurde dann auch Baumeister Noack aufgefordert in die Versammlungen der Arbeiter zu kommen und dort seinen Standpunkt zu präzisieren. Er hat dies ja dann auch in der Maurerversammlung getan, wo er jedoch eines Besseren belehrt wurde. Auf eine Einladung zur Bauhilfsarbeiterversammlung

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19080325/9 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

hat Baumeister Noack geantwortet, daß er nicht kommen werde, weil es ja doch aussichtslos sei, die Arbeiterschaft zur Annahme des Mustertarifs zu bewegen. (Beifall).

An die Ausführungen des Kollegen Kittner knüpfte sich eine lange Debatte, während welcher von allen Rednern der Tarif für unannehmbar erklärt wurde. Auch hier wurden die Ausführungen der Baumeister Noack in der Maurerversammlung einer eingehenden und scharfen Kritik unterzogen.

Gauleiter Hartmann ging dann in längeren Ausführungen auf die Situation ein und bedauerte die Abwesenheit des Baumeisters Noack. Auch er kritisierte die Ausführungen des letzteren in der Maurerversammlung und nagelte dann die einseitige Berichterstattung des Dresdner Anzeigers über die Maurerversammlung fest. Er wies an einer Reihe von Tatsachen nach, daß die Arbeiterschaft es nicht auf einen Kampf abgesehen habe und einen solchen auch gar nicht wolle. Wenn es aber zu einem Kampfe kommt, dann ist er der Arbeiterschaft aufgezwungen worden und die Unternehmer haben die Verantwortung für einen so folgenschweren Kampf zu tragen. Er richtet dann an die Anwesenden die Aufforderung, in dem kommenden Kampfe einmütig zusammenzustehen und auszuharren, nur daran werden die Aussperrungsgelüste der Unternehmer zerschellen. (Stürmischer Beifall.)

Es hatten sich noch 7 Redner zum Wort gemeldet, aber ein inzwischen eingebrachter Antrag auf Schluß der Debatte wurde angenommen.

Der Versammlung wurde folgende Resolution vorgelegt:

„Die heute am 22. März im Trianon tagende Versammlung der Dresdner Bauhilfsarbeiter kann den Mustertarif des Arbeitgeberverbandes nicht annehmen, weil dieser Tarif eine Lohnkürzung bedeuten würde, bei der jetzigen Teuerung aber eine Lohnerhöhung gerechtfertigt ist. Die Versammlung beauftragt die Lohnkommission, wenn eine Einigung zwischen den Parteien unmöglich erscheint, das in Dresden bestehende Einigungsamt anzurufen."

Nachdem der Vorsitzende die Resolution begründet, indem er ausführte, daß das Einigungsamt angerufen werden soll, um nichts unversucht zu lassen, was wohl doch noch zu einer Verständigung führen könnte, wurde dieselbe einstimmig angenommen und damit der Mustertarif einmütig abgelehnt. — Handeln die Arbeitgeber nach den Berliner Scharfmacherbeschlüssen, dann kommt es also am 1. April in Dresden zu einer Aussperrung.

Eine Lohnbewegung der Dresdner Bäckergesellen in Sicht!

Die hiesigen Bäckergesellen hielten am Dienstag nachmittag im Tivoli eine außerordentlich stark besuchte Versammlung ab, die einstimmig beschloß, mit allen gesetzlichen Mitteln zu versuchen, in diesem Frühjahr bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erringen. Ueber den Verlauf der Versammlung geben wir nachstehenden ausführlichen Bericht:

Kollege Reimann referierte über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Dresdner Bäckergehilfen und wichtige statistische Erhebungen. Er führte u. a. aus: Als 1902 die ersten statistischen Erhebungen über die Lage der Dresdner Bäckergehilfen angestellt wurden, ergab sich ein äußerst betrübendes Bild. Die Verhältnisse sind seitdem nur zum Teil und nur um ein geringes besser geworden. Seit 1905 gibt es in Dresden eine kleinere Anzahl tariftreuer Bäckereien. Infolgedessen ist in einer Versammlung im Dezember 1907 der Beschluß gefaßt worden, den Tarif aufzukündigen. Wenn man im vorigen Jahre nicht schon dazu gekommen ist, so hat dies daran gelegen, daß unter der Gehilfenschaft eine gewisse Gleichgültigkeit Platz gegriffen hatte. Im Plauenschen Grunde ist in drei Vierteln aller Bäckereien nicht nur der Kost- und Logiszwang beseitigt, sondern auch eine elfstündige Arbeitszeit — nach den Innungsbestimmungen ist eine zwölfstündige zugelassen —, ein Minimallohn von 22 M. und eine 18stündige ununterbrochene Ruhezeit alle 14 Tage erreicht worden. Warum sollte dies nicht auch in Dresden möglich sein? Wir haben allerdings mit einer besonderen hypokolonialen Einsichtnis der Dresdner Bäckermeister nicht zu rechnen. Diese sind vielmehr der Ansicht, daß durch eine möglichst lange Arbeitszeit dem Handwerk der goldene Boden erhalten bleibt. Den Bäckergesellen bietet sich fast gar keine Möglichkeit, mit anderen Arbeitern zusammenzukommen. Auf Grund dessen müssen wir dazu kommen, daß das Kost- und Logiswesen gänzlich beseitigt, der Lohn aufgebessert, die Arbeitszeit verkürzt und ein Ruhetag eingeführt wird. Was die statistischen Erhebungen festgestellt haben, müsse als ein Schandfleck im Gewerbe bezeichnet werden. Nach den eingegangenen Fragebogen wurden in 279 Bäckereien 482 Gesellen und 214 Lehrlinge beschäftigt. Von den Gesellen waren 79 verheiratet. Zieht man die Großbäckereien und tariftreuen Bäckereien ab, so wird das Verhältnis der Verheirateten zu den Unverheirateten noch ungünstiger. Während in den tariftreuen Bäckereien 68 verheiratete und 63 ledige Gesellen beschäftigt wurden, waren in den übrigen Bäckereien 359 Gesellen tätig, und davon waren nur 11 verheiratet, das sind 3,11 Prozent. Dasselbe Bild bietet sich, wenn man das Alter der Gesellen ansieht. Von den Gehilfen, die in Kost und Logis stehen, waren diese in 10 Fällen 17, in 51 Fällen 18, in 64 Fällen 19, in 52 Fällen 20 Jahre alt, dagegen 15 nur über 30 Jahre alt. Diese Zahlen bestätigen, daß es Tatsache ist, daß die Kollegen für das Bäckerhandwerk verloren sind, wenn sie die Mittelmäßigkeit hinter sich haben. Sie müssen dann ihrem Berufe Valet sagen und sich in anderen Berufen kümmerlich durchs Leben schlagen. Kein Wunder, daß die anderen Arbeiter in dem Bäckergesellen den Lohndrücker sehen. Das ist aber in unseren Verhältnissen begründet, man braucht ja nur auf die Lehrlingszüchterei zu verweisen. Der Bäckerverband Saxonia berichtete im Vorjahre, daß die ihm angehörenden Bäckermeister — im ganzen 7324 — 5000 Gesellen und 4927 Lehrlinge beschäftigten. Das bedeutet, daß die Zahl der Gesellen alle 3½ Jahre durch Neuausgelernte ersetzt wird. Im Dresdner Bezirk liegen die Verhältnisse wohl etwas günstiger, immerhin kommen auch hier auf 1114 Gesellen 560 Lehrlinge. Letzte Ostern wurden 201 Lehrlinge aufgenommen und 207 losgesprochen. Auch hier verdoppelt sich alle 5½ Jahre die Zahl der Gehilfen. Allerdings kommt man immer mit der Behauptung, daß sich die Gesellen ja selbständig machen können. Nun, wenn sich alle Gesellen selbständig machen wollten, hätten wir in Kürze in jedem Dresdner Hause einen Bäckerladen. Wir haben aber auch gar kein Interesse an der Vermehrung der kleinen Betriebe, bei denen sich fast stets eine mangelhafte Bezahlung neben dem Kost- und Logiszwang findet. Trotzdem hat sich im letzten Jahre die Zahl der Bäckereien in Dresden um 70 vermehrt, eine Zahl, die in keinem Verhältnis zur Bevölkerungszunahme steht. Was die Arbeitszeit und Sonntagsruhe anbelangt, so haben die statistischen Erhebungen ergeben, daß rund 50 Prozent aller Betriebe länger als 12 Stunden, vereinzelt sogar 15 bis 17 Stunden arbeiten. Bei 50 Lehrlingen wurde eine längere Arbeitszeit als die gesetzliche festgestellt. 22 Prozent aller befragten Bäckereien hielten die Bestimmungen über die Sonntagsruhe überhaupt nicht ein, genau noch dasselbe Resultat wie 1902. Redner erkennt an, daß Gewerbeinspektion und Wohlfahrtspolizei sich die größtmöglichste Mühe geben, hier Wandel zu schaffen, daß ihnen aber die erdenklichsten Schwierigkeiten bereitet würden nicht nur bei den Meistern, sondern auch bedauerlicherweise zum Teil bei den Gesellen, die aus Furcht nicht den Mut haben, die Wahrheit zu sagen. Interessant ist auch die Statistik hinsichtlich der freien Tage im Jahre. Bei der Lohnbewegung 1905 versprachen die Herren vom Innungsvorstande, sie würden in jedem Jahre 3 mal 24 Stunden ihren Gesellen freigeben. In Wirklichkeit sieht es aber ganz anders aus. Nur die Konsumvereine und einige Großbäckereien gewähren den Gesellen im Jahre 58 bezw. 52 freie Tage. Rund 43 Prozent aller Gehilfen erfreuen sich nicht des Genusses eines freien Arbeitstages. Und nicht besser ist es hinsichtlich der Lohnverhältnisse, wie Redner ziffernmäßig darlegte. Neben Kost und Logis ein Wochenlohn von 6 bis 7 M. ist keine Seltenheit. Wie erbärmlich die Lohnverhältnisse trotz der 1905er Lohnbewegung sind, zeigt sich deutlich darin, daß nach der Statistik der Stundenlohn in den nichtbewilligten Bäckereien 25 Pfennig und in den bewilligten Bäckereien 29 Pfennig beträgt. Der Lohn steht in schreiendstem Mißverhältnis zu der Arbeitszeit und deshalb können sich auch die Gehilfen in den tariftreuen Bäckereien nicht damit zufrieden geben. Die Statistik hat sich auch auf die Arbeitsräume, Wohnungsverhältnisse, auf die Beschaffenheit des Essens usw. erstreckt und dabei kann glaubliche Zustände offenbart. Zum weitaus überwiegenden Teile müssen die Gesellen ihre Mahlzeit in der Küche, im Korridor, in der ungeheizten Schlafkammer oder in der Backstube einnehmen, in rund 40 Prozent aller Bäckereien ist die verabreichte Kost schlecht oder mittelmäßig, verschiedentlich werden die Backgeräte im Jahre einmal (!) gereinigt und dergleichen. Jedenfalls zeigt die Statistik, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Dresdner Bäckergesellen verbesserungsbedürftig sind. Wir müssen nicht nur Forderungen in unserm Interesse an die Meister stellen, sondern damit wir unser Gewerbe auch auf eine höhere Stufe bringen und mit den andern Arbeitern gleichen Schritt halten. (Lebhafter Beifall.)

In der anschließenden Debatte pflichteten alle Redner dem Referenten bei, worauf folgende Resolution einstimmig angenommen wurde:

„Die überaus stark besuchte Versammlung der Bäckergesellen stimmt allenthalben den Ausführungen des Referenten zu und erklärt sich mit einer Besserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Gesellen einverstanden; sie verspricht, mit allen gesetzlichen Mitteln, in diesem Frühjahr zu versuchen, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erreichen."

Es wurde dann eine neungliedrige Lohnkommission gewählt und ein Antrag des Kollegen Reimann angenommen, wonach die Kommission alle Maßnahmen treffen soll, die im Interesse der Kollegen angebracht erscheinen.

In der nächsten Versammlung werden dann die Kommissionsbeschlüsse mitgeteilt und die Forderungen an die Meister formuliert werden.

Ein „lukratives" Geschäft.

Wie uns aus zuverlässiger Quelle mitgeteilt wird, hat man bei der famosen gelben „Freien Deutschen Presse" nicht weniger als 60 000 M. verpulvert. Damit die hiesigen gelben Schäflein der Scharfmacher nicht ganz verlassen sind, soll ihnen wöchentlich einmal ein Kopfblatt des „Bund", des von Leblus herausgegebenen gelben Organs in Berlin, serviert werden. — Ein jämmerlicher Abstieg von einer großen Tageszeitung zu einem Wochenblättchen! Gerade so ging es auch den Antisemiten.

Streik in der Mineralwasserfabrik von Dr. Struve.

In der Königlich Sächsischen konzessionierten Mineralwasserfabrik Dr. Struve haben am Montag die dort beschäftigten Arbeiter und Kutscher die Arbeit eingestellt. Die Forderungen, die den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechend niedrige zu nennen sind, wurden von der Firma mit der Begründung abgewiesen, daß der Inhaber, Herr Handelsrichter Dr. Struve, nicht mit der Organisation, sondern nur mit seinen Arbeitern verhandeln wollte. Nachdem nun diesem Herrn die Forderungen von seinen Arbeitern unterbreitet wurden, erklärte Herr Dr. Struve großmütig, daß jeder eine Zulage von 1 M. erhalten sollte, die an diejenigen ausgezahlt würde, die sich noch am 1. September in Arbeit befinden. Was darunter zu verstehen ist, ist wohl jedem denkenden Menschen klar. In einem demnächst erscheinenden Flugblatt sollen die Verhältnisse der Arbeiter bei dieser Firma dem Publikum klargelegt werden.

Eine wichtige Entscheidung.

In dem Artikel: Eine wichtige Entscheidung für Former und Gießereiarbeiter in Nr. 66 der Sächsischen Arbeiter-Zeitung werden wir ersucht, folgendes zu berichtigen:

1. Es ist nicht wahr, daß ich ganz klipp und klar in Pirna auf dem Gewerbegericht erklärt haben soll: Kein einziger Former und Gießereiarbeiter, ganz gleichgültig, aus welchen Umständen, dürfe unter dem vereinbarten Stundenlohn entlohnt werden.

Wahrheit ist, daß der Former Koehler seit drei Monaten bei der Firma Rockstroh u. Schneider Nachf., A.-G., im Akkord beschäftigt gewesen ist und niemals seinen ausgemachten Stundenlohn von 45 Pf. per Stunde erreicht oder ausbezahlt bekommen hat.

Wahrheit ist, daß ich den Stundenlohn von 45 Pf. für falsch und den Leistungen des Formers Koehler für nicht entsprechend erklärte. Wahrheit ist, daß ein Akkordlohn von 32,83 Mark + 1,42 Mark = 34,25 Mark in 114 Stunden nur einem Stundenlohn von 25 Pf. entspricht.

Ich mußte die Firma Rockstroh u. Schneider Nachf., A.-G., schuldig sprechen, weil sie einem minderwertigen Arbeiter von Anbeginn einen seinen Leistungen absolut nicht entsprechenden Stundenlohn zubilligte und weil der Former Koehler bei einem neuen Akkord in seinen letzten 14 Tagen nicht einmal seinen sonst üblichen bescheidenen Akkordverdienst erreichte.

Bei Auflösung des Arbeitsverhältnisses hatte also die beklagte Firma auch die Folgen ihrer falschen Arbeitsschätzung selbst zu tragen, wenn sie nicht, wie es hier am Platze gewesen wäre, sich mit dem Former Koehler in Güte einigen wollte.

2. Es ist nicht wahr, daß ich erklärt haben soll, ich verstehe die Einwendung der Firma nicht, der Stundenlohn des Klägers sei eben ein zu hoher gewesen.

Wahr ist, daß ich den Former Koehler sofort gefragt habe, ob er etwa bei 45 Pf. Stundenlohn täglich 5,50 M. oder in 14 Tagen etwa 66 M. im Akkord verdient hätte.

Wahr ist, daß der Former Koehler mir selbst erklärte, daß er den Stundenlohn von 45 Pf. als seinen Akkordleistungen nicht entsprechend ansehe, daß er sich auch bisher mit einem geringeren Akkordverdienst begnügte und daß er sich auch in dem Streitfall und bei Fortsetzung seiner Arbeit mit einem niedrigeren Stundenlohnsatz, der seinen Akkordleistungen wirklich entspräche, zufriedengegeben haben würde.

Diese unzweideutigen Erklärungen sollen einerseits vor Trugschlüssen warnen und andrerseits zur Vorsicht und ordnungsgemäßen Kontrolle anhalten.

Froelich.

Aus der Umgebung.

Von der Firma Hoesch in Pirna und Heidenau.

Wegen angeblichen Arbeitsmangels haben bei der Firma Hoesch u. Komp., Sulfit-Zellulose-Fabrik, Pirna und Heidenau in letzter Zeit wiederholt Arbeiterentlassungen stattgefunden, wobei man wieder einmal sehen kann, wie das Unternehmertum es versteht, aus der gegenwärtigen Krise für sich noch Nutzen zu ziehen. Besonders auffallend ist die Rücksichtslosigkeit, mit der bei den Entlassungen gegen die alten Arbeiter vorgegangen wird. Arbeiter, die schon viele Jahre lang ihre Arbeitskraft für niedrigen Lohn der Firma abgegeben haben, werden entlassen, weil sie nach Ansicht der Meister nicht mehr zu allen Arbeiten zu gebrauchen sind. Daß aber die Arbeiter durch Ueberanstrengung, infolge der langen Arbeitszeit, oder durch Unfall zum Halbinvaliden geworden sind, darauf glaubt die Firma keine Rücksicht nehmen zu brauchen.

Der angebliche Arbeitsmangel scheint aber nur als Vorwand benutzt zu werden, um die mißliebigen Arbeiter auszurangieren; denn trotz „Arbeitsmangel" werden Ueberstunden gearbeitet, und wer sich weigert, diese Ueberstunden zu arbeiten, dem wird zu verstehen gegeben, daß er unter denen sein wird, die das nächste Mal wegen Arbeitsmangel entlassen werden. Durch dieses Verfahren erreicht die Firma, daß dieselbe Arbeit mit viel weniger Arbeitskräften hergestellt wird. Die Herren Betriebsleiter, Direktoren und Beamten nennen den Mehrgewinn, der dadurch am Jahresschluß entstanden ist, ein gutes Geschäft und erwarten dafür auch den Dank des Herrn Hoesch in der Form von Tantiemen und Gratifikationen. Daß „das gute Geschäft" aber nur durch die Ausbeutung der Arbeiter möglich ist, deren Gesundheit schwer darunter zu leiden hat, muß ihnen erst durch die Arbeiter selbst gesagt werden. Angenehm gehört vor allem, daß die Arbeiter untereinander einig und organisiert sind, was allerdings bei der Arbeiterschaft der Firma Hoesch noch zu wünschen übrig läßt.

Inland.

Die Verschmelzung mit dem Maurerverband

abgelehnt haben in einer vom 23. Februar bis 8. März durchgenommenen Urabstimmung die Dachdecker. Von 6871 Mitgliedern gaben nur 2811 gleich 42 Prozent ihr Votum ab. Davon stimmten für den Anschluß 1297, gegen ihn 1497 Mitglieder. Nachdem auch die Stukkateure vor kurzem die Verschmelzung abgelehnt haben, dürfte auf längere Zeit die Verschmelzungsfrage im Baugewerbe erledigt sein.

Kleine gewerkschaftliche Nachrichten. In Wiesbaden bevorsteht eine Holzarbeiteraussperrung bevor. — Die sechste Generalversammlung des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen Deutschlands ist auf Montag und Dienstag, 8. und 9. Juni, nach München einberufen. — Die Zahlstelle Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes vermehrte ihre Mitgliederzahl von 61 834 Ende 1906 auf 63 109 Ende 1907. — Die Tarifbewegung der Schneider in Bamberg nimmt einen günstigen Verlauf. Die meisten Firmen haben vor dem Gewerbegericht den Tarif unterschrieben. Nur mit einer der größeren Firmen scheint es zum Bruch zu kommen, weil sie sich durchaus ablehnend verhält. — Der Streik der Seifenarbeiter in Wolfsberg (Kärnten) wurde nach zweimonatiger Dauer mit vollem Erfolg für die Arbeiter beendet.

Ausland.

Aus den schwedischen Gewerkschaften.

Die Landeszentrale der schwedischen Gewerkschaften hat anfangs dieses Monats neben dem Stockholmer Volkshaus ein eigenes Heim erworben. Es handelt sich um einen Palast von fünf Etagen, wie sie die Stockholmer Bourgeoisie so viele errichtet hat, und der nunmehr der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft des Landes dienen wird. Der Preis beträgt 750 000 Kr. — Die Mitgliederzahl der Landesorganisation der schwedischen Gewerkschaften betrug am Jahresschluß 1907 in 2144 Zahlstellen 186 226. Die Zahl der Zentralverbände belief sich auf 23. — Der Metallarbeiterverband führt zurzeit eine größere allgemeine Lohnbewegung der Hüttenarbeiter. Die Unternehmer lehnten zunächst jede Verhandlung mit den Arbeitern ab, haben aber inzwischen sich dem Drucke ihrer eigenen Zentralorganisation fügen müssen, sodaß unter unparteiischem Vorsitz des staatlichen Vergleichsbeamten Unterhandlungen zustande gekommen sind.

Versammlungen.

Treibriemensattler. Am 10. März fand eine öffentliche Versammlung der Treibriemensattler im Volkshause statt, in der Kollege Sauer über „Die wirtschaftliche Lage der Treibriemensattler unter Berücksichtigung der hiesigen Verhältnisse" referierte. An der Hand statistischen Materials wies Referent nach, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Dresdner Treibriemensattler sich seit dem Jahre 1905 etwas gebessert haben, aber trotzdem noch viel zu wünschen übrig lassen. Dann gab die Branchenkommission Bericht über ihre Tätigkeit, woran sich eine lebhafte Diskussion anschloß. Mit einem Appell an die Kollegen, für die Ausbreitung unseres Verbandes zu sorgen, sowie die uns noch Fernstehenden dem Verbande zuzuführen, erfolgte Schluß der Versammlung. (Eing. 14./3.)

Zschachwitz. Bericht von der Gruppenversammlung am 10. März 1908, die im Gasthof Großzschachwitz stattfand. Über „Warum gibt es so viel unglückliche Ehen" referierte Genosse Paul Potschappel. Referent erntet am Schlusse seines interessanten Vortrags reichen Beifall. Einige Fragezettel sind zum Thema eingegangen, die Referent in zufriedenstellender Weise beantwortet. Einige Fragezettel anderer Natur werden ebenfalls beantwortet, ermahnt aber werden die Fragesteller, die ins Thema einschlagenden Bücher zu studieren. — Es wird aus der Mitte der Versammlung angefragt, wie sich der Gruppenvorstand zu den die Partei beleidigenden Aeußerungen des Claus in der Wachwitz-Versammlung stellt und ob der Vorstand gewillt ist, den Beleidiger noch in der Partei zu dulden? Genosse Stergel gibt bekannt, daß Claus seinen Austritt erklärt hat, geht aber weiter nicht auf die Frage ein, da sich der Gesamtvorstand schlüssig geworden war, dieser Sache Nichtbeachtung zuteil werden zu lassen, die sie verdient, und die Gruppenversammlung nicht wieder zu belästigen. Anwesend waren 160 Mitglieder. (Eing. 14./3.)

Frauenversammlung. In Cotta fand am 10. März eine öffentliche Versammlung statt, die sehr gut besucht war. Als Referentin war Genossin Wachwitz erschienen. Sie sprach über „Sozialdemokratie und Arbeiterfamilie" und erntete reichen Beifall, ein Beweis dafür, daß sie allen aus dem Herzen gesprochen hat. In der Debatte sprachen Genosse Graf und Genossin Tatzid im Sinne des Referats. Im Schlußwort wies die Referentin auf die Bedeutung der Organisationen auch für die Frauen hin. Ebenso das Lesen der Arbeiterpresse nicht bloß Pflicht des Arbeiters, sondern auch der Frau. Auf ihren Schultern ruhen die gleichen Verpflichtungen gegen Familie und Staat. Zahlreiche Aufnahmen in den Sozialdemokratischen Verein waren zu verzeichnen. (Eing. 14./3.)

Somsdorf. In öffentlicher Versammlung im hiesigen Gasthof sprach Dienstag den 10. März Genosse Redakteur Geißsch über: Ursprung der Arbeit. Dem Vortrag folgte die Versammlung mit Interesse und Beifall. Es zeigte sich, daß es durchaus angebracht, derartige Themen auch in öffentlicher Versammlung zu behandeln, was bisher wohl seltener geschehen ist. Debatte fand nicht statt, trotzdem die anwesenden Gegner dazu aufgefordert wurden. Der Vorsitzende forderte die Versammelten dann auf, durch Lesen guter Bücher, die in der Bibliothek des hiesigen Ortsvereins jederzeit zur Verfügung stehen, sich auf allen Gebieten des Wissens weiter zu klären zu schaffen, dafür aber die Schundliteratur, die gerade auf dem Lande und leider auch in unserem Orte noch vielfach Verbreitung findet, aus ihren Wohnungen zu entfernen. Es ist wirklich zu wünschen, daß die Arbeiter das recht beherzigen mögen. (Eing. 16./3.)

Frauenversammlung. Am 11. März tagte eine öffentliche Frauenversammlung im Deutschen Hause, Dresden-Neustadt. Frau Döge sprach über: Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates. An den beifällig aufgenommenen Vortrag schloß sich eine sehr lebhafte und interessante Debatte, an der sich Genosse Rieger und die Genossinnen Lewinsohn und Turchet beteiligten. Nachdem die Vorsitzende zum Beitritt in die politische Organisation und zum Lesen der Arbeiter-Zeitung aufgefordert hatte, wurde die Versammlung geschlossen. (Eing. 16./3.)

Frauenversammlung. Am 18. März fand in den Elbschlösschen eine öffentliche Frauenversammlung statt. Sie beschäftigte sich nochmals mit dem Thema: Der Körper des Weibes in Gesundheit und Krankheit. Da der Referent, Herr Dr. Cohn, krank war, am 26. Februar im Volkshaus denselben vortrefflichen Vortrag hielt und über denselben ausführlicher berichtet wurde, erübrigt sich heute. Erwähnt sei nur noch, daß der Besuch bei weitem nicht so groß war als das erstemal. Zehn neue Genossinnen wurden gewonnen. (Eing. 17./3.)

Victoria-Salon.
Grosse Novitäten-Vorstellung.
Anfang 8 Uhr.
Im Tunnel: Künstler-Kabarett.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19080325/10 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Kauft MAGGI's Bouillon-Würfel zu 5 Pfg. für eine große Tasse.

RHEINPERLE UND SOLO

VON BUTTER NICHT ZU UNTERSCHEIDEN. SIND DIE KONKURRENTEN DER TEUERENN NATUR-BUTTER

Verwendet
anstatt der teueren

Butter

nur die feine Margarine

Rheinperle

oder

Solo in Carton.

Dresdner Felsenkeller Pilsner

wird an Wohlgeschmack, Malzgehalt, Schaumhaltigkeit, Haltbarkeit, Farbe und Glanz von keinem anderen deutschen Pilsner übertroffen.

Brennabor

Das Rad der Weltmeister und aller vorsichtigen Sportsleute

Vertreter für Dresden u. Umg.: **Paul Schmelzer, Ziegelstr. 19.**

Hausfrauen!!!

habt ihr eure Männer und Kinder lieb? Wollt ihr sie stets frisch und gesund erhalten? Gebt ihnen **Gesundheits-Kräuter-Kaffee Dr. Lormes Wundertrank** zu trinken. Zu haben in allen Konsum- und einschlägigen Geschäften.

Musik-Instrumente aller Art kauft, tauscht **und repariert** nur Ziegelstraße 13 **Otto Friebel** Eckhaus Steinstraße.

Damen kaufen **Engl. Mäntel**
Kostüme
Blusen
Kostümröcke
Konfirmanden-Jacketts
Kinder-Konfektion
enorm billig
Emma Fiebig
Zwingerstr. 21.

Mutterspritzen

Spülkannen v. 1 M. an, Leibbinden und alle hygienischen Frauenartikel. Preisliste gratis. 15 Proz. Rabatt.
Frau Heusinger
Am See 37.
Ecke Dippoldiswaldaerplatz.

Konfirmanden-Kleiderstoffe und -Wäsche solid und billig
28 **Ernst Venus** Annenstr 28. Gegründet 1882.

Sachsenschau und Pilatus.

Die von Lebius vor einigen Jahren herausgegebenen Zeitungen **Sachsenschau** und **Pilatus** werden möglichst vollständig **zu kaufen gesucht.** Angebote an die Exped. d. Ztg. erbeten.

Gute, getragene **Herren- und Damenkleider** Schuhw. verkauft billig **I. Dresdner Kleidermagazin** nur Töpferstraße 1, I.

Gesuche, Klagen, Reklamationen etc. bill. **Zimmermann**, Torgauerstr. 30.

Kinderwagen, Sportwagen viel billiger als in großen Ladengeschäften. **Liliengasse 8, pt.**

Hoche eg. Sportliege- u. Kinderwagen kat. bill. Zschommler, Torgauer Str 86 Repar. schnell u. bill., weil Fachmann.

Unter uns

gesagt, die beste med. Seife ist die echte **Steckenpferd-Teerschwefel-Seife** von Bergmann & Co., Radebeul mit Schutzmarke: Steckenpferd gegen alle Arten Hautunreinigkeiten und Hautausschläge, wie Mitesser, Finnen, Flechten, Blüchen, rote Flecke etc. à St. 50 Pf. in Dresden bei:
Bergmann & Co., König-Johann-Str.
Hermann Koch, Altmarkt 5.
Ludwig Künzelmann, Am See 56.
Ludwig Künzelmann, Neust. Markt.
Weigel & Zech, Marienstr. 12.
Im Pieschen: O. Dittrich.

Auf Teilzahlung!
Möbel u. Polsterwaren
Bettsts., Schränke, Vertikos, Bettstellen, Kommoden, Spiegel, Plüsch-Garnituren, Sofas, Tische, Küchenschränke, Matr., Stühle etc.

Jedermann erhält Kredit!

Kredit auch auswärts!

Größtes Kredithaus
N. Fuchs
in Dresden
Neumarkt 6 und 7.

Grösste Auswahl!
Herren-Jackett-Anzüge
Herren-Rock-Anzüge
Herren-Frühjahrspaletots
Auf Teilzahlung
bei kleinster Anzahlung u. kleinster Abzahlung!

Damen-Kostüme
Jacketts, Mäntel
Blusen
Röcke

Für Brautpaare empfehle ich meine Ausstellung kompletter Wohnungs-Einrichtungen.

1 Zimmer . . . von 68 bis 105 Mark
2 Zimmer . . . von 146 bis 203 Mark
3 Zimmer . . . von 294 bis 452 Mark

1 bess. Zimmer m. Küche v. 165 b. 258 M.
2 bess. Zimmer m. Küche v. 292 b. 398 M.
3 Zimmer mit Küche v. 412 b. 565 M.

Elegante Wohnungs-Einrichtungen von 650—3000 Mark bei kleinster Anzahlung.

Grösstes Kredithaus **N. Fuchs,** Dresden-A., Neumarkt 6 u. 7

Kein Malzkaffee, kein Färbemittel sondern ein vollmundender, kräftiger und wohlbekömmlicher Kaffee-Ersatz ist unser **Echter Dr. Lutze'scher Gesundheits-Kaffee** für alle, die wegen Nervosität, Herz- oder Magenleiden keinen Bohnenkaffee trinken sollen. Für Kinder u. Patienten der idealste und gesundeste Kaffee-Ersatz. Niederlagen in den meisten Kolonialwaren-Geschäften. Krause & Co., G. m. b. H. in Nordhausen a. H.

Konfirmanden- und Entlassungs-Anzüge kauft man gut und preiswert in der **Produktiv-Genossenschaft der Schneider,** Galeriestraße 13, I.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19080325/11 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

J. Bargou Söhne

Wilsdruffer Strasse 54, am Postplatz.

Wirtschafts-Artikel

zu ausserordentlich billigen Preisen!

Gardinen-Stangen, gerade, Nußbaum lackiert
Stück **25, 35, 40, 45** und **75** Pf.
für **Doppelfenster** Stück **65, 75, 85** Pf. bis **1.40** M.

Portieren-Stangen mit kompletter Garnitur
1,90 bis 2 Meter lang, Stück **2.45, 2.90** und **3.25** M.

Verstellbare Vitragen-Stangen
solid, mit Messingrollen, Stück **48, 75** Pf. und **1.05** M.

Verstellb. Stores- u. Vitragen-Einrichtungen
in Eisen, Stück **58, 65, 85** Pf., **1.00** und **1.25** M.

Gardinen-Rosetten, ff. gedreht und lackiert
Paar **17, 20, 35, 40, 45** und **50** Pf.

Emaille-Geschirr

in schwerer, solider Qualität.

Kochtöpfe, gestanzt, Stück **78, 68, 55, 38** und **32** Pf.
Kasserolle, gestanzt, Stück **48, 38, 28** und **20** Pf.
Eimer, blau, weiß oder grau, Stück **38, 80** und **72** Pf.
marmoriert, Stück **1.18** M. und **98** Pf.
Wannen, oval, Stück **2.38, 1.95, 1,75** und **1.55** M.
Schmortöpfe, gestanzt, Stück **1.10** M., **80, 65, 50** und **45** Pf.
Nachtgeschirre, Stück **74, 60** und **54** Pf.
Grösste Auswahl in allen Emaille-Artikeln.

Brotkapseln, oval, ff. lackiert
4 und 6 Pfd., Stück **1.75** und **2.00** M., rund **1.35** und **1.65** M.
in **Pa. Emaille,** rund Stück **2.00** und **3.75,** oval **3.50** und **3.85** M.

Plätteisen, geschmiedet und ff. vernickelt
(kein Gußeisen), Stück **2.90, 3.50** und **3.75** M.

Vogelbauer in Pa. verz. Draht und Blechrohr
mit Glaswänden, Stück **2.25, 3.25, 5.50** und **6.50** M.
ohne Glaswände, einfach, Stück **45** Pf., **1.15** und **1.75** M.

Rapid, Spirituskocher
mit Guß und verzinntem Wasser, Stück **32** und **45** Pf.

Spiritus-Gas-Schnellkocher
Ideal und Triumph, **45, 75** Pf. und **1.00** M., regulierbar, Stück **1.75** M.

Kaffee-Mühlen in Holz
Pa. Werk, lackiert und poliert, Stück **1.25, 1.50, 1.75, 2.50** und **4.25** M.
in **Eisenblech-Gehäuse,** ff. lackiert, Stück **85** Pf. und **1.10** M.

Fleisch- und Gemüse-Hackmaschinen
mit 1 Messer, Stück **3.25** M., in großer Ausführung **5.50** M.

Altdeutsche Tischchen, ff. poliert
Stück **2.90, 3.50, 6.00** und **6.50** M., **Hocker** dazu Stück **2.90** M.

Paneel-Bretter, 64, 80 und 100 cm lang
in besseren Ausführungen per Stück **2.50, 3.25, 4.75, 6.50** M.
einfache Ausführung per Stück **50** Pf. bis **1.25** M.

Lange Handtuchhalter, ff. gedreht und poliert
Stück **45** Pf., **1.00, 1.25, 1.50** und **2.90** M.

Bücher-Etageren zum Stellen und Hängen
mit Brettern, Stück **2.90, 4.50, 5.00** und **12.50** M.

In grosser Auswahl:
Spiegel-Toiletten, Zeitungs-Mappen
Hohe Kleiderständer, Schirmständer usw.

Sicherheits-Kinderstühle
hoch und niedrig, zum Stellen, mit Spielrich usw., Stück **6.50** und **11.00** M.

Sicherheits-Kinderstühle
niedrig, mit Nachtstuhl, Stück **1.50, 2.00** und **2.90** M.

Otto Fletze

vormals B. Gottlieb,
Dresden,
Grunaer Strasse 2
I. Etg. — Am Pirnaischen Platz.

Derselbe liefert zu günstigsten Bedingungen **auf Kredit** an Jedermann ohne Ausnahme

Möbel

sowohl Einzelne Stücke wie auch komplette Wohnungs-Einrichtungen

1 Kleiderschrank
1 Bettstelle
1 Spiegel
1 Tisch
2 Stühle
1 Küchenschrank
1 Küchentisch
1 Küchenstuhl
mit **10** bis 15 M. Anzahlung.
Wochenrate nur 2 M.

1 Kleiderschrank
1 Wäscheschrank
1 Spiegelschrank
1 Spiegel
1 Bettstelle m. Matr.
1 Sofa
2 Stühle
1 Tisch
1 Küchenschrank
1 Küchentisch
1 Küchenstuhl
mit **30** bis 50 M. Anzahlung
Wochenrate nur 3 M.

1 Herren-Sofa
1 Nachtschrank
1 Nachtvertikow
1 Spiegel m. Nachtaufs.
1 Spiegelschrank
1 Waschtisch m. Marmorpl.
mit **70** bis 100 M. Anzahlung.
2 Bettstellen m. Matratzen
4 Stühle, 2 Nachttische
1 Küchenschrank
2 Küchenstühle
1 Eimerschrank
1 Küchenrahmen
Wochenrate nur 5 Mark.

Mit niedrigster Anzahlung
Wohnzimmer in Nussb., Mahag. u. Eiche
Schlafzimmer in Imitat, Nussb., Eiche, Satin
Herrenzimmer in Nussb., Mahag. u. Eiche
Speisezimmer und **Salons**
in allen Holz- und Stilarten

1 Mark Anzahlung bei Entnahme einzelner Möbelstücke.
Anzahlung nach Uebereinkunft.
1 Mark Anzahlung bei Entnahme einzelner Möbelstücke.

Kleiderspinde, Vertikows, Tische, Stühle, Trumeaux, Schreibtische, Schreibstühle, Spiegel, Spiegelspinde, Bettstellen, Küchensachen, Sofas, Chaiselongues, Garnituren u. s. w.

Kolossale Auswahl! **Billigste Preise!**

Herren-, Damen-, Kinder-Garderobe

in jeder nur gewünschten Grösse, Farbe u. Qualität!

Spezial-Abteilung für Teppiche, Bettvorleger, Läuferstoffe, Gardinen, Stores, Tischdecken, Steppdecken, Betten usw.

Sammelt Billetts sämtlicher Strassenbahnen! 80 hervorragend schöne **Preise!**

Jahrmarkt-Sonntag geöffnet!

Meine Ringe sind ohne Lötfuge D.R.Pat und an Haltbarkeit unübertroffen.
Die modernen Breiten sind in allen Grössen vorrätig das Paar 10.14.18.25.30 u.50 Mark
Gravierung gratis
Gustav Smy
Moritzstr. 10
Ecke König Johannstr.

Fahrräder-Ausverkauf

wegen Umbau!
Neu 1 Jahr Garantie,
sonst 55, 85, 100 und 135 M.,
jetzt 52, 75, 85 u. 100 M.
Gebrauchte 10, 20, 30 bis 75 M.
Mäntel, neu **2.00,** 2.75, 3.25, 3.75 M., mit Garantie 4.50 M.
Continent u. **Excelsior** billigst.
Schläuche **2.00,** 2.75, 3.00, 3.50, 4.25 u. 5 M.
Oel-Laternen 45, 95 bis 650 M.
Acetylen Laternen 1.50, 2.50 bis 9.50 M.
Pedale 1.60 bis 6.50 M.
Luftpumpen 0.45, 0.65, 0.75 bis 1.50 M.
Fußpumpen 0.80, 0.95 b. 3.75 M.
Gamaschen 0.45, 0.60, 1 b. 8 M.
Gepäckträger 0.35 bis 3.25 M.
Rucksäcke 0.50, 0.75 bis 5 M.
Glocken 0.15 bis 1.50 M.
Blech-Kotschützer, Paar 0.75, 1.00 und 1.25 M.
Fahrradständer 0.50 M.
Carbid, Kilo 35 und 45 Pf.
Freilaufhinterrad 12, 14 u. 16 M. verkauft
Stirl, Wettinerstr. 49, Ziegelstraße 10.

Zauber

verleiht jedem Gesicht ein rosig, jugendfrisches Aussehen, zart, weiß sammetweiche Haut u. blendend schönen Teint. Alles dies erzeugt die echte
Steckenpferd-Lilienmilch-Seife
v. Bergmann & Co., Radebeul
mit Schutzmarke: Steckenpferd
à Stück 50 Pf. bei:
Bergmann & Co., König-Johannstr.
Hermann Koch, Altmarkt 5
Weigel & Zeeh, Marienstr. 12
L. Künzelmann, Am See 56
L. Künzelmann, Neust. Markt
in **Pieschen:** Ernst Dreßler
in **Pieschen:** Fritz Meyer
in **Löbtau:** W. Franz, Bismarckplatz
in **Plauen:** Eugen Dittmar
in **Trachau:** Heinrich Berner
in **Trachau:** Heinrich Diesel
in **Trachau:** Oswin Dietrich, Dresdnerstr.
in **Trachau:** Karl Eisenbeiß
in **Striesen:** Max Geißner.
in **Striesen:** Franz Teichmann.

Gegenüber der Kirche.

Möbel Kelling Solid
Billig
Gr. Brüdergasse 30 part. b. III. Et.
Tel. 732.

Mutterspritzen
Spülkannen, Leibbinden, Gummistrümpfe
Hilfe bei Störung aus ab
Frauenartikel
Preis-Liste gratis u. franko
Rich. Freisleben
Postplatz.
Man achte genau auf Firma, da auf diese Annonce Rabatt.